

Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg: empirische Befunde aus einer standardisierten, schriftlichen Befragung

Dippelhofer, Sebastian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Dippelhofer, S. (2009). *Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg: empirische Befunde aus einer standardisierten, schriftlichen Befragung*. (Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung, 55). Konstanz: Universität Konstanz, Geisteswissenschaftliche Sektion, FB Geschichte und Soziologie, Arbeitsgruppe Hochschulforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-236302>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Sebastian Dippelhofer

Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Empirische Befunde aus einer standardisierten, schriftlichen Befragung

Sebastian Dippelhofer

Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg

Empirische Befunde aus einer standardisierten, schriftlichen Befragung

Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung (55)

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, Juni 2009

Der Autor trägt die Verantwortung für den Inhalt.

Herausgeber der Reihe „Hefte zur Bildungs- und Hochschulforschung“:

Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz,
Fachbereich Geschichte und Soziologie, 78457 Konstanz
Tel. 07531/88-2896

Die AG Hochschulforschung im Internet:
<http://www.uni-konstanz.de/ag-hochschulforschung>

ISSN 1616-0398

Vorwort

Hinter dem Interesse an gesellschaftlichen und politischen Orientierungen von Studierenden steckt die Annahme, dass Ausbildungseliten für den sozial-strukturellen und kulturellen Wandel in modernen Gesellschaften eine Schlüsselfunktion übernehmen. Urteile über gesellschaftliche und politische Verhältnisse haben zwar einen Signalwert für längerfristige Trends, unterliegen aber, wie andere Urteile auch, dem Wandel. Wie wichtig es ist, Entwicklungen zu politischen und gesellschaftlichen Einstellungen zu beobachten, zeigt die aktuelle Studie von T. Bargel, der den „Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden“ (Hg.: BMBF Bonn, Berlin 2008) zwischen 1983 und 2007 anhand des Konstanzer Studierendensurveys analysierte.

Der festgestellte Rückgang an politischem Interesse bei Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten, gepaart mit zunehmender Teilnahmslosigkeit und politischer Uneindeutigkeit der Studierenden, scheint für ein demokratisches Gemein- und Staatswesen nicht unproblematisch, zumal sich aus diesem Personenkreis die gesellschaftliche Führungs- und Funktionseelite rekrutiert.

Die hier vorgestellte Studie „Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg“, die instrumentell den Konstanzer Studierendensurvey nutzt, ergänzt solche Befunde über politische Orientierungen von Studierenden aus Sicht einer studentischen Teilgruppe, die später überwiegend im sekundären Bildungsbereich ihren Einsatz finden wird. Sie unterscheidet sich in einigen sozialen Merkmalen von den anderen Studierenden an Fachhochschulen und Universitäten. Vier Fünftel der PH-Studierenden sind weiblichen Geschlechts, sie sind mit 23 Jahren im Durchschnitt zudem etwas jünger als andere Studierende. Die PH-Studierenden kommen vergleichsweise weniger aus Elternhäusern mit akademischer Qualifikation.

Trotz des spezifischen sozialen Profils der Befragten treten Befunde zu Tage, wie sie auch an den anderen Hochschultypen zu finden sind. So besteht beispielsweise ebenfalls ein geringes politisches Interesse oder eine gewisse Labilität in den demokratischen Überzeugungen, während Gleichheit und Solidarität vergleichsweise mehr Unterstützung unter den angehenden Lehrer/innen an der PH Freiburg finden.

Insgesamt unterstützt diese empirische Studie das Bemühen, gesellschaftliche und politische Orientierungen von Studierenden adäquat zu erfassen und darzustellen. Alle aktuell vorliegenden Befunde zu diesem Thema sollten Ansporn sein, die politische Bildungsarbeit an Schulen und Hochschulen ernster zu nehmen. Eine nur an Berufsverwertbarkeit orientierte Ausbildung vernachlässigt soziale und politische Partizipation, ohne die demokratische Strukturen nicht überlebensfähig sind.

Michael Ramm

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1	Bezugsrahmen und Thema der Untersuchung 1
1.1	Fragestellungen und operationales Modell 3
1.2	Gliederung des Forschungsberichts 6
2	Methodischer Ansatz 7
2.1	Das Erhebungsinstrument..... 8
2.2	Stichprobe, Feldphase und Auswertungsstrategien10
3	Die Befragten im Portrait13
3.1	Soziodemografische Merkmale und sozialer Hintergrund13
3.2	Fachzugehörigkeit und Aspekte der Studiensituation15
4	Soziopolitische Vorstellungen, Gesellschaftsbild und Demokratieverständnis23
4.1	Politisches Interesse, politischer Standort und Partizipation23
4.2	Die Leistungsgesellschaft im Urteil der Studierenden33
4.3	Demokratische Überzeugungen.....38
5	Politische Bildung durch Lehrerschaft und Schule im Urteil der Studierenden47
5.1	Instanzen und Referenzgruppen politischer Bildung47
5.2	Rolle und Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern.....50
5.3	Tatsächliche und gewünschte Vorbereitung58
6	Bilanz und Folgerungen65
Anhang74	
- Anmerkungen	
- Literatur	
- Tabellen	
- Fragebogen mit Grundverteilungen	

1 Bezugsrahmen und Thema der Untersuchung

Das Interesse, die Studierendenschaft an Hochschulen im deutschsprachigen Raum in das Zentrum einer Untersuchung über gesellschaftspolitische Vorstellungen zu rücken, gründet in mehreren Aspekten. Es knüpft in erster Linie an die spätere Stellung der Hochqualifizierten an, die ihnen als soziale Gruppe zuteilwerden wird. Ihre überproportional häufige Präsenz in sozialen Schlüsselpositionen lässt eine umfangreiche gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Beschäftigung relevant erscheinen. Sie übernehmen oftmals wichtige Rollen in Öffentlichkeit und Gesellschaft und sind darin an der Festigung und Vermittlung demokratischer bzw. sozialer Werte entscheidend beteiligt. Die Brisanz und Nachhaltigkeit ihres Wirkens dürfte sich zumal dann verdichten, wenn die jetzigen Studierenden später als Lehrkräfte in Schule und Unterricht eingesetzt werden. Dass ihren Orientierungen Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, dokumentiert eine Vielzahl differenzierter Studien, die dieses Feld aus verschiedenen Blickwinkeln erfassen. Dabei variieren auch die empirischen Vorgehensweisen in Form von Einzel- wie Langzeitstudien, die zudem als Anstoß für Veränderungen in den Hochschulen herangezogen werden können.

So lenken thematisch fokussierte Momentaufnahmen den Blick auf spezifische Bereiche: Hierunter fallen die politischen Ansichten der Studierenden hinsichtlich der gesamtgesellschaftlichen Ebene (vgl. Habermas u.a. 1967; Demirovic/Paul 1996) sowie im hochschulischen Feld (vgl. Adam 1965; Dippelhofer 2004). Ferner existiert eine Vielzahl an Untersuchungen, die spezifische Inhalte und Befindlichkeiten studentischer Einstellungen zur Sprache bringen. Neben interkulturellen Fragestellungen (vgl. Ro 2005), liegen Analysen vor zu studentischen Beurteilungen politischer Entscheidungen über die Einführung neuer Studienstrukturen (vgl. Thiel u.a. 2002; Bargel/Bargel/Dippelhofer 2008), über die Frage nach moralischen Werten (vgl. Schillinger 2006; Mägdefrau 2007) und zu geschlechtsspezifischen Differenzierungen (vgl. Frank 1990). Quantitative, querschnittliche Langzeitstudien bieten umfassendere und oft breitere Einblicke in Haltungen und Orientierungen von Studierenden und erlauben zudem einen Zeitvergleich (vgl. Multrus u.a. 2008; Isserstedt u.a. 2007; Simeaner u.a. 2007). Neben politischen und sozialen Sichtweisen (vgl. Bargel 1994; Dippelhofer 2009) erlaubt das auch dezidierte Aussagen zu Entwicklungen in der Hochschulpolitik (vgl. Bargel/Röhl 2006). Ferner werden Wünsche, Anregungen und Kritik der Studierenden zu spezifischen Bereichen

systematischer erfasst (vgl. Multrus u.a. 2001; Multrus u.a. 2008). Auch geschlechtsspezifische Betrachtungen lassen sich dabei stärker pointieren (vgl. Minks 2002; Ramm/Bargel 2005; Simeaner u.a. 2008).

Solche Darstellungen beziehen sich in der Regel aber nur auf Universitäten und Fachhochschulen. Studierende an *Pädagogischen Hochschulen* werden dabei nicht berücksichtigt.¹ Damit bleiben die politischen Orientierungen und demokratischen Überzeugungen derjenigen im Dunkeln, die an einer dieser sechs Einrichtungen in Baden-Württemberg immatrikuliert sind. Das überrascht, da diese Einrichtungen wissenschaftliche und pädagogische Fachkräfte heranbilden, die sich in Verständnis und Vorgehensweise von anderen Hochschultypen unterscheidet – ein solcher Mangel wird der Rolle dieser Institutionen nicht gerecht. Ihre Besonderheit besteht primär darin, künftige Lehrerinnen und Lehrer für Grund-, Sonder-, Haupt- und Realschulen zu qualifizieren, die die nächste Generation formt, sie politisch bildet und an demokratische Haltungen heranführt. Allein an der PH Freiburg wollen mehr als zwei Drittel der Studierenden in den Schulbereich. Anders als an Universitäten, besteht an den Pädagogischen Hochschulen eine sehr enge Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die sich in der Lehreraus- und -weiterbildung spiegelt. Allein dadurch gewinnen diese Hochschulform und ihre Studierenden an Belang und Verantwortung. Ihr berufliches Wirken wird auch in der – zumindest impliziten – Vermittlung sozialer, demokratischer und moralischer Werte liegen; eine Rolle, die sie als überzeugte und überzeugende Vermittlerinnen und Vermittler dieser Werte fordert. Ihnen obliegt es, damit verknüpfte Traditionen und Vorstellungen an die Schülerschaft als nächste Generation weiterzugeben. Deswegen scheint es auch bedeutsam, auf die bisherige gesellschaftspolitische Sozialisation und Werteerziehung dieser Studierenden zu blicken; es ist in Erfahrung zu bringen, inwieweit bestimmte gesellschaftspolitische Orientierungen vorliegen, sie verankert sind (vgl. Schefer 1969; Dann 1979) und welchen Stellenwert die Pädagogische Hochschule dabei hat.

Doch sind auch jene Studentinnen und Studenten in den Fokus zu nehmen, die kein Lehramt anstreben, sondern in anderen Feldern an der Schnittstelle von Theorie und Praxis arbeiten werden, in der Wissenschaft bleiben oder sich über ihre pädagogische Spezialisierung hinaus wissenschaftlich weiterbilden. Ihnen bietet sich zum einen die Chance, hervorragende Einblicke in die Transformation wissenschaftlicher Beiträge in der Praxis zu erhalten bzw. sich eigen machen zu können. Zum anderen kann diese

Verbindung in die Wissenschaft zurückwirken und ein spezifisches Verständnis eröffnen, das sich weniger am Bild des Gelehrten im Elfenbeinturm orientiert. Anders als an Universitäten steht hier in stärkerem Maße die Möglichkeit im Mittelpunkt, theoretische Vorstellungen und empirische Erkenntnisse für konkrete gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge fruchtbar miteinander zu verbinden (vgl. Humboldt 1971; Kohlberg 1987). Das schließt neben dieser Gruppe auch jene pädagogischen Fachkräfte ein, die nach Abschluss ihres Lehramtsstudiums eine inhaltliche bzw. fachliche Weiterbildung verfolgen. Die gesellschaftspolitischen Orientierungen dieser Teilgruppe ebenfalls zu hinterfragen scheint zumal dann relevant, wenn es sich – wie bei der PH Freiburg – um eine fachlich wie strukturell ausdifferenzierte Hochschule auf hohem wissenschaftlichem wie praxisorientiertem Niveau handelt. Zugleich unterstreicht dies auf der einen Seite die gesellschaftliche Bedeutung einer solchen Einrichtung (vgl. Schwark 2008). Auf der anderen Seite komplettiert Wissen über die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Studierendenschaft die Relevanz der künftigen Absolventinnen und Absolventen, die als pädagogische Fachkräfte zur Vermittlung und Transformierung demokratischer Werte und Traditionen an die künftige Generation beitragen.

1.1 Fragestellungen und operationales Modell

Diese Untersuchung versteht sich als ein Beitrag zur empirischen Ergründung der demokratischen Haltungen der Studierendenschaft an der Pädagogischen Hochschule. Diesem Anspruch folgend, ist es das Ziel der vorliegenden Ausführungen, einen Einblick in die gesellschaftspolitischen Orientierungen von Studentinnen und Studenten an einer Pädagogischen Hochschule zu erhalten und zu ermitteln, inwieweit Aspekte des soziodemografischen Hintergrundes, der Studiensituation und -biografie sowie politische Verortungen Einfluss nehmen. Analysiert werden zudem unterschiedliche soziale wie hochschulische Merkmale, von denen differenzierte Einflüsse auf die studentischen Einstellungen ausgehen dürften.

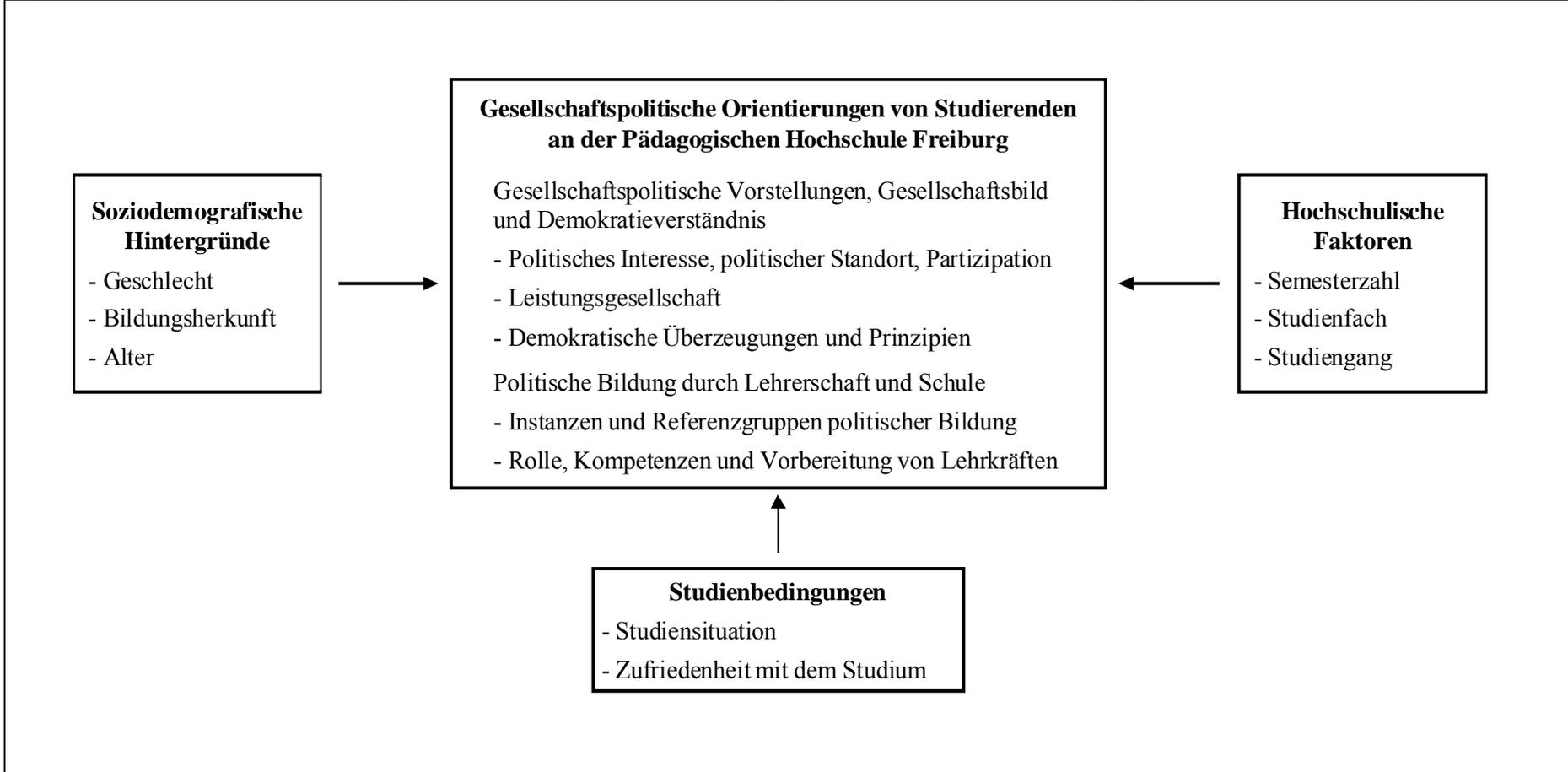
Das Forschungsprojekt beleuchtet – das ist einzuräumen – nur einen Ausschnitt studentischer Orientierungen. Im Mittelpunkt steht dabei die entsprechende Einrichtung in Freiburg. Es werden mehrere Schritte und Indikatoren herangezogen, um die einschlägigen Vorstellungen und Überzeugungen von den dortigen Studierenden im Sinne einer

Bestandsaufnahme zu dokumentieren: Zum einen sollen die Haltungen gespiegelt werden, die Aufschluss über die Ansichten künftiger Lehrkräfte sowie jener Studierenden geben, die einen anderen Abschluss als das Staatsexamen anvisieren. Zentral sind deren Einstellungen zu Feldern des öffentlich-politischen Lebens. Das schließt unterschiedliche Indikatoren gesellschaftspolitischer Orientierungen ein: politisches Interesse, politischer Standort und Partizipation, Ansichten zu Leistungsgesellschaft und Wettbewerb, demokratische Überzeugungen und Prinzipien. Aufmerksamkeit erhält auch der Beitrag zur politischen Bildung von Schülerinnen und Schülern, die Schule und Lehrerschaft in der Sicht der Studierenden leisten. Das beinhaltet eine Bewertung verschiedener sozialisatorischer Instanzen sowie die spezifische Rolle und Kompetenzen der Lehrkräfte. Gefragt wird zudem nach der faktischen und wünschenswerten Vorbereitung auf diese Aufgaben. Dieses Spektrum entspricht den abhängigen Variablen der Studie (vgl. Abbildung 1).

Diese Haltungen sollen in ihrem Zusammenhang mit ausgewählten Faktoren analysiert werden, wobei die zu ergründenden Wirkgefüge nicht im strengen Sinne kausal zu interpretieren sind. Das bezieht sich zum einen auf soziodemografische Merkmale. Im Rahmen bisheriger Befunde erweist sich die Geschlechtszugehörigkeit als relevant (vgl. Gille/Queisser 2002). Ein weiterer Beitrag wird der sozialen Herkunft eingeräumt – allen voran dem Bildungshintergrund der Studierenden (vgl. Niedermayer 2001; Dippelhofer 2008). Zudem wird auch dem Alter der Studierenden Bedeutung zugemessen (vgl. Niedermayer 2001). Dem folgt eine vergleichende Analyse der erfassten Orientierungen unter dem Gesichtspunkt ausgewählter hochschulischer Faktoren – das gilt sowohl für die Semesterzahl, das Studienfach sowie ganz besonders den Studienabschluss (vgl. Bargel 2008; Dippelhofer 2008). Eine solche Differenzierung bezieht sich zumal auf die Studiengänge: Die Haltungen künftiger Lehrkräfte sind zu vergleichen mit jenen von Personen, die andere Abschlüsse anstreben – Diplom, Magister bzw. Promotion; schließlich gilt das Interesse auch Studierenden die den neuen Strukturen folgend, einen Bachelor oder Master anstreben. Ferner wird auch die hochschulische Verweildauer in ihrer Wirkung analysiert. Ein weiterer Blick wird bestimmten Studienbedingungen gewidmet. So ist neben der Bewertung der Studiensituation auch die studentische Zufriedenheit mit dem Studium zentral (vgl. Bargel 2008; Dippelhofer 2008). Zumal mit Blick auf die Bewertung der Rollen und Kompetenzen, politisch-demokratische Fähigkeiten zu vermitteln, werden hierbei auch das politische Interesse, die politische Selbstverortung sowie die demokratischen Überzeugungen der Studierenden herangezogen.

Abbildung 1

Operationales Modell der Untersuchung „Gesellschaftspolitische Orientierungen von Studierenden an der Pädagogischen Hochschule Freiburg“



Die genannten Merkmale haben im Untersuchungsdesign den Status von unabhängigen Variablen (vgl. Abbildung 1). Zudem ist es Intention dieses Forschungsberichts, die Ergebnisse mit Daten über andere Hochschultypen zu vergleichen. Das ermöglicht die Darstellung studentischer Gemeinsamkeiten, aber auch Differenzen zwischen unterschiedlichen Bildungs- und Hochschularten. Im Besonderen bieten sich Vergleichschancen zwischen Lehramtsstudierenden an der PH Freiburg und an den Universitäten. Dabei kann bei den gesellschaftspolitischen Orientierungen auf bundesweit repräsentative Daten zurückgegriffen werden, die mit vergleichbaren Fragebatterien an Universitäten und Fachhochschulen gewonnen wurden (vgl. Bargel u.a. 2008).

Damit besteht die Chance, auch an der PH studentische Ansichten zu gesellschaftspolitischen Feldern aufzugreifen – was im Zuge der differenzierten Abschlüsse und Ausrichtungen und der späteren Stellung der Studierenden relevant erscheint. So kann ein zumal die künftigen Lehrerinnen und Lehrer auszeichnender Wertekanon skizziert werden. Die damit verbundene Wirkung auf ihr späteres Arbeitsfeld ist dabei nicht hoch genug einzuschätzen (vgl. Hurrelmann 2004; Lind 2006). Die Erkenntnisse können dazu beitragen, den Kanon der Bildungsinhalte in eine bestimmte Richtung zu lenken und spezifische Steuerungsmodelle zu überlegen, sofern er entgegen einer festen Verwurzelung demokratischer Werte steht. Das ermöglicht die wichtige Rolle der PH und ihrer Studierenden als künftige Verantwortungsträger herauszuarbeiten, einen Beitrag zu Bildung und Erziehung demokratischer Repräsentanten mit Vorbildfunktion zu leisten und sich selber sowie Akteuren „in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft“ (vgl. Schwark 2008, S. 33) die eigene Bedeutung bewusst zu machen.

1.2 Gliederung des Forschungsberichts

Dieser Anspruch spiegelt die Vorgehensweise sowie die Gliederung dieses Berichtes, der sechs Kapitel umfasst. Im folgenden *Kapitel 2* wird der methodische Ansatz erläutert: Er bezieht sich zum einen auf das verwendete Erhebungsinstrument, zum anderen auf die Realisierung der anvisierten Zielsetzung; dem schließt sich die Beleuchtung der Stichprobe an. Darüber hinaus wird die empirische Vorgehensweise expliziert. Die Aufbereitung der Befunde beginnt mit *Kapitel 3*. Mit Blick auf ihre soziodemografischen Merkmale und sozialen Hintergründe werden die Befragten portraitiert. Das beinhaltet

auch die Skizzierung ihres hochschulischen Werdegangs, der Fachzugehörigkeit und des Studienganges. Zur Sprache kommen zudem Facetten der Studiensituation und konkrete Aspekte studentischer Zufriedenheit. *Kapitel 4* erfasst die soziopolitischen Vorstellungen, das Gesellschaftsbild und das Demokratieverständnis der Hochqualifizierten. Hier werden zum einen ihre Haltungen zu politischen Grundfesten analysiert. Der Betrachtung des politischen Interesses sowie der politischen Verortung der Studierenden schließen sich Analysen der Ansichten über Formen der Solidarität und der Leistungsgesellschaft an. Dem folgt zum zweiten eine Beleuchtung spezifischer Ausprägungen ihrer demokratischen Überzeugungen. *Kapitel 5* widmet sich den studentischen Urteilen über politisch-demokratische Einflussnahmen und Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule. Ein besonderes Augenmerk wird dabei der Beurteilung der Verantwortlichkeit gesellschaftlicher Instanzen für die politisch-demokratische Bildung der Heranwachsenden gewidmet – allen voran wird aus Sicht der Studentinnen und Studenten dargelegt, inwieweit dies zu den Aufgaben der Lehrerschaft gehört. Es wird dann die studentische Bewertung dazu präsentiert, inwieweit Lehrerinnen und Lehrer auf diese Aufgabe vorbereitet sind und sein sollten.

2 Methodischer Ansatz

Die methodische Vorgehensweise zielt darauf, den inhaltlichen wie formalen Anforderungen und strukturellen Bedingungen an der PH Freiburg gerecht zu werden. Zum einen sollten die gesellschaftspolitischen Orientierungen der Studierenden erfasst werden, um im Sinne einer Bestandsaufnahme Aufschluss über die Haltungen künftiger Lehrkräfte sowie jener Hochqualifizierten zu erhalten, die einen anderen Abschluss anvisieren – d.h. die in den neuen Studienstrukturen verankert sind oder ein Diplom bzw. eine Promotion anstreben. Zum anderen sollte sich die Vielfalt des Studienangebotes an dieser Bildungseinrichtung spiegeln. Damit verbunden ist die Intention einer vergleichenden Analyse der Abschlüsse bzw. Fächer. Darüber hinaus war zu beachten, dass die gewonnenen Ergebnisse mit Befunden anderer Hochschulen bzw. analoger Fachrichtungen verglichen werden können. Das ermöglicht die Darstellung studentischer Gemeinsamkeiten und Differenzen in unterschiedlichen Bildungstypen sowie Vergleichschancen zwischen Lehramtsstudierenden an der PH und an Universitäten. Zudem bedurfte es einer Explikation der zu untersuchenden Gruppe sowie spezifischen Strategien, für eine Teil-

nahme an der Studie zu werben. Auch dabei waren die Besonderheiten und Möglichkeiten an der PH Freiburg zu beachten.

2.1 Das Erhebungsinstrument

Für diese Studie wurde ein *quantitativer Ansatz* gewählt, um eine thematisch umfangreiche und zahlenmäßige zuverlässige Datenbasis zu erhalten. Zum Einsatz kam ein standardisierter Fragebogen. Bei der Erstellung des Instruments, erschien eine zweigleisige Vorgehensweise angebracht: Zum einen wurde hauptsächlich auf das seit Jahren erfolgreich verwendete „Inventar“ der Konstanzer Studierendensurveys der AG Hochschulforschung zurückgegriffen, um den Einsatz eines bundesweit validierten Instrumentes sowie parallel Vergleichsmöglichkeiten zu Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen zu ermöglichen (vgl. Bargel u.a. 2008). Dieses diente zum anderen als Folie für die auf die Besonderheiten der PH Freiburg abgestimmten Fragebatterien. So wurden aus dem bestehenden Fragebogen des Konstanzer Studierendensurveys zentrale Bausteine entnommen, die sich mit gesellschaftspolitischen Orientierungen auseinandersetzen. Diese beinhalten Aspekte der politischen und demokratischen Verortung der Hochqualifizierten. Zentral sind auch Faktoren, die zur Charakterisierung der Studiensituation und -zufriedenheit bzw. sozialen Einordnung der Studentinnen und Studenten verwendet worden sind. Neben Geschlecht und Alter, wurde ein besonderer Wert auf die soziale Herkunft im Rahmen des elterlichen Bildungsabschlusses gelegt, die sich hier in leicht abgewandelter Form wiederfindet.

Bei der Erkundung der hochschulischen Verweildauer hat sich eine *Modifikation* ergeben: Es wurde weniger auf das Fach- sondern vielmehr auf das Hochschulsemester abgehoben, um möglichen Verwirrungen vorzubeugen und allein die gesamte, bisher an einer Hochschule verbrachte Zeit in Erfahrung zu bringen. Verändert wurde das Instrument zudem hinsichtlich der Erfassung PH-spezifischer Studienmöglichkeiten. Beachtet werden dabei die differenzierten Lehramtsstudiengänge einerseits, die vielfältigen Bachelorabschlüsse andererseits. Ferner fand eine *neue*, eigens entwickelte *Fragebatterie* Eingang, die die Beurteilung der Verantwortlichkeit von Lehrerschaft, Schule und anderen Instanzen für die politische Bildung der Heranwachsenden sondiert. Ein weiterer Fokus richtet sich auf die studentische Bewertung ausgewählter Umwelten, denen Wir-

kung auf die politische Bildung der Schülerinnen und Schüler unterstellt wird. Zudem soll in Erfahrung gebracht werden, inwieweit pädagogische Fachkräfte eine besondere Verantwortung zugesprochen wird, in der Schule spezifische gesellschaftspolitische Aspekte zu vermitteln. Schließlich konzentriert sich das auf die PH Freiburg abgestimmte Instrument auf studentische Ansichten, ob die angehenden Lehrkräfte auf eine soziale bzw. politisch-demokratische Bildung der jungen Heranwachsenden vorbereitet sind. Dabei ist gesondert zu prüfen, inwieweit sich diese neuen Fragebatterien empirisch bewähren.

Das Erhebungsinstrument operiert zumeist mit Likert- und anderen Ordinalskalen sowie mit Antworttypen, die Nicht-Wissen erheben und als inhaltliche Information werten. Konkrete Bewertungsmuster sollen die Studierenden zum einen zu klaren Einordnungen bringen. Ferner sollte aber auf der anderen Seite nicht übersehen werden, dass starre Antwortmodi nicht den wirklichen Orientierungen entsprechen müssen. Die Kategorien „weiß nicht“ oder „kann ich nicht beurteilen“ sollen verhindern, dass die Befragten zu pauschalen Einordnungen eines Sachverhaltes gezwungen sind, die weder dem Untersuchungsgegenstand noch den individuellen Haltungen gerecht werden (vgl. Reuband 2000) – das gilt zumal für Fragen, die auch Nicht-Lehramtsstudierende auffordern, sich mit Momenten der Lehrerausbildung zu beschäftigen.

Der Fragebogen wurde vor seinem Einsatz einem Pretest unterzogen und ausgewählten Studierenden vorgelegt, um Kenntnisse über etwaige Missverständnisse, problematische Formulierungen und Ausgestaltungen zu erhalten. Die Probanden benötigten zur Bearbeitung zwischen 10 und 12 Minuten. Sowohl um die studentische Teilnahmebereitschaft und damit die Auswertungsbasis nicht durch einen zu langen Fragebogen zu minimieren, als auch aus Kostengründen, wurde dieser auf drei Seiten plus ein informierendes Deckblatt beschränkt. Er umfasst 18 Fragen mit 59 Variablen. Bei seiner Ausgestaltung war auch die Wahrung der Anonymität der Befragten und ihrer Angaben zentral. Entsprechend ermöglichen die erfassten Daten keinen Rückschluss auf studentische Identitäten und werden den Datenschutzbestimmungen folgend behandelt. Die empirische Analyse umschließt statistische Berechnungen auf uni-, bi- sowie multivariater Ebene. Sie enthält zudem Vergleiche mit den Daten des Konstanzer Studierendensurveys.

2.2 Stichprobe, Feldphase und Auswertungsstrategien

Die Stichprobe soll differenzierende Analysen nach spezifischen soziodemografischen sowie hochschulischen Faktoren ermöglichen. Ausgehend von den 4457 eingeschriebenen Studierenden im Wintersemester 2008/09 an der PH Freiburg, wurde – allein aus Kosten- und Kapazitätsgründen – angezielt, circa 1500 Studierende als *potentielle* Teilnehmer anzusprechen. Dabei wurde vorab eine Beteiligungsquote von etwa einem Drittel in Rechnung gestellt; also von 500 Personen. Diese Erwartung entspricht den langjährigen Erfahrungen der Konstanzer Forschungsgruppe. Sie ist hinreichend, um die Repräsentanz der Fächergruppen zu gewährleisten – analog der Gruppierungen in anderen Umfragen (vgl. Bargel u.a. 2008; Isserstedt u.a. 2007). Dafür wurden Studierende in grundständigen Studiengängen an der PH Freiburg befragt. Kontrastiert werden sollte dabei auch das Spektrum der verschiedenen Disziplinen und Abschlüsse. Das Sampling-Verfahren ist zweistufig. Aus dem Spektrum von fachübergreifenden Lehrveranstaltungen wurden per Zufall bestimmte ausgewählt, innerhalb derer war eine Vollerhebung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer angezielt.

Die einen Monat umfassende Feldphase wurde im Rahmen ausgewählter Veranstaltungen in jenen Disziplinen realisiert, die für die PH Hochqualifizierten aller Fächer bzw. Studienabschlüsse verpflichtender Teil des hochschulischen Curriculums sind. Dies schließt Grundlagen- und Wahlpflichtfächer ein, die im Verlauf der Lehrerausbildung ebenso abzudecken sind, wie im Diplomstudium. Diesem Anspruch folgend, boten sich Veranstaltungen in den *übergreifenden Disziplinen* der Erziehungswissenschaften, der Philosophie, der Psychologie sowie der Soziologie an. Ferner wurden Modulveranstaltungen für künftige BA-Absolventinnen und Absolventen aufgesucht.

Von den hierfür zur Verfügung stehenden fachübergreifenden 200 Veranstaltungen wurden insgesamt 30 Seminare, Vorlesungen und Hauptseminare bestimmt – das basiert zum einen auf Kosten- und Kapazitätsgründen, zum anderen auf Überlegungen, dass die selben Studierenden mehr als nur in einer der ausgewählten Veranstaltungen anzutreffen sind. Diese wurden mit freundlicher Unterstützung der angefragten Kolleginnen und Kollegen vom 28.10.2008 bis zum 28.11.2008 besucht. Davon wurde nur Abstand genommen bzw. die Werbung für eine Teilnahme abgebrochen, wenn sich die studentische Zusammensetzung im Rahmen anderer besuchter Veranstaltungen spiegelte oder das

vorliegende Instrument von den Studentinnen und Studenten bereits ausgefüllt war. Diese Faktoren trafen auf sechs Veranstaltungen zu – allein in drei hatten die Hochqualifizierten bereits Kenntnis von dem Bogen. Räumten die jeweiligen Dozentinnen und Dozenten Zeit ein, diesen in der Veranstaltung gleich zu bearbeiten, wurde er nach der dafür veranschlagten Zeit von 15 Minuten, die eine Vorstellung der Studie sowie das Ausfüllen des Fragebogens beinhaltet, vom Projektleiter bzw. einem studentischen Mitarbeiter wieder eingesammelt – seitens der Studierenden gab es dabei lediglich einen offensiven Verweigerer. War kein sofortiges Ausfüllen möglich, wurde darum gebeten, das Instrument in einen dafür vorgesehenen Kasten vor dem Büro des Projektleiters einzuwerfen.

Letzteres galt auch für jene, die den Fragebogen auf andere Art und Weise erhielten bzw. auf die Studie aufmerksam wurden. Absicht war es, ergänzend zu den grundlegenden Samplingstrategie Teilnehmer, die am Besuch des entsprechenden Seminars verhindert waren, anzusprechen. Zum einen wurde mittels Plakate für die Untersuchung geworben und informiert, wie an den Fragebogen zu gelangen war – er konnte im Internet auf der Homepage der Abteilung für Soziologie heruntergeladen werden. Zum anderen sollte eine Mail an die Studierenden die Aufmerksamkeit auf eine speziell dafür eingerichtete Seite wecken. Hierfür wurde in allen Lehramtsfächern nach möglichen Mailinglisten gefragt, über die die Studierenden informiert werden sollten – dieses war in 14 von 21 Fällen erfolgreich. Ferner lagen an zentralen Orten Fragebögen aus, die auch seitens des studentischen Mitarbeiters an Kommilitoninnen und Kommilitonen verteilt wurden. Schließlich bot der PH eigene Radiosender an, in einem Bericht für eine Teilnahme zu werben.

Mittels dieser vielfältigen Vorgehensweisen haben nach Beendigung der fünföchigen Feldphase 781 Studentinnen und Studenten Angaben über ihre Studiensituation und die gesellschaftspolitischen Vorstellungen formuliert. Dabei ist anzumerken, dass sich dabei lediglich 3% der Befragten der Möglichkeit des Internets bedient haben.

Trotz der Bitte um eine einmalige Teilnahme, bergen die verwendeten Vorgehensweisen die Gefahr, dass sich einige Studierende mehr als einmal geäußert und zu Verzerrungen bzw. unterschiedlichen Einschätzungen beigetragen haben könnten. Diese potentiellen Nachteile werden in Kauf genommen, um einerseits über eine gesicherte Datenlage zur

Überprüfung der neuen Fragebatterien sowie andererseits über eine ausreichende statistische Grundlage für die Analysen zu verfügen. Zudem gestatten Vergleiche mit ähnlichen Studien einen Blick in die Aussagekraft, Repräsentativität und Validität der gewonnenen Befunde, so dass etwaige Doppelt- bzw. Mehrfachteilnahmen in Form von Abweichungen in der vorliegenden Studie auf diese Weise sichtbar werden können.

Die Auswertung der Befunde basiert zum einen auf univariaten Analysen,² zum anderen auf bivariaten Verknüpfungen der Antworten. Hierfür werden die eingangs aufgezeigten soziodemografischen Merkmale sowie die ausgewählten hochschulischen Faktoren mit den zentralen Inhalten gesellschaftspolitischer Vorstellungen der Studierenden verbunden. Dabei folgt jede Präsentation demselben Muster: Zuvorderst werden die Grundverteilungen für sich beschrieben und in einem zweiten Schritt in Beziehung zu den sozialen sowie hochschulischen Spezifika gesetzt.³ Abschließend soll ein simultanes Testen der unterschiedlichen Wirkgrößen Aussagen über deren Einflussstärken ermöglichen. Die bi- und multivariaten Analysen überprüfen die Effekte gegen die Wahrscheinlichkeit, dass das Antwortverhalten der Teilstichproben in den jeweiligen Items gleich sei. Sofern diese Wahrscheinlichkeit bei 5% oder weniger liegt, gilt der Befund in diesem Rahmen als signifikant. Er wird auf vielfältige Art und Weise in den vorliegenden Ausführungen hervorgehoben und folgt somit bewährten Konventionen der empirischen Sozialforschung. Alle Berechnungen wurden mit dem Programm KOSTAS durchgeführt (vgl. Nagl/Walter/Staud 1986), das der SAS-Logik verwandt ist.

3 Die Befragten im Portrait

Bevor die gesellschaftspolitischen Vorstellungen differenziert analysiert werden, erscheint ein porträtierender Blick auf die Studierendenschaft an der PH Freiburg lohnenswert. Dies kann zum einen ihre soziale Zusammensetzung im Allgemeinen verdeutlichen – das gilt neben dem Geschlecht zumal für individuelle bzw. soziodemografische Hintergründe. Zum anderen können Hinweise auf fachliche Interessen sowie die mannigfaltigen Abschlussmöglichkeiten an dieser Bildungseinrichtung dokumentiert werden. Dies mag als Folie dienen, die gesellschaftspolitischen Aussagen der Hochschülerinnen und Hochschüler differenzierter darzustellen und zu interpretieren.

3.1 Soziodemografische Merkmale

An der Pädagogischen Hochschule Freiburg spiegelt sich auf der einen Seite die Tendenz der im Bildungsbericht (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008) aufgezeigten, über die Jahre hinweg wachsende starke Vertretung von Akademikerkindern wider. Auf der anderen Seite unterstreichen die gewonnenen Befunde die „Feminisierung“ gerade des pädagogischen Hochschulzweiges.

Frauen prägen das Bild der PH-Studierendenschaft

So sind rund drei Viertel der Hochqualifizierten, die an dieser Freiburger Bildungseinrichtung ein Studium aufgenommen, haben weiblichen *Geschlechts*. Das spiegeln auch die Zahlen der vorliegenden Erhebung: 79% der Befragten sind Frauen. Die PH liegt damit deutlich über der geschlechtlichen Zusammensetzung der Studierenden, die sich am Konstanzer Survey beteiligt haben – von den dortigen Befragten an der Fachhochschule sind 48% weiblichen Geschlechts, an den Universitäten 58% (vgl. Tabelle 1). Frauen an der PH sind zudem fast immer im Erststudium, von den Männern sind es 85% (vgl. Tabelle A 3.1). Im Schnitt sind PH-Studierende 23,4 Jahre *alt* und damit jünger als ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen an den anderen Institutionen. Rund ein Fünftel ist bis zu 20 Jahre alt, fast die Hälfte zwischen ihrem 21. und 23. Lebensjahr. Je höher die Altersangaben werden, desto geringer werden ihre Besetzungen: 19% der Befragten geben an, zwischen 24 und 27 Jahre alt zu sein. Knapp mehr als jeder Zehnte ist 28 und

älter – dies dürfte besonders den strukturellen Bedingungen im Bildungsbereich geschuldet sein. Zumal Studentinnen sind deutlicher im unteren sowie mehrheitlich im mittleren Altersbereich, die männlichen Kommilitonen stärker unter den älteren Studierenden zu finden.

Ein Blick auf die *soziale Herkunft*⁴ der Befragten verdeutlicht eine ausgeprägte Repräsentanz von Akademikerkindern, die das studentische Milieu an der PH Freiburg prägen. In sichtbar geringerem Maße sind aber nicht nur die Angehörigen unterer Bildungsabschlüsse vertreten. Neben dem Haupt- bzw. Volksschulabschluss ist das Abitur das Bildungszertifikat, welches an der Pädagogischen Hochschule am wenigsten angegeben wird. In deutlich höherem Maß signalisieren die Studierenden, dass ihre Eltern mittlere Reife haben – hierauf verweist fast jeder Dritte.

Tabelle 1
Soziodemografische Zusammensetzung der Studierenden in den verschiedenen Stichproben.
(Angaben in %, Mittelwerten)

	Pädagogische Hochschule Freiburg ^{a)} N = 781	Fachhochschulen ^{b)} N = 1456	Universitäten ^{b)} N = 6894
Geschlecht (in %)			
- weiblich	79	48	58
- männlich	22	52	42
Alter (Mittelwert)	23,4	25,8	24,2
Höchstqualifizierender Bildungsabschluss der Eltern (in %)			
- Hauptschule	12	12	7
- Realschule	28	25	18
- Gymnasium	15	5	5
- Hochschule	45	58	71

a) Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

b) bundesweiter Studierenden survey der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierenden survey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Die soziale Zusammensetzung der im Rahmen der vorliegenden Untersuchung befragten PH-Studierendenschaft weist zwar Ähnlichkeiten mit jener der Konstanzer Stichprobe an Universitäten und Fachhochschulen auf (vgl. Tabelle 1). Allerdings sind dort jeweils noch höhere Anteile an Kindern aus Akademikerhaushalten zu verzeichnen – das gilt ganz besonders intensiv für Universitäten – 71% der dortigen Studentinnen und Studenten entstammen dem akademischen Milieu, an der PH beträgt dieser Anteil lediglich 45%. Die Fachhochschulen nehmen eine mittlere Position ein. Studierende deren Eltern das Abitur oder einen Hauptschulabschluss haben, bilden besonders hier das Schlusslicht.

Demgegenüber besteht an der Pädagogischen Hochschule Freiburg ein größerer Pool an Studierenden, die als höchsten Bildungsabschluss ihrer Eltern das Abitur nennen. Gemeinsam mit Fachhochschulen weisen sie darüber hinaus deutlich mehr Angehörige bildungsferner Schichten auf als dies an Universitäten der Fall ist.

3.2 Studium und Studiensituation

Das PH-Studium ist – wie die vorliegenden Daten belegen – durch zwei Elemente geprägt: Es besteht nahezu einhellig aus Personen, die ein Erststudium aufgenommen haben. Zudem sind sie überwiegend für ein Lehramt eingeschrieben. Mögliche Gründe für diese Studienwahl sind sehr wahrscheinlich aus den strukturellen Bedingungen bzw. dem Grundverständnis des pädagogischen Hochschulzweiges ableitbar. Auch zeigen sich die Entscheidungen vom Geschlecht sowie der Bildungsherkunft beeinflusst.

Erststudium und Entscheidung für das Lehramt dominieren

Für die überwiegende Mehrheit der Befragten ist das Studium ein Erststudium (vgl. Frage 1 im Anhang Fragebogen); das gilt noch deutlicher für jene, die ein Lehramt anvisieren. Jene, die ein Zweit- bzw. Aufbaustudium aufgenommen haben, sind in der absoluten Minderheit. Wie in der bundesweiten Stichprobe an Universitäten und Fachhochschulen, signalisieren auch an der PH häufiger die Frauen, erstmals an eine Hochschule immatrikuliert zu sein (95%) – demgegenüber verweisen die Männer eher auf eine schon vorhandene Studienerfahrung. Nahezu einhellig äußern die Lehramts- sowie Bachelorstudierenden, dass dies ihr Erststudium sei, in den traditionellen Diplomstrukturen ist es jeder Zweite; unter den höchsten Semestern betont jeder Dritte, bereits ein Studium hinter sich zu haben. Im Gegensatz zum wachsenden Anteil der künftigen Lehrkräfte und Diploma, nehmen die BA-Studierenden, zumal ab dem fünften Semester, um rund ein Drittel ab (vgl. Tabelle A 3.2) – diese Entwicklung dürfte zu einem Großteil den strukturellen Bedingungen in der Hochschullandschaft geschuldet sein. Im Durchschnitt befinden sich die in die PH-Studie Einbezogenen am Ende des Grundstudiums – seitens der Lehramtsstudierenden tritt das deutlicher hervor, als im Rahmen anderer Abschlüsse. Hinter der insgesamt durchschnittlichen Semesterzahl von 3,9 Semester verbergen sich unterschiedliche Verteilungen: Zwei Fünftel sind als Studienanfänger im ersten Jahr

identifizierbar. Ein weiteres Viertel steht kurz vor dem Ende des Grundstudiums. Damit verteilen sich nahezu zwei Drittel der angehenden PH-Akademikerinnen und Akademiker auf die ersten vier Semester. Mit zunehmender Semesterzahl sinken die Anteile der Studierenden: So verorten sich 26% in den Semester 5 bis 8. Eine darüber hinausgehende studentische Mitgliedschaft wird noch von einem Achtel signalisiert.

Mit Blick auf die Fächer,⁵ sind die Befragten überwiegend im kulturwissenschaftlichen Bereich immatrikuliert (61%). Die Verteilungen auf die anderen Disziplinen sind deutlich geringer. Mehr als jeder Fünfte ist Angehöriger im sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Feld. Fast derselbe Anteil strebt einen Abschluss in Mathematik oder den Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften an. Mit Blick auf das Geschlecht dominieren die Frauen in den Kulturwissenschaften sowie auf sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Feldern. Nur auf natur-/ingenieurwissenschaftlichem Gebiet sind mehr männliche Studierende zu finden.

Die große Mehrheit der Studierenden strebt dabei das Staatsexamen für ein Lehramt an – vergleichbar mit Universitäten, dokumentieren dies auch an der PH Freiburg zwei Drittel der Befragten. Die anderen Abschlüsse finden deutlich geringeren Zuspruch; dessen ungleiche Besetzung dürfte neben den Strukturen des pädagogischen Hochschulzweiges nicht zuletzt den Entwicklungen des Bologna-Prozesses geschuldet sein. So gruppieren sich die an der PH Eingeschriebenen noch am ehesten in Fächern mit Bachelorabschluss (26%). Das Diplom strebt nur eine Minderheit an. Mit steigender Semesterzahl erhöhen sich die Anteile jener, die auf Lehramt bzw. Diplom studieren. Künftige Bachelor finden sich erwartungsgemäß eher in den unteren Semestern.

Die Bildungsherkunft trägt zur Entscheidung für den Studiengang bei

Anders als seit jeher bundesweit an Universitäten feststellbar, hebt eine Beleuchtung der Bildungsherkunft der Studierendenschaft an der Pädagogischen Hochschule Freiburg noch deutlicher die außerordentliche Neigung von Akademikerkindern hervor, sich auf das Lehramtsstaatsexamen zu konzentrieren. Rund drei Viertel von ihnen signalisiert den Willen hierzu. In den anderen, ganz besonders in den unteren Bildungsschichten, ist das weniger deutlich ausgeprägt. Allerdings ist auch deren Wunsch eine pädagogische Fachkraft zu werden, stärker verankert als der Drang nach einem BA-Abschluss (vgl.

Tabelle 2). Zudem sind es hier eher Studierende aus bildungsfernen bzw. -mittleren Milieus, die die neuen Studienstrukturen frequentieren. So haben sich mit einem Drittel zumal jene Hochqualifizierten in dem neuen Abschluss immatrikuliert, deren Eltern die mittlere Reife als höchsten Bildungsabschluss aufweisen.

Tabelle 2

Angestrebter Abschluss nach Bildungsherkunft der Eltern.
(Angaben in %)

Angestrebter Studienabschluss	Höchstqualifizierender Bildungsabschluss			
	Hauptschulabschluss n = 91	Mittlere Reife n = 210	Abitur n = 113	Hochschulabschluss n = 339
- Lehramt	61	60	66	73
- Bachelor	28	32	29	20
- Anderer Abschluss ^{a)}	11	8	5	6

a) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“
* $p \leq 0.05$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Akademikerkinder sind an der PH Freiburg am seltensten in den Bologna-Strukturen verortet. Studierende, die aus dem bildungsfernen Umfeld stammen, präferieren noch am ehesten das Diplom. Dieses gestaltet sich den Konstanzer Repräsentativdaten zufolge an Universitäten bzw. Fachhochschulen erwartungsgemäß in anderer Form: Die Angehörigen der untersten sowie der höchsten Bildungsschicht wollen mit annähernd drei Viertel der Befragten am ehesten einen Abschluss jenseits von Lehramt und Bachelor erreichen – nach letzterem streben sie am wenigsten. In diesen beiden heben sich zumal die Hochschülerinnen und Hochschüler hervor, deren Eltern das Abitur als höchstes Zertifikat haben; jeder Fünfte von ihnen will eine Lehrkraft werden.

Grundschule und Kulturwissenschaften dominieren das Lehramt

Bei der Wahl des Lehramtes erhält die Grundschule die höchste Aufmerksamkeit. Weit mehr als jeder Zweite signalisiert dies – dabei betonen 61% der Frauen, in der Primarstufe unterrichten zu wollen. Ihre männlichen Kommilitonen fokussieren demgegenüber mehrheitlich die Realschule als bevorzugtes Lehrumfeld; auch an der Hauptschule zeigen sie etwas mehr Interesse. Dabei sind tendenziell – allerdings nicht signifikant – die Angehörigen bildungsferner Schichten zu nennen, die das Lehramt Hauptschule anstreben. Studierende aus Akademikerhaushalten scheinen dabei häufiger in die Grundschulen zu wollen. Hinsichtlich der Fächerwahl konzentrieren sich die angehenden Pädagoginnen und Pädagogen in ihren Hauptfächern besonders auf den sprach- und kulturwissen-

schaftlichen Bereich; das gilt für rund drei Viertel der Befragten – dies dürfte zumal den gesetzlich vorgegebenen strukturellen fachlichen Studienmöglichkeiten geschuldet sein. Dabei werden diese sichtbar mehr von Frauen als von Männern frequentiert. Knapp jeder Fünfte der Lehramtsstudierenden ist in den Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften immatrikuliert. Hier repliziert sich die Geschlechterverteilung: Studenten sind weniger in Kulturwissenschaften, aber nachhaltiger im natur- bzw. ingenieurwissenschaftlichen Feld verortet als Studentinnen.

Studierende sind zufrieden mit der Studiensituation – ohne euphorisch zu sein

In der Bewertung ihrer Studiensituation sind die Studierenden zumeist zufrieden, ohne aber außerordentlich euphorisch zu wirken (vgl. Frage 5 im Anhang Fragebogen). Dabei stellen sich unterschiedliche Aspekte in differenzierter Form dar:

Es zeigt sich – wie an anderen Hochschultypen auch – die positivste Bilanz, wenn es um Kontakte zu Kommilitoninnen und Kommilitonen geht: 58% wählen die Kategorien +3 oder +2, weitere 22% signalisieren eine tendenzielle Zufriedenheit. Dies wird nachdrücklicher von den Frauen geschildert. Vielleicht weil sie deutlich in der Minderheit sind, schätzen die Männer das soziale Miteinander an der Hochschule negativer ein. In ihrer Zufriedenheit etwas weniger nachdrücklich, sind die Befragten insgesamt bezüglich des eigenen Leistungsstands – ein Drittel urteilt hier deutlich im positiven Bereich, ebenso viele neigen tendenziell dazu. Damit fällt die Einschätzung leicht günstiger aus als bundesweit an Universitäten und Fachhochschulen. Eine affirmative Haltung kommt an der PH auch hinsichtlich der Betreuung durch die Lehrenden zum Ausdruck. Diese wird von einem Viertel der Hochqualifizierten als ausgesprochen positiv skizziert, hinzu kommen 32%, die etwas verhaltener zu einem ebenfalls günstigem Urteil gelangen – ähnliches gilt, wie die Konstanzer Daten zeigen, an den anderen Bildungstypen, auch wenn die Schilderungen der Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen aufgrund anderer Operationalisierungen nur indirekt mit den Ansichten der Befragten an der PH vergleichbar sind. Die geringste Zufriedenheit dokumentieren die Freiburger bei Bilanzierung ihrer Studiensituation insgesamt. Dennoch signalisieren die künftigen PH-Absolventinnen und Absolventen eine relativ ausgeprägte Tendenz, alles in allem gerne Studierende zu sein. 58% bekunden dies uneingeschränkt, ein weiteres Viertel

tendiert zu dieser Haltung (vgl. Frage 6 im Anhang Fragebogen). Diese Einstellung wird an den anderen Hochschultypen noch nachhaltiger vertreten (vgl. Tabelle A 3.4).

Dennoch sollte die insgesamt günstige Studiensituation an der PH nicht dazu verleiten, jene Minderheiten zu übersehen, deren Lage weniger vorteilhaft erscheint: Fast jeder Zehnte ist nicht gerne Studierender, nahezu ein Drittel erachtet die gesamte Studiensituation als weniger vorteilhaft, ein Fünftel sieht die Betreuung durch die Lehrenden kritisch. Für etwa jeden Zehnten sind der eigene Leistungsstand sowie die Kontakte zu den Kommilitoninnen und Kommilitonen kaum erfreulich.

Mit der Studienzeit verändern sich die Zufriedenheiten

Die *Studiendauer* zeigt nachhaltige Wirkung auf die Studienzufriedenheit (vgl. Tabelle A 3.2). Die unteren Semester bilanzieren ihre Studiensituation positiver – annähernd zwei Fünftel äußern dies sogar nachdrücklich. Bis in das Hauptstudium hat sich die anfänglich geringe Unzufriedenheit aber fast verfünffacht und die Begeisterung verringert (29 bzw. 9%). Erst im Rahmen einer noch längeren Studiendauer nimmt die Zufriedenheit wieder etwas zu (vgl. Tabelle 3).

Tabelle 3
Zufriedenheit ^{a)} nach Semesterzahl.
(Angaben in %)

Wie zufrieden sind Studierende mit ...	Hochschulsemester							
	1. bis 2. n = 307		3. bis 4. n = 187		5. bis 8. n = 196		9. und höher n = 73	
	sehr unzu- frieden	sehr zufriede- n	sehr unzu- frieden	sehr zufriede- n	sehr unzu- frieden	sehr zu- frieden	sehr unzu- frieden	sehr zufriede- n
- der Studiensituation insgesamt ^{b)}	6	37	17	18	29	9	25	16
- der Betreuung durch die Lehrenden ^{b)}	3	40	8	19	11	15	13	22
- dem eigenen Leistungsstand ^{b)}	4	26	3	36	5	39	11	32
- dem Kontakt zu Kommilitonen	2	59	4	65	5	59	3	44

a) Zusammenfassung und Nennung der Kategorien 1-2 = sehr unzufrieden; 6-7 = sehr zufrieden

b) ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ähnliches ist für das Verhältnis zu den Lehrenden zu konstatieren. Obgleich durchgehend überdurchschnittlich bewertet, sinkt die positive Bilanzierung ihrer Betreuung im

Laufe der hochschulischen Verweildauer. 40% der Anfänger ziehen eine positive Bilanz; diese nimmt mit der Studienzeit ab und hat sich bis in die höchsten Semester fast halbiert. Zugleich wächst die Kritik an der Betreuungszuwendung – an Universitäten und ganz besonders an Fachhochschulen ist es umgekehrt; dort nimmt die Zufriedenheit in diesem Kontext im selben Zeitraum zu. Auch die Wahrnehmung des subjektiven Leistungsstandes entwickelt sich an der PH anders: Zwischen Ende des Grundstudiums bis in das Hauptstudium nimmt die Begeisterung gegenüber der eigenen Leistung zu. Wird das Studium aber länger als 9 Semester durchgeführt, sinkt diese Euphorie. Hingegen steigt sie an den anderen Hochschultypen konstant mit der Studiendauer an.

Ein Einfluss auf die eigene Studiensituation weist zudem der *Abschluss* auf (vgl. Tabelle A 3.2). So sind zumal die künftigen Lehrämter außerordentlich zufrieden, wenn es um Kontakte zu anderen Studierenden geht (62%). Wird auf Bachelor studiert, verweist noch rund die Hälfte auf ein ausgeprägtes soziales Miteinander. Streben die Befragten ein Diplom an bzw. wollen sie promovieren, sinkt die Kontaktzufriedenheit. Obgleich nachrangiger, werfen am häufigsten die BA-Studierenden einen positiven Blick auf die eigene Studiensituation. Knapp jeder Dritte ist mit dieser äußerst zufrieden, nur eine Minderheit bekundet gegenteiliges. Eine positive Einstellung ist bei Lehramtsstudierenden weniger stark: Lediglich jeder Fünfte bestätigt sie – genauso viele verweisen auf das Gegenteil. Sofern ein anderer Abschluss angestrebt wird, steigt eine negative Sicht auf die Studiensituation. Dies schließt auch eine außerordentliche Zufriedenheit hinsichtlich der Betreuung durch die Lehrenden seitens der Angehörigen der neuen Studienstrukturen ein. Sind 36% damit äußerst zufrieden, ist es bei den künftigen pädagogischen Fachkräften ein Viertel; knapp jeder Zehnte von ihnen hält sie für mangelhaft. Kritischer wird die Betreuung auch von jenen beurteilt, die einen anderen Abschluss anstreben. Diese Tendenz spiegelt sich im Vergleich zu den anderen Hochschulformen.

Fächerunterschiede bei Betreuung und Kontakten

Differenzen zeigen sich im Rahmen der *Fächer*, besonders hinsichtlich der Betreuung durch Lehrende sowie der Kontakte zu Kommilitoninnen und Kommilitonen. So nehmen Studierende der Sozialwissenschaften bzw. Gesundheitspädagogik eine im Durchschnitt bessere Betreuung durch die Lehrenden wahr (vgl. Tabelle A 3.3). Nahezu zwei Fünftel von ihnen äußern sich entsprechend, dem pflichtet ein Viertel der Hochqualifizierten in

den Kulturwissenschaften sowie jeder Fünfte in den Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften bei. Zumal dort wird eine kritischere Bilanz gezogen: Jeweils fast jeder Zehnte bewertet dies hier als defizitär; an Universitäten bzw. Fachhochschulen ist man – wie die Konstanzer Daten belegen – begeisterter. Hinsichtlich der Kontakte zu anderen Studierenden geben die Angehörigen in den Kulturwissenschaften an, mehr zu haben. Zwei Drittel ziehen hier ein positives Resümee. Das ist bei den Befragten der anderen Fächer schwächer ausgeprägt. Der sozial- bzw. gesundheitswissenschaftliche Bereich rangiert hier am Ende. Gegenüber den anderen Hochschultypen, ist die Kontaktfreudigkeit in Natur- bzw. Ingenieurwissenschaft an der PH am nachdrücklichsten.

In Sozialwissenschaften bzw. Gesundheitspädagogik studiert man besonders gern

Hinsichtlich der Frage, inwieweit die Befragten *alles in allem gerne Studierende* sind, zeigt in erster Linie das gewählte Hauptfach Kovariationen. In herausragender Form äußern Hochqualifizierte im kulturwissenschaftlichen Bereich, alles in allem gerne studentische Angehörige der PH Freiburg zu sein (vgl. Tabelle A 3.3). Wengleich auf etwas niedrigerem Niveau, wird dies aber noch mehrheitlich von den Vertretern im natur-/ingenieurwissenschaftlichen Bereich bestätigt. Im Vergleich weisen die Angehörigen der sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Fächer diesem Lebensabschnitt die vergleichsweise geringste Relevanz zu, wengleich auch sie mehrheitlich das studentische Dasein goutieren. So geben auch hier lediglich geringe Minderheiten an, gar nicht gern Studierender zu sein (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4
Verhältnis zum „Student/in sein“^{a)} nach Fachgruppen.
(Mediane)

	Kulturwissenschaften n = 391	Sozial-, Gesundheitswissenschaften n = 134	Natur-, Ingenieurwissenschaften n = 121
Sind Sie alles in allem gerne Student/in?			
- gar nicht gern	3	2	2
- sehr gern	62	45	55

a) Zusammenfassung der Ausprägungen 0-1 = gar nicht gern, 5-6 = sehr gern

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ein Vergleich anhand der Konstanzer Surveydaten zu den anderen beiden Hochschultypen zeigt, dass an den Universitäten die Sozialwissenschaften die hinteren Plätze belegen, wenn es um den Beliebtheitsgrad des Merkmals „Studierender sein“ geht – do-

minieren sie an den Fachhochschulen, bilden hier die Ingenieurwissenschaften das Schlusslicht. Insgesamt bekräftigt die Studierendenschaft an den anderen Bildungstypen etwas stärker, alles in allem gerne den studentischen Status zu haben (vgl. Tabelle A 3.4).

Systematische Beziehungen bestehen darüber hinaus zum anvisierten *Abschluss*. Streben die Studentinnen und Studenten ein Lehramt an, ist das Verhältnis zu ihrem sozialen Status etwas positiver besetzt als bei den übrigen Studienmöglichkeiten an der Pädagogischen Hochschule Freiburg. Eine Gegenüberstellung derselben Abschlussformen an Universitäten differenziert das Bild: Dort formulieren neben den Diplom besonders die BA-Angehörigen, gerne Studierende zu sein; künftige Lehrkräfte bilden das Schlusslicht. Im Vergleich der Hochschultypen, betonen die angehenden pädagogischen Expertinnen und Experten an Universitäten – besonders mit Blick auf Baden-Württemberg – nachdrücklicher, alles in allem gerne Studentin bzw. Student zu sein, als es durchgehend an der PH Freiburg der Fall ist (vgl. Tabelle A 3.4).

Resümee

Die PH-Studierendenschaft ist deutlicher als an anderen Hochschultypen weiblichen Geschlechts. Obgleich nicht so ausgeprägt wie an Universitäten, sind auch hier häufiger Akademikerkinder vertreten – zudem besteht ein größerer Pool an Angehörigen unterer bzw. mittlerer Bildungsmilieus. Die Mehrheit der Befragten befindet sich in einem Erststudium, überwiegend in den Kulturwissenschaften und strebt ein Grundschullehramt an – hier dominieren durchgehend die Frauen. Dabei fällt auch in Freiburg die Neigung von Akademikerkindern auf, sich dem Lehrerberuf zuwenden zu wollen. Die Studierenden – zumal die künftigen Bachelor – ziehen eine positive Bilanz ihrer Studiensituation, ohne aber euphorisch zu wirken. Die Kontakte zu Kommilitoninnen und Kommilitonen führen den Reigen an, gefolgt von der Wertschätzung des eigenen Leistungsstandards. Die Betreuung durch Lehrende sowie die Studiensituation insgesamt werden zwar ebenfalls günstig geschildert, gleichwohl von namhaften Minderheiten eher kritisch evaluiert. Im bundesweiten Vergleich zu den anderen Hochschultypen ist zu konstatieren, dass mit der Studiendauer die Kritik gegenüber der Studiensituation sowie der Betreuung durch die Lehrenden wächst. Eine solche Bilanzierung fällt an den Universitäten und Fachhochschulen im Laufe des Studiums leicht positiver aus. Dies gilt auch für die Einstufung des studentischen Daseins.

4 Gesellschaftspolitische Vorstellungen, Gesellschaftsbild und Demokratieverständnis

Für die Betrachtung gesellschaftspolitischer Überzeugungen erscheinen neben dem politischen Interesse und Standort auch Haltungen gegenüber der politischen Teilhabe sowie die Befürwortung oder Ablehnung von Gesellschaftsmodellen zentral. Auch könnte eine Erfassung demokratischer Grundprinzipien Aufschluss über studentische Vorstellungen und Grundverständnisse geben. Entsprechend wird in diesem Kapitel primär das politische Interesse der PH-Studierenden, ihre politische Selbstverortung sowie ihre Haltung zur politischen Partizipation beleuchtet (4.1). Dem folgt die Thematisierung der Leistungsgesellschaft (4.2). Schließlich soll die Analyse demokratischer Grundprinzipien ein Bild der demokratischen Orientierungen der Befragten zeichnen (4.3). Die Kapitel beginnen mit jeweils univariaten Betrachtungen und werden durch soziodemografische Hintergründe sowie hochschulische Einflüsse getrennt untersucht. Dies wird in einem weiteren Schritt mit den politischen Überzeugungen ergänzt. Die Analysen basieren auf den Mediendifferenzierungen der unabhängigen Variablen (vgl. Tabelle A 4.1 bis A 4.10).

4.1 Politisches Interesse, politischer Standort und Partizipation

Das politische Interesse, die politische Selbstverortung sowie die Haltung zur gesellschaftlichen Teilhabe gelten als zentrale Merkmale in einem demokratischen Gefüge. Daher werden diese nun im Einzelnen für die Studierendenschaft der Pädagogischen Hochschule Freiburg detaillierter betrachtet. Entsprechende Vergleiche mit anderen Bildungseinrichtungen, wie Universitäten und Fachhochschulen, sollen helfen, diese besser einordnen und die entsprechende Stellung der PH herausarbeiten zu können.

Politisches Interesse und Standort

Seit jeher werden Studierende „als viel stärker an Politik (interessiert) als die Bevölkerung insgesamt oder die Gleichaltrigen“ (Bargel 1985, S. 68) skizziert. So signalisieren mit Blick auf das politische Interesse auch die angehenden Akademikerinnen und Akademiker an der PH Freiburg eine insgesamt überdurchschnittliche Aufmerksamkeit, gemessen an der theoretischen Skalenmitte. Mehr als jeder Zweite ist nachhaltig inte-

ressiert – ein Viertel sogar außerordentlich stark. Demgegenüber stellt sich jeder Fünfte apathisch bzw. als nur gering interessiert dar (vgl. Frage 7 im Anhang Fragebogen). Mit Blick auf die anderen Hochschulformen ist festzustellen, dass – obgleich des in der Zeit seit den 1980er Jahren insgesamt gesunkenen Interesses – Studierende an der PH dem politischen Geschehen weniger Augenmerk widmen (vgl. Bargel 2008; Tabelle A 4.10).

Männer und Studierende aus bildungsfernem Milieu sind stark interessiert

Bei einer Betrachtung *soziodemografischer Merkmale* zeigen sich besonders hinsichtlich des Geschlechts Differenzierungen (vgl. Tabelle A 4.1). So weisen *männliche Studierende* eine überdurchschnittlich hohe politische Aufgeschlossenheit auf, die deutlich über jener der Kommilitoninnen liegt. Zwei Drittel der Männer betonen, aufmerksam politische Geschehnisse zu verfolgen; bei den Frauen äußert dies jede Zweite – zugleich ist deren Reserviertheit mehr als doppelt so hoch wie bei den Studenten (vgl. Tabelle 5). In der Aufmerksamkeit insgesamt höher angesiedelt, zeigt sich diese Tendenz auch im Vergleich zu den anderen Hochschulformen.

Tabelle 5
Politisches Interesse nach soziodemographischen Merkmalen.
(Angaben in %)

Politisches Interesse ^{a)}	Geschlecht ^{b)}		Höchstqualifizierender Bildungsabschluss der Eltern ^{b)}			
	weiblich n = 606	männlich n = 166	Hauptschule n = 91	Realschule n = 210	Gymnasium n = 113	Hochschule n = 339
- wenig	25	11	19	18	33	21
- mittel	27	14	19	29	27	21
- stark	49	66	62	53	40	58

a) Zusammenfassung der Kategorien: 0-2 = wenig, 3 = mittel, 4-6 = stark

b) ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Obgleich etwas nachrangig, hat auch die soziale Herkunft einen Einfluss auf das politische Interesse. Bezüglich der *Bildungsherkunft* wird die höchste Empathie unter PH-Studierenden deutlich, die aus dem untersten Bildungsmilieu stammen (vgl. Tabelle A 4.1). Wie an Universitäten und Fachhochschulen auch, rangieren in Freiburg ebenfalls Akademikerkinder knapp dahinter (62 bzw. 58%). Hingegen dokumentieren Hochqualifizierte, deren Eltern das Abitur als höchstes Bildungszertifikat angeben, am wenigsten für allgemeinpolitische Geschehnisse aufgeschlossen zu sein (vgl. Tabelle 5). Sie erachten diese auch am ehesten für uninteressant. Gemeinsam mit Akademikerkindern bilden die Angehörigen aus den bildungsferneren Milieus dabei das Schlusslicht – jeweils

knapp jeder Fünfte ist apathisch. Ein Blick auf das *Alter* der Befragten verdeutlicht auch im pädagogischen Hochschulzweig, dass mit den Lebensjahren auch das Augenmerk auf politische Inhalte wächst (vgl. Tabelle A 4.2).⁶

Interesse in höheren Semestern und im Lehramt Haupt- und Realschule

Differenzierte Wirkungen zeigen sich auch im Rahmen *hochschulischer Einflüsse*. Das gilt primär in herausragender Form für die *Studiendauer* der PH-Studentinnen und Studenten (vgl. Tabelle 6 und A 4.3). Sie liegt darin, dass mit steigender hochschulischer Verweildauer die Aufmerksamkeit gegenüber politischen Zusammenhängen wächst (71%). Unter den Studienanfängern gilt das für weniger als die Hälfte der Befragten. Hier ist auf der anderen Seite mit einem Viertel der Anteil der Apathischen sichtbar ausgeprägter. Je länger studiert wird, desto weniger ist auch dies der Fall – in den höchsten Semestern ist eine solche Haltung am geringsten ausgeprägt. Dieses Phänomen ist auch an Universitäten bzw. Fachhochschulen zu konstatieren.

Tabelle 6
Politisches Interesse nach hochschulischen Faktoren.
(Angaben in %)

Politisches Interesse ^{a)}	Semesterzahl				Studienabschluss		
	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73	Lehramt n = 512	Bachelor n = 199	anderer Abschluss ^{b)} n = 59
- wenig	26	24	17	8	21	24	14
- mittel	27	22	23	21	21	33	19
- stark	48	54	61	71	58	43	67

a) Zusammenfassung der Kategorien: 0-2 = wenig, 3 = mittel, 4-6 = stark

b) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

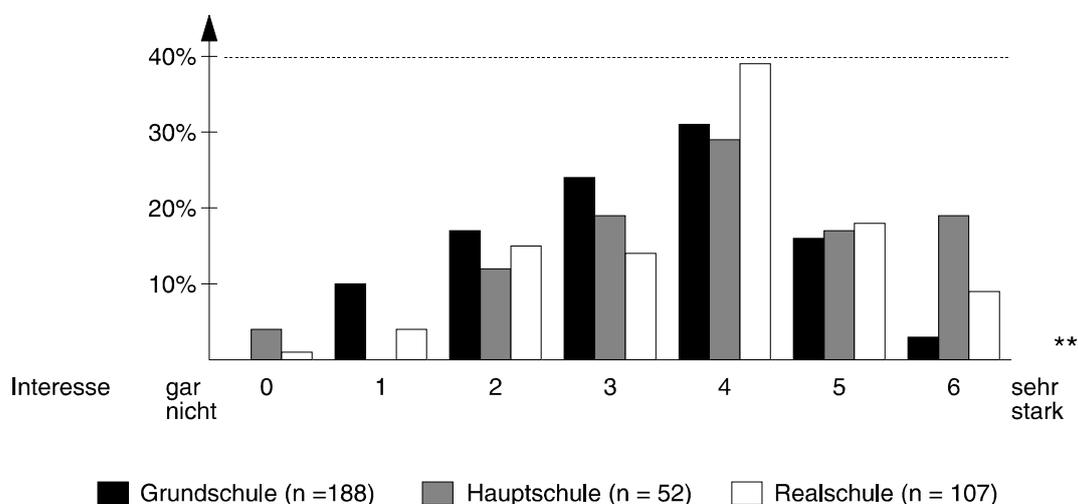
Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ein Einfluss auf die Aufmerksamkeit kann auch dem angestrebten *Hochschulabschluss* unterstellt werden. Hier signalisieren jene politisches Interesse, die einen Studienschluss jenseits von Lehramt und Bachelor anvisieren (67%). Obgleich in ihrer Begeisterung schwächer, trifft das noch mehrheitlich auf die angehenden pädagogischen Fachkräfte zu. Die BA'ler bilden das Schlusslicht. Sie weisen die höchste Zurückhaltung auf – das gilt für jeden Vierten von ihnen (vgl. Tabelle A 4.5). Am geringsten ist dies unter jenen ausgeprägt, die einen Abschluss wie das Diplom oder eine Promotion anstreben – dieses Muster repliziert sich an den anderen Hochschultypen.

Das ist arrondiert von einer leicht geringerer Kovariation mit dem *Studienfach* (vgl. Tabelle A 4.4). Als politisch aufmerksam heben sich dabei Studierende in Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften hervor – 60% sind außerordentlich stark an Politik interessiert. Das gilt etwas verhaltener auch für die Kommilitoninnen und Kommilitonen in den Kulturwissenschaften. Befragte, die ein Studium im sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Feld aufgenommen haben, sind im Vergleich am wenigsten aufgeschlossen: Das geben zwei Fünftel von ihnen an. Zugleich betonen sie das geringste Interesse. Demgegenüber sind an den Universitäten sozial- bzw. kulturwissenschaftliche Studierende am interessiertesten; zumal die Naturwissenschaften stellen den Ort der eher Unaufmerksamen.

Hinzu tritt die Bedeutung der *Schulform*, in der die angehenden Lehrkräfte unterrichten wollen. Deren Aufmerksamkeit unterscheidet sich im Durchschnitt nicht von jener an anderen Universitäten in der Bundesrepublik bzw. in Baden-Württemberg und damit von der gymnasialen Stufe (vgl. Tabelle A 4.10). An der PH Freiburg ist dabei besonders auf künftige Pädagoginnen und Pädagogen an Hauptschulen zu verweisen: Diese äußern öfter ein außerordentlich hohes politisches Interesse als die Referenzgruppen (vgl. Abbildung 2).

Abbildung 2
Interesse am politischen Geschehen,^{a)} Studierende nach angestrebtem Lehramt.
(Angaben in %)



a) Skalierung 0 (gar nicht) bis 6 (sehr stark)

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Das gilt auch für jene, die eine Realschulberechtigung anstreben. Befragte im Primarbereich rangieren am Ende der Aufmerksamkeitsskala. Zugleich bilden die Grundschullehramtsstudierenden die Speerspitze der am politischen Leben apathischen Hochschülerinnen und Hochschüler, die ein Lehramtsstudium begonnen haben – die Hauptschulaspiranten sind hier in der Minderheit. Dabei dürfte die Verteilung der Geschlechter auf die Schulformen eine mögliche Wirkung zeigen, die sich in der Überrepräsentation der Frauen im primären, die der Männer im sekundären Schulbereich spiegelt. Ein weiterer Effekt scheint darin zu liegen, dass jene, die *alles in allem gerne Studierende* sind, nachhaltiger politisch sind. So geben 60% von ihnen an, allgemeinpolitischen Zusammenhängen aufmerksam gegenüber zu stehen. Befinden sich die Hochqualifizierten in einem kritischen Verhältnis zu ihrem Status, signalisieren sie zum einen weniger Interesse, sie weisen zum anderen ein höheres Maß an politischer Abstinenz auf – darauf verweist fast jeder Vierte derer, die nicht gerne Studierende sind.

Politischer Standort

Zudem steht die *politische Selbstverortung* im Zusammenhang mit dem Interesse an diesem Bereich (vgl. Tabelle A 4.9). Dabei heben sich besonders jene Studierende hervor, die sich links verorten. Unter rechten Befragten ist die politische Aufgeschlossenheit geringer – aber nach wie vor überdurchschnittlich. Sofern die Hochqualifizierten auf keinen eigenen politischen Standort verweisen und die Antwortkategorie „kann ich nicht beurteilen“ ankreuzen, zeigt sich ein unterdurchschnittliches Interesse an allgemeinpolitischen Zusammenhängen. So berichten fast zwei Drittel der „Linken“ Aufmerksamkeit – das gilt lediglich für ein Drittel derer, die sich politisch nicht einordnen. Ferner sind zwei Fünftel von ihnen politisch abstinent. Umgekehrt schildern eher die politisch interessierten Kommilitoninnen und Kommilitonen, sich der linken Sphäre zugehörig zu fühlen.

Unterschiedliche Studien belegen zudem bezüglich des *politischen Standorts*, dass sich Studierende nachhaltiger links einordnen (vgl. Bargel 1994; Demirovic/Paul 1996; Dippelhofer 2008). Dieser Befund gilt auch im untersuchten Rahmen und kommt etwas deutlicher zum Tragen als an Universitäten und Fachhochschulen. So verortet sich im pädagogischen Hochschulzweig fast jeder Vierte stark links, verglichen mit der Bevölkerung insgesamt (vgl. Frage 8 im Anhang Fragebogen). Im rechten Spektrum siedelt sich eine Minderheit an (6%). Es fällt auf, dass sich ein Fünftel der Hochqualifizierten

zwischen diesen beiden politischen Polen verankert. Darüber hinaus bekunden weitere 21%, nicht in der Lage zu sein, sich überhaupt in einem solchen Feld politischer Verortung positionieren zu können. Ein noch etwas anderes Bild ergibt ein Vergleich mit den Kommilitoninnen und Kommilitonen. Hier tendiert die individuelle politische Verortung stärker zur Mitte. Lediglich jeder Zehnte stuft sich ganz links ein. Doch erhalten nicht die einzelnen Kategorien des politischen Links-Rechts-Spektrums die höchsten Nennungen, sondern die Antwortvorgabe „kann ich nicht beurteilen“ – 38% aller Befragten dokumentieren diese Haltung. Jene PH-Studierenden aber, die ihre inhaltlichen Überzeugungen kundtun neigen in beiden Items noch deutlicher zum linken Pol.

Eine vergleichende Analyse unter den Hochschülerinnen und Hochschülern an Universitäten und Fachhochschulen zeigt, dass das Phänomen, sich im Vergleich zur Bevölkerung politisch links zu verorten dort etwas weniger ausgeprägt ist als im pädagogischen Hochschulbereich. Demgegenüber signalisieren die Immatrikulierten an den anderen Bildungseinrichtungen mehr Sympathie mit dem rechten Pol. Hingegen ist dort im Vergleich zur PH Freiburg die Beurteilung deutlich geringer, sich überhaupt nicht einstufen zu können – das signalisieren an Universitäten und Fachhochschulen im Vergleich zur Bevölkerung 15% und bezüglich der Mitstudierenden 25%.⁷

Mit der Studiendauer steigen Linksorientierung und politische Verortung

Signifikante Beziehungen bestehen auch mit *hochschulischen Faktoren*. Das betrifft primär die Studiendauer. Dabei wird im Rahmen der *Studiendauer* eine Stärkung der linken Verortung sichtbar. Dieser Trend zeigt sich kontinuierlich über die Semesterstufen hinweg, wobei die Dominanz des linken Spektrums sogar ausgebaut wird (vgl. Tabelle 7). Geben von den Studienanfängern 44% an, links zu sein, hat sich diese Haltung unter den höchsten Semestern auf drei Viertel erhöht. Zugleich ist unter den jüngsten Hochqualifizierten die Einstellung rechts zu sein, ausgeprägter als bei den höchsten Semestern. Die Studienzeit scheint auch einen Beitrag zu leisten, sich überhaupt verorten zu können. Zu Beginn des Studiums gibt jeder Dritte an, eine politische Selbstverortung sei für ihn unmöglich. Je mehr Zeit aber an der PH verbracht wird, desto weniger signalisieren dies die Befragten – im Hauptstudium ist das noch rund ein Achtel. Hochqualifizierte, die im neunten Semester oder länger sind, stellen die Minderheit unter jenen dar, denen eine eigene Einschätzung nicht möglich erscheint.

Tabelle 7
Politische Selbstverortung nach hochschulischen Faktoren.
(Angaben in %)

Politische Selbstverortung ^{a)}	Semesterzahl				Studienabschluss		
	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73	Lehr- amt n = 512	Bache- lor n = 199	anderer Abschluss ^{b)} n = 59
- links	44	55	60	77	52	53	83
- rechts	27	23	28	19	28	22	10
- kann ich nicht beur- teilen	29	22	13	4	20	25	7

a) Zusammenfassung der Kategorien: 0-3 = links, 4-6 = rechts, 7 = kann ich nicht beurteilen

b) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

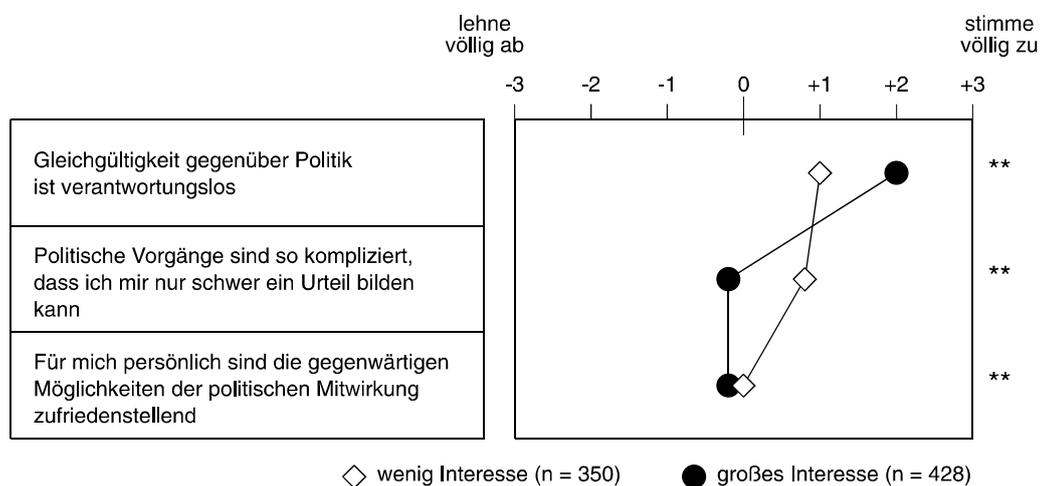
Der anvisierte *Abschluss* zeigt eine ähnlich hohe Wirkung und durchgehend eine mehrheitliche Linksverortung. Dabei sind zumal Studierende zu nennen, die ein Diplom oder eine Promotion anstreben. Nur jeder Zehnte von ihnen ordnet sich rechts ein. Unter den angehenden pädagogischen Fachkräften ist die Neigung für dieses Spektrum am ehesten vorhanden (vgl. Tabelle 7). Ferner ist massiver beim BA das Phänomen zu konstatieren, eine Selbstverortung nicht vornehmen zu können – dies trifft etwas schwächer auf die Lehramtsstudierenden zu. Diese Tendenz spiegelt sich insoweit an anderen Hochschulen insgesamt, als dass bei den Studierenden aller Studienabschlüsse eine mehrheitliche Linksverortung deutlich wird – mit Blick auf das Lehramt, kommt dies an Universitäten etwas nachhaltiger zum Tragen. Das zeigt auch ein Vergleich des Lehramtsstudiums in Baden-Württemberg. Zudem wird die Einschätzung, sich nicht politisch einordnen zu können, dort in geringerem Maße geteilt als an der PH Freiburg.

Politische Partizipation

Trotz wachsender Kritik an der institutionalisierten Politik ist Studierenden nach wie vor ein „scharfe(r) Blick für gesellschaftliche Krisenerscheinungen“ (Brämer 1993, S. 196) zu unterstellen. Dabei dürfte ein selbst auferlegtes Verantwortungsgefühl bedeutsam sein, „Gleichgültigkeit gegenüber Politik (sei) verantwortungslos“ (Bargel/Sandberger 1981, S. 136). Das ist sicher ein Beitrag politischer Bildungsarbeit und hochschulischer Strukturen, die ein politisches Verantwortungsbewusstsein, Fähigkeiten des politischen Urteilens sowie die Wahrnehmung gegenwärtiger Möglichkeiten politischer Teilhabe beeinflussen. Den Hochqualifizierten stehen ferner exklusive Möglichkeiten zur Verfügung, sich ausgiebig und reflexiv gesellschaftspolitischen Sachverhalten zu nähern.

So ist auch die Studierendenschaft an der PH Freiburg überdurchschnittlich stark der Ansicht, Gleichgültigkeit gegenüber politischen Zusammenhängen ist verantwortungslos (vgl. Frage 9 im Anhang Fragebogen). Mehr als jeder Zweite stimmt damit nachhaltig überein – nur eine Minderheit lehnt dies ab. Obgleich nachrangiger wirkend, besteht eine ausgeprägte Wahrnehmung, politische Vorgänge seien so kompliziert, dass ein entsprechendes Urteilen schwierig ist. Davon sind 21% vehement überzeugt. In geringerem Maß sind die Hochqualifizierten mit den gegenwärtigen Optionen politischer Teilhabe zufrieden – nur jeder Zehnte stimmt hier nachdrücklich zu. Die Befragten positionieren sich eher in den dazwischen liegenden Antwortmöglichkeiten. Gegenüber Universitäten und Fachhochschulen äußert die PH-Studierendenschaft – besonders die künftige Lehrerschaft – nachdrücklicher, politische Gleichgültigkeit sei verantwortungslos (vgl. Tabelle A 4.10). Sie ist aber massiver der Ansicht, dass politische Vorgänge zu kompliziert sind, um sich ein Urteil bilden zu können. Zudem sind die Befragten an der Pädagogischen Hochschule in weit höherem Maß mit den gegebenen Möglichkeiten politischer Partizipation zufrieden.

Abbildung 3
Mitwirkung am politischen Geschehen,^{a)} nach politischem Interesse.
(Mediane)



a) Siebenstufige Skalierung -3 (lehne völlig ab) bis +3 (stimme völlig zu)
* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Mediantest)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ein Weg, um die Faktoren einer aktiven Teilhabe zu stärken, könnte auch an der PH im Ausbau des *politischen Interesses* liegen (vgl. Tabelle A 4.8). Denn je mehr Hochqualifizierte aufgeschlossen sind, desto intensiver halten sie politische Gleichgültigkeit für

verantwortungslos (vgl. Abbildung 3). Rund zwei Drittel stimmen hiermit überein. Unter den am öffentlichen Geschehen Apathischen sind es 23%. Ferner gehen die politisch Aufmerksamen weniger mit der Auffassung konform, politische Vorgänge seien für ein eigenständiges Urteilen zu kompliziert. Auch mit Blick auf die direkten Chancen zur Teilhabe sind die politisch Interessierten leicht kritischer eingestellt. Von Bedeutung ist auch die *politische Selbstverortung*. Je weiter links sich die Studierenden ansiedeln, desto klarer sind sie der Ansicht, politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos (60%). Obgleich noch überdurchschnittlich äußern dies jene, die sich nicht politisch einordnen am wenigsten ausgeprägt. Einhergehend mit der Orientierung im linken Spektrum, werden die Chancen der politischen Mitwirkung am seltensten zufriedenstellend beurteilt. Am ehesten ist man mit diesen im rechten Kontinuum einverstanden.

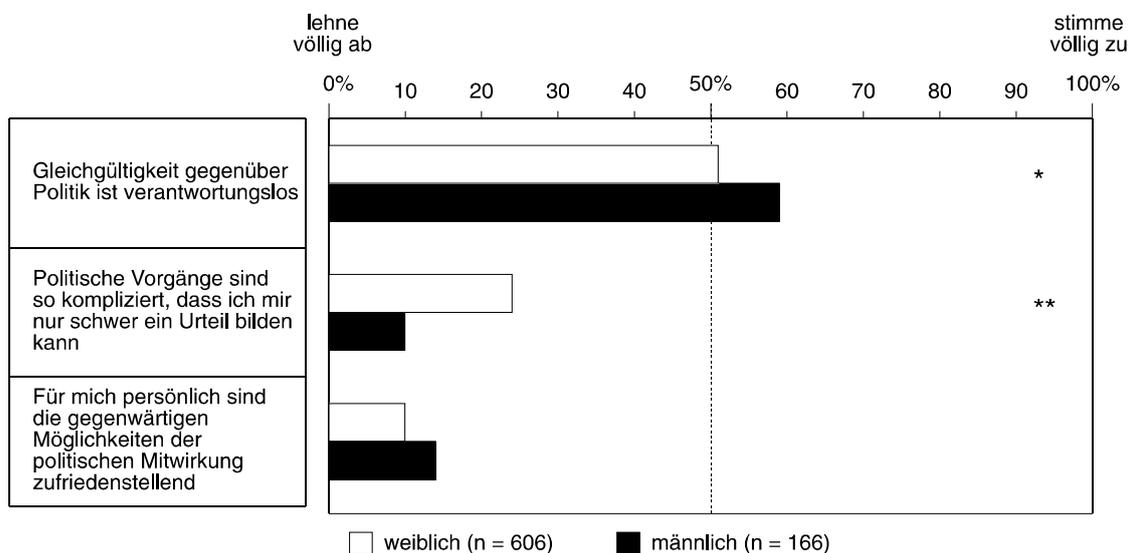
Männer sowie Kinder aus bildungsferner Schicht sind teilhabekritischer

Als signifikant stellt sich bei den Ausprägungen der Teilhabe des Weiteren der *Faktor Geschlecht* dar (vgl. Tabelle A 4.1). Das gilt primär für die Haltung, ob politische Vorgänge für ein eigenes Urteil zu kompliziert sind. Studentinnen weisen hier ein überdurchschnittlich hohes Einverständnis auf. Für die Männer scheint es weniger schwierig, sich persönliche Standpunkte zu bilden – hält das jeder Zehnte von ihnen für schwer, gibt dies ein Viertel der Frauen an. Zudem lehnen eher die Studenten eine solche Sicht ab (34%). Bei der Aussage, dass politische Gleichgültigkeit verantwortungslos ist, signalisieren eher die Studenten ein größeres Einverständnis (vgl. Abbildung 4). Dieser Anteil ist seitens der männlichen Studierenden höher. Frauen signalisieren etwas mehr Einverständnis, dass keine solche Verantwortlichkeit besteht. Von vergleichbarem Effekt ist die Geschlechtervariable für die Urteilsbildung über politische Vorgänge. Weibliche Studierende stimmen eher damit überein, dass diese zu komplex seien, um urteilen zu können, als die männlichen Kommilitonen.

An anderen Hochschuleinrichtungen wird in geringerem Maße die Haltung vertreten, politische Vorgänge seien zu kompliziert für ein eigenes Urteil (vgl. Tabelle A 4.10). Auch die Ansicht, politische Gleichgültigkeit sei verantwortungslos repliziert das an der PH aufgezeigte Muster – allerdings auf einem höheren Niveau. Zudem wenden sich die Kommilitoninnen und Kommilitonen an Universitäten und Fachhochschulen intensiver

gegen die gegebenen Möglichkeiten – bei den dortigen Frauen ist das ausgeprägter als seitens der männlichen PH-Kommilitonen.

Abbildung 4
Mitwirkung am politischen Geschehen^{a)}, nach Geschlecht.
(Angaben in %)



a) Siebenstufige Skalierung -3 (lehne völlig ab) bis +3 (stimme völlig zu); Zusammenfassung und Nennung der Extremkategorien +2 und +3

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ebenso zeigt die *Bildungsherkunft* einen signifikanten Zusammenhang mit der Haltung, ob politische Vorgänge zu kompliziert sind, um sich ein Urteil bilden zu können (vgl. Tabelle A 4.1). Diese Einschätzung teilen überdurchschnittlich häufig Studierende aus dem oberen Bildungsmilieu – das trifft auf jeden Dritten zu, dessen Eltern das Abitur vorweisen, sowie jeden Fünften aus einem Akademikerhaushalt. Die Annahme, dass dies Schwierigkeiten hervorruft wird am nachdrücklichsten in den Reihen der Studierenden abgelehnt, deren Eltern als höchstes Bildungszertifikat den Hauptschulabschluss besitzen. 17% von ihnen stimmen mit dieser Aussage überein – diese Tendenz spiegelt sich auch an Universitäten und Fachhochschulen.

Künftige Lehrkräfte und Bachelor eher zufrieden mit politischer Teilhabe

Im hochschulischen Rahmen wirkt neben Abschluss und Fach auch die Studiendauer auf die Ausprägungen der Teilhabe. Bei der Bewertung politischer Gleichgültigkeit zeigt zumal der angezielte *Abschluss* den Effekt, dass Befragte, die jenseits von Lehramt und

BA studieren, in der Gleichgültigkeit gegenüber Politik am ehesten eine Verantwortungslosigkeit erkennen (vgl. Tabelle A 4.5). Künftige Pädagoginnen und Pädagogen rangieren in ihrer mehrheitlichen Kritik dahinter, studentische Angehörige der BA-Studiengänge, wie auch an den anderen Hochschulformen, am Ende. Mit Blick auf die *Fächer*, gehen die Studierenden kultur- sowie natur- bzw. ingenieurwissenschaftlicher Disziplinen an der PH intensiver von einer Verantwortungslosigkeit aus. An Universitäten und Fachhochschulen prangern dies vor allem die Befragten in den Sozialwissenschaften an. An der Pädagogischen Hochschule ist das im Verbund mit der Gesundheitspädagogik am wenigsten der Fall.

Diese Reihung spiegelt sich bei der Zufriedenheit mit den gegebenen Möglichkeiten politischer Teilhabe. So äußern Studierende in den *Kultur- sowie den Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften* hier eine größere Genügsamkeit. Kritik kommt von künftigen Sozialwissenschaftlern bzw. Angehörigen der Gesundheitspädagogik – mit 16% sind sie die energischsten Ablehner der Aussage, dass bestehende Optionen zufriedenstellend sind (vgl. Tabelle A 4.4). Beanstandungen zeigen sich auch im Rahmen der *Studiendauer*. Die höheren Semester sind am wenigsten mit den vorhandenen Teilhabechancen an Politik einverstanden. Je kürzer hingegen die Studienzeit ist, desto eher ist man zufrieden (vgl. Tabelle A 4.3). Anders als an Universitäten und Fachhochschulen finden sich an der PH erst in den höchsten Semestern eine nachhaltige Kritik an den Mitwirkungsoptionen – fast jeder Dritte äußert diese. Ein Einfluss offenbart auch die Zufriedenheit mit dem studentischen Dasein: Je ausgeprägter diese ist, desto einvernehmlicher und affirmativ stehen die Befragten der gegebenen politischen Partizipation gegenüber (vgl. Tabelle A 4.7).

4.2 Die Leistungsgesellschaft im Urteil der Studierenden

Die Bedeutung, die studentischen Urteilen bei der Bewertung gesellschaftlicher Zusammenhänge zukommen kann, erwächst aus der Stellung der Hochschülerinnen und Hochschüler als künftige Mitgestalter der gesellschaftlichen Bedingungen und sozialen Realitäten. Hier werden Personen fokussiert, die demokratische, soziale und politische Profile entwickeln, ausprobieren, reflektieren und in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen können. Sie sind weder menschlich noch sozial „besser oder schlechter“ als

Nichtakademiker – durch ihre Bildungszeit und ihr Studium aber „befähigt und verpflichtet ... Initiatoren des Fortschritts zu sein“ (Habermas 1969, S. 428). Von bildungshumanistischen Motiven begleitet, soll auf diese Weise die Gesellschaft verändert werden. Als zentral wird die Bildung einer kritischen, partizipationsbereiten Öffentlichkeit bzw. Einzelner betont, die auf Gleichheit, Sozialität und Solidarität aufbaut. Stärker als an anderen Hochschulformen, scheint das im pädagogischen Hochschulzweig zur Geltung zu kommen (vgl. Trautwein u.a. 2006).

Am nachdrücklichsten wird hier überdurchschnittlich zugestimmt, dass soziale Unterschiede nicht vollständig abzuschaffen seien – jeder Zweite äußert sich entsprechend (vgl. Frage 10 im Anhang Fragebogen). Die Aussage, gegenseitiger Wettbewerb würde die Solidarität der Menschen zerstören, wird von 25% als sehr zutreffend erachtet; ein weiteres Drittel wählt die – leichte Befürwortung indizierende – Antwortkategorie 4. Weniger Zustimmung findet aus Sicht der PH-Befragten die Meinung, Wettbewerb sei eine Triebfeder, sich individuell anzustrengen (18% bzw. 26%). Auch halten sie es für nicht sehr zutreffend, das Einkommen würde in erster Linie von der Leistung des Einzelnen abhängen. Das geringste Einverständnis dokumentieren sie darüber hinaus mit der Haltung, jeder habe eine faire Chance sozial aufzusteigen – das stellen die Studierenden mit fast jedem Zweiten vehement, 28% tendenziell in Frage. Im Vergleich ist an Universitäten wie Fachhochschulen eine Studierendenschaft zu konstatieren, die sich stärker an Wettbewerb und individueller Leistung orientiert. Merkmale, die auf Solidarität und Gleichheit gerichtet sind, finden an der PH mehr Zuspruch (vgl. Tabelle A 4.10).

Akademikerkinder betonen Wettbewerb als individuellen Entwicklungsmotor

Mit Blick auf soziodemographische Faktoren, besitzt die *Bildungsherkunft* eine starke Wirkung (vgl. Tabelle A 4.1) – zumal bei der Bewertung des Statements, Wettbewerb sei eine Möglichkeit, dass sich Menschen anstrengen. Diese wird besonders von Akademikerkindern bejaht. Mehr als jeder Fünfte von ihnen hebt dies außerordentlich stark als einen entsprechenden Motivationsschub hervor. Auf eine ähnlich intensive Einstellung verweisen die Kommilitoninnen und Kommilitonen, deren Eltern einen Realschulabschluss als höchstes Bildungszertifikat haben. Hingegen signalisieren die Frauen und Männer aus dem bildungsfernsten Milieu am wenigsten Übereinstimmung mit der Ansicht, Wettbewerb würde anspornen (7%). Sie bekunden zugleich mit rund jedem Dritten

am ehesten, dieses würde überhaupt nicht zutreffen. Angehörige aus Haushalten mit mittlerer Reife rangieren hier am Ende der Kritik.

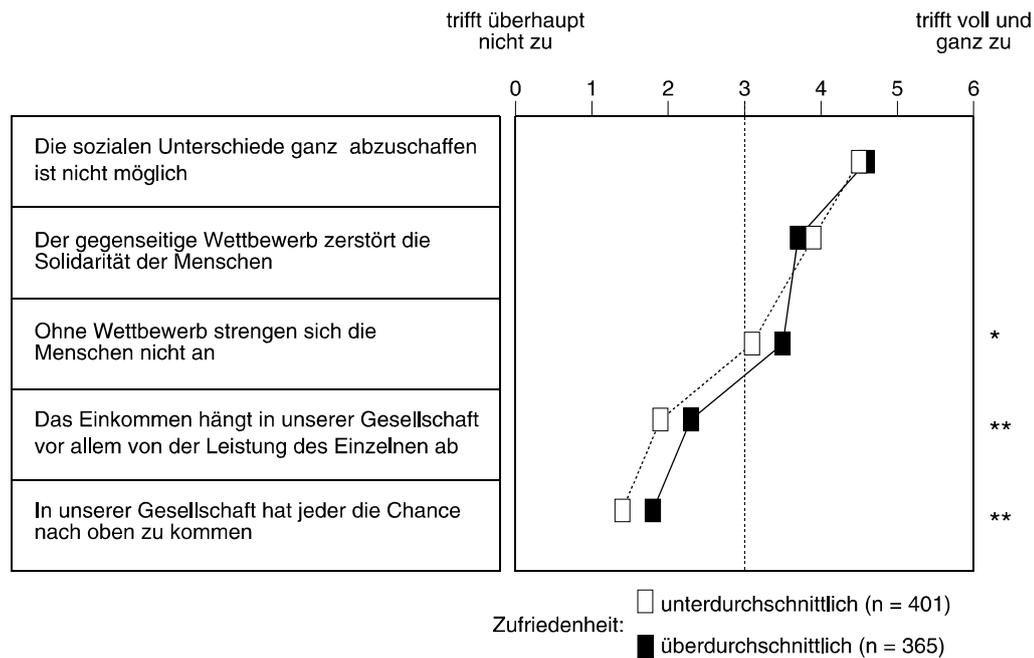
Studiendauer und Zufriedenheit ändern Sicht auf Leistungsgesellschaft

Unter den hochschulischen Faktoren wirkt primär die Studiendauer. Hinzu treten Fachzugehörigkeit und die Schulform. Als signifikant verbunden mit der *hochschulischen Verweildauer* erweist sich die Einstellung, das Einkommen hänge von individueller Leistung ab (vgl. Tabelle A 4.3). Das halten Studienanfänger für häufiger zutreffend; sind die Befragten mindestens viereinhalb Jahre immatrikuliert, ist diese Ansicht auf einem Tiefpunkt. Mehr als jeder Zweite bekundet, dass das Einkommen nicht nur von individueller Leistung abhängig sei – bei den Studienanfängern stößt der Primat der Leistung auf weniger Kritik; das gilt hochschulübergreifend. Obgleich auf niedrigerem Niveau, repliziert sich diese Tendenz bei der Frage nach fairen sozialen Aufstiegschancen für alle: Je länger die Befragten studieren, desto eher vereinen sie dies (65%). Trifft das auch auf die mittleren Semester mehrheitlich zu, sind die frisch Immatrikulierten weniger pessimistisch, dass jeder die gleichen Aufstiegschancen habe. Ferner ändert sich mit der Studiendauer auch die Haltung, ob soziale Unterschiede ganz abzuschaffen möglich sei. Sie wird zwar durchgehend überdurchschnittlich vertreten, bis in die höheren Semester hinein nimmt sie aber ab. Unter den Studienanfängern besteht mehr Misstrauen, dass soziale Ungleichheiten ganz abgeschafft werden könnten. Spiegelt sich diese Einflussrichtung an Universitäten und Fachhochschulen, wird dort durchgehend intensiver die Beziehung zwischen Einkommen und individueller Leistung ebenso unterstrichen, wie dass jeder Aufstiegschancen habe.

Die Sicht der *PH-Lehramtsstudierenden* kovariiert mit der Haltung dazu, ob es unmöglich sei, soziale Ungleichheiten vollständig abzuschaffen (vgl. Tabelle A 4.6). Etwas weniger als an Universitäten, stimmt die Gruppe der künftigen pädagogischen Expertinnen und Experten damit insgesamt überdurchschnittlich hoch überein; bis auf die Hauptschulaspiranten bekunden die Studierenden der anderen Schulformen mehrheitlich die Unmöglichkeit, soziale Unterschiede ganz zu negieren. Am ehesten wenden sich noch Befragte im Lehramtsstudium Hauptschule gegen eine solche Einstellung (14%) – bei jenen, die die Primarstufe anzielen, ist diese kaum vorhanden. Die *Fachzugehörigkeit* weist einen Einfluss auf die Bewertung auf, dass jeder soziale Aufstiegschancen hat.

Diese sehen am ehesten noch Hochqualifizierte im natur- bzw. ingenieurwissenschaftlichen Bereich als gegeben (8%). In den Kulturwissenschaften wird dieser Aussage nicht nur am geringsten beigeplichtet, sondern mit jedem Zweiten, die intensivste Kritik geübt – das repliziert sich zumal an Universitäten.

Abbildung 5
Sicht der Leistungsgesellschaft,^{a)} nach Zufriedenheit mit der Studiensituation.^{b)}
(Mediane)



a) Skalierung 0 (trifft überhaupt nicht zu) bis 6 (trifft voll und ganz zu); die Vorgabe "weiss nicht" auspartialisiert.

b) Summenskala 4 bis 28

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Mediantest).

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ferner zeigt sich, dass wenn Studierende mit ihrer Studiensituation *zufrieden* sind, sie die Werte der Leistungsgesellschaft eher unterstützen (vgl. Tabelle A 4.7). Sie betonen stärker als die Unzufriedenen, ohne Wettbewerb würden sich Menschen nicht anstrengen – jeder Fünfte hält dieses für einen solchen Motor. Kritisieren sie die Studiensituation, sehen ebenso viele hierin keine Antriebsfeder (vgl. Abbildung 5). Obgleich unterdurchschnittlich bewertet, halten die mit ihrem studentischen Dasein zufriedenen Befragten das Einkommen eher für ein primäres Resultat individueller Leistung (13%) – demgegenüber betonen zwei Fünftel, die ihre Studienlage weniger nachhaltig bilanzieren, den Primat der Individualisierung für nicht zutreffend. Mit der Zufriedenheit steigt auch die Ansicht, es bestünden für alle faire Aufstiegschancen. Ausgeprägter gestaltet sich aber die Ablehnung dieser Orientierung: Jeder Zweite der Enthusiastischen, sieht keine fairen Chancen,

nach oben zu kommen – das betont demgegenüber deutlich mehr als die Hälfte der weniger zufriedenen Hochqualifizierten

Linke Studierende stützen weniger eine Wettbewerbs- und Leistungsideologie

Von Relevanz ist auch die *politische Selbstverortung* (vgl. Tabelle A 4.9). Sind die Studierenden eher links, stützen sie weniger die Merkmale einer reinen Wettbewerbs- und Leistungsgesellschaft. Obgleich in allen Lagern überdurchschnittlich, dokumentiert mithin die „Rechte“ tendenziell nachhaltig, soziale Unterschiede seien nicht absolut zu negieren (vgl. Tabelle 8). Dem schließen sich jene an, die sich nicht einzuordnen wissen. Am ehesten halten es noch linke Studierende für möglich, soziale Gleichheit herzustellen.

Tabelle 8
Ansichten zur Leistungsgesellschaft ^{a)} nach politischer Selbstverortung. ^{b)}
(Mediane)

Ansichten zur Leistungsgesellschaft	Politische Selbstverortung						
	links n = 415		rechts n = 198		nicht zu beurteilen n = 158		
	trifft überhaupt nicht zu	trifft voll und ganz zu	trifft über- haupt zu	trifft nicht voll und ganz zu	trifft über- haupt zu	trifft nicht voll und ganz zu	
- Die sozialen Unterschiede ganz abzuschaffen ist nicht möglich	10	44	7	55	6	54	
- Der gegenseitige Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen	5	30	8	16	4	21	**
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an	23	14	9	24	5	25	**
- Das Einkommen hängt von der Leistung des Einzelnen ab	42	10	29	14	32	12	*
- In unserer Gesellschaft hat jeder die Chance nach oben zu kommen	56	4	31	6	43	6	**

a) Zusammenfassung der Kategorien 0-1 = trifft überhaupt nicht zu, 5-6 = trifft voll und ganz zu

b) Zusammenfassung der Kategorien: 0-3 = links, 4-6 = rechts, 7 = kann ich nicht beurteilen

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Der Faktor Wettbewerb wird von linken Befragten eher als gefährlich für die Solidarität der Menschen angesehen – ein Drittel betont das als außerordentlich zutreffend. Die

„Rechten“ stimmen dem weniger zu. Deren Unbedenklichkeit gegenüber Wettbewerb fällt auf fruchtbareren Boden. Sie stufen ihn nachhaltiger als einen Motor für die individuelle Anstrengung ein. Diese Haltung teilen sie mit jenen, die sich politisch nicht zu verorten wissen – jeweils jeder Vierte sieht hierin eine Antriebsfeder. Demgegenüber widersprechen seitens der „Linken“ 23% nachhaltig dieser Einstellung. Unterdurchschnittlich häufig signalisieren die Befragten insgesamt zwar, das Einkommen hänge von individueller Leistung ab – bei den Linken ertet diese Sicht aber die wenigste Zustimmung und zugleich die größte Kritik (42%). Diese Tendenz spiegelt sich bezüglich individueller Aufstiegschancen: Auch hier findet man bei linken Studierenden die geringste Unterstützung und die mehrheitlich ausgeprägte Kritik, dass es diese Chance gibt. Repliziert sich dieses Muster an den anderen Hochschultypen, neigen die differenzierten politischen Anschauungen dort zu einer eher stärkeren Befürwortung des Wettbewerbs.

4.3 Demokratische Überzeugungen

Studierende haben seit jeher eine positive Grundhaltung zu Merkmalen der Demokratie. Gegenüber dem bundesrepublikanischen Systemanspruch, gelten sie als nachhaltiger an egalitären Strukturen und deren Reflektion orientiert (vgl. Dippelhofer 2008). Ende der 1960er Jahre gab dies Anlass zu der Interpretation, „ein derartiges demokratisches Potential (sei) vielleicht nur von den Studenten vor 1848 entwickelt worden“ (Wildenmann/Kaase 1968, S. 85) – das hat in der Zeit zwar an Intensität abgenommen, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sowie zu gleichaltrigen Gruppen kann man ihnen aber eine höhere Akzeptanz demokratischer Werte zuschreiben (vgl. Bargel 1994; Dippelhofer 2004). Nach Kaase (1982) war die studentische Bewegung in den 1960er Jahren „entscheidend durch das politische Umfeld“ (S. 94) beeinflusst. So mündete die politische Umsetzung ihrer Forderungen in eine „umfassende politische Beruhigung, ... sogar eine Depolitisierung“ (ebd. S. 94) – wie beim politischen Interesse, scheint sich aber auch das nicht in der Form ausgewirkt zu haben, dass man von einer gänzlich undemokratischen Studierendenschaft reden kann. Allerdings zeigt sich seit längerem eine deutliche Abnahme der demokratischen Verankerung in der Studierendenschaft.

So bekundet auch im pädagogischen Hochschulzweig die überwältigende Mehrheit, dass jeder Bürger das Recht hat, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen (78%); nur

eine Minderheit wendet sich dagegen (vgl. Frage 11 im Anhang Fragebogen). Bei der Bewertung der politischen Opposition als stützende und weniger als kritische Kraft gegenüber der Regierung beziehen die Studierenden mehrheitlich zwischen einer direkten Zustimmung und Ablehnung Position. Lediglich jeweils knapp jeder Fünfte stimmt dem völlig zu bzw. lehnt das völlig ab. Ein Verlust des Streik- und Demonstrationsrechts, wenn dies die öffentliche Ordnung gefährdet, wird unterdurchschnittlich begrüßt. Eine solche Restriktion fordert ein Achtel der Befragten. Ähnliches gilt für Auseinandersetzungen zwischen Interessengruppen: Nur ein geringer Anteil ist der Ansicht, dass diese dem Allgemeinwohl schaden (8%) – 30% halten dies für falsch. Die geringste Zuwendung erfährt der Faktor Gewalt als ein Lösungsinstrument für Konflikte. 84% sprechen sich gegen ein solches Vorgehen aus. Diese Tendenzen spiegeln sich vergleichbar an Universitäten und Fachhochschulen – lediglich der Entzug des Streik- und Demonstrationsrechtes, wird an der PH etwas weniger häufig eingefordert (vgl. Tabelle A 4.10).

Tabelle 9
Akzeptanz demokratischer Prinzipien nach Hochschule.
(Angaben in %)

Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien ist ... ^{a)}	Pädagogische Hochschule ^{b)}	Universität ^{c)}	Fachhochschule ^{c)}
	N = 781	N = 6894	N = 1456
- vehement demokratisch	13	16	10
- eindeutig demokratisch	34	33	32
- labil demokratisch	44	39	39
- schwach demokratisch	9	12	17
- tendenziell undemokratisch	1	1	1

a) Variablenausprägung 1-6; 1 = vehement demokratisch; 6 = stark undemokratisch. Da die Besetzungszahlen bei „stark undemokratisch“ äußerst gering sind, wird diese Kategorie ausgespart

b) Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

c) bundesweiter Studierenden survey der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierenden survey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Die Summenskala „*Demokratische Prinzipien*“ bündelt die Befunde zu diesen einzelnen Aspekten. Sie skizziert im pädagogischen Hochschulbereich eine Studierendenschaft, die sich mit nur knapper Mehrheit demokratischen Prinzipien gegenüber offen zeigt – das besteht auch im Vergleich zu den anderen Hochschulformen (vgl. Tabelle A 4.10). Ähnlich wie an Universitäten, kann hier fast die Hälfte der Befragten als ausgeprägte Befürworter der Demokratie charakterisiert werden – an Universitäten neigen sie aber etwas stärker zur vehementen Position. Fachhochschülerinnen und Fachhochschüler bilden das Schlusslicht. Aber: Die Verteilungen der labilen bis schwachen Akzeptanz sind prägnanter und kennzeichnen die andere Hälfte der Befragten. So dokumentieren

53% an der PH Freiburg eine weniger klare demokratische Verankerung. Dabei sind 44% als labile und fast jeder Zehnte als schwache Demokraten einzuordnen.

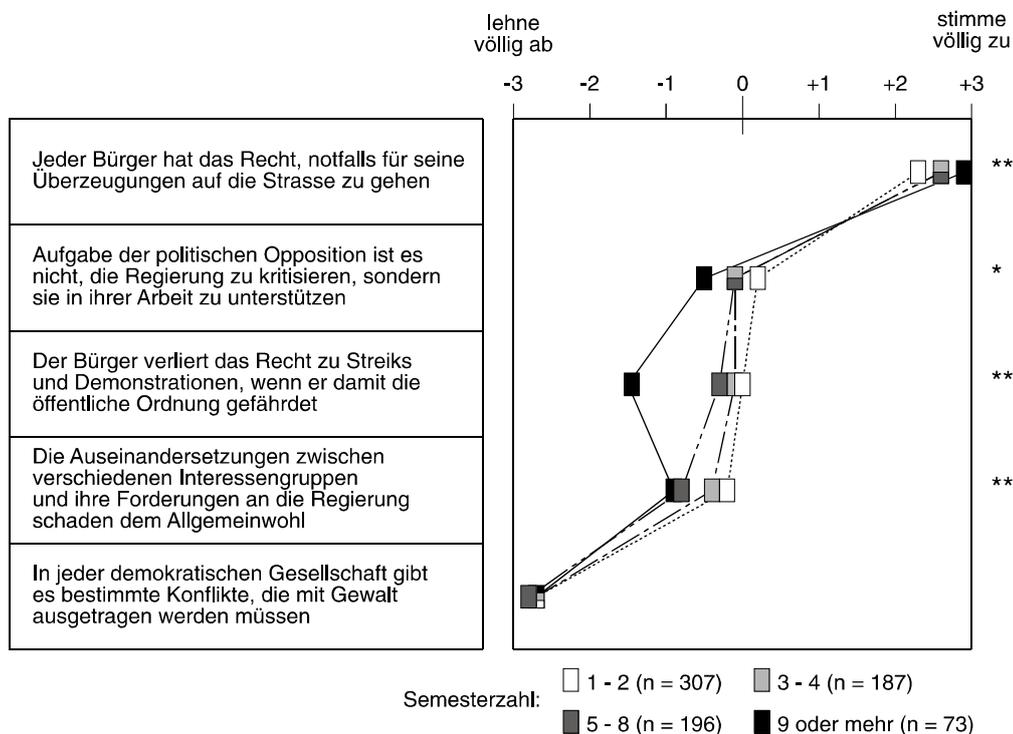
Männer betonen eher eine kritische Opposition und das Demonstrationsrecht

Die *Geschlechter* zeigen sich dabei ambivalent (vgl. Tabelle A 4.1). Studentinnen signalisieren in höherem Maße, eine Opposition solle eher die Regierung unterstützen, statt sie zu kritisieren. Rund jeder dritte Student lehnt eine solche Vorgehensweise ab – bei den Kommilitoninnen ist dies bei knapp jeder Fünften der Fall. Bezüglich des Rechts, für seine Überzeugungen auf die Straße gehen zu können, treten die Geschlechter zwar überdurchschnittlich ein – das gilt aber auch hier nachdrücklicher für die Männer (87%). Obgleich der massiven Ablehnung von Gewalt, sehen darin noch am ehesten die Studenten ein adäquates Instrument zur Konfliktlösung. In der Summe jedoch, unterscheiden sich die Studentinnen und Studenten nicht voneinander.

Höhere Semester und Diplomstudierende sind demokratisch verwurzelter

Bisherige Befunde bestätigend (vgl. Dippelhofer 2008), spielt bei der Bewertung demokratischespezifischer Aussagen unter den hochschulischen Faktoren die *Studiendauer* eine Rolle (vgl. Tabelle A 4.3). So erhält das Demonstrationsrecht unter den höchsten Semestern die nachhaltigste Unterstützung, unter den Studienanfängern ist es schwächer ausgeprägt (94 vs. 71%; vgl. Abbildung 6). Demgegenüber fordern die frisch Immatrikulierten, eine Opposition solle die Regierung nicht kritisieren, sondern in ihrer Arbeit unterstützen – für mehr als jeden Fünften ist das deren Hauptaufgabe. Dieser Blick verändert sich, je länger studiert wird: 15% der Höhersemestrigen sehen die Opposition in dieser Rolle. Fast zwei Fünftel lehnen dies ab – unter den Studienfängern äußern sich 22 bzw. 14% entsprechend. Dieses Muster repliziert sich bezüglich eines möglichen Verlustes des Streik- und Demonstrationsrechts bei öffentlicher Gefährdung. Jeder dritte Anfänger lehnt einen solchen Entzug ab, unter den Hochschulältesten ist diese Haltung mehrheitlicher Konsens. Zudem fordern die unteren Semester eher derartige Restriktionen, um somit die Ordnung zu sichern. Auch hinsichtlich der Annahme, Auseinandersetzungen würden dem Allgemeinwohl schaden, neigen deutlicher die unteren Semester zu weniger Kritik – mit 39% wird diese stärker seitens der Hochqualifizierten in den höchsten Semestern geäußert. Sie scheinen nachhaltiger an Diskursen interessiert zu sein.

Abbildung 6
Demokratische Überzeugungen,^{a)} nach Semesterzahl.
(Mediane)



a) Siebenstufige Skalierung -3 (lehne völlig ab) bis +3 (stimme völlig zu)

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Mediantest)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Spiegelt sich diese Tendenz auch an den anderen Hochschulformen, wenden die Studentinnen und Studenten an der PH Freiburg ihren Blick insgesamt nachdrücklicher auf demokratische Grundwerte, wenn sie in den höheren Semestern sind. Diese Dominanz gilt auch dann, wenn es um ordnungspolitische Momente geht, die den Verlust des Streik- und Demonstrationsrechts bedeuten – das stößt im pädagogischen Bildungsumfeld deutlicher auf Ablehnung. Die Bündelung dieser Bewertungen skizziert eine Studierendenschaft, in der die höheren Semester nachdrücklicher demokratisch auftreten. So sind 71% derer, die im 9. oder höheren Semester sind als vehement bzw. eindeutig mit den damit verbundenen Werten zu bezeichnen (vgl. Tabelle 10). Unter den Hochschulanfängern sind es zwei Fünftel. Zumal hier besteht überwiegend eine geringe Verankerung mit diesen Inhalten – jeder Achte kann sich damit nur schwach identifizieren. Diese reservierte Haltung nimmt ab, je länger die Studentinnen und Studenten an der PH Freiburg immatrikuliert sind.

Tabelle 10
Akzeptanz demokratischer Prinzipien an der PH Freiburg nach Studiendauer.
(Angaben in %)

Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien ist ... ^{b)}	Semesterzahl			
	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73
- vehement demokratisch	8	13	15	30
- eindeutig demokratisch	33	30	36	41
- labil demokratisch	45	49	43	25
- schwach demokratisch	13	8	5	4
- tendenziell undemokratisch	1	1	1	0

a) Variablenausprägung 1-6; 1 = vehement demokratisch; 6 = stark undemokratisch. Da die Besetzungszahlen bei „stark undemokratisch“ äußerst gering sind, wird diese Kategorie ausgespart

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Eine Betrachtung der angestrebten *Abschlüsse* zeigt dort eine massivere Verankerung mit demokratischen Werten, wo ein Diplom bzw. eine Promotion im Mittelpunkt steht (vgl. Tabelle A 4.5). In höherem Maß stößt hier auch dann ein Verlust des Streik- und Demonstrationsrechts auf Ablehnung, wenn es ein Beitrag zur öffentlichen Ordnung wäre (45%). BA-Studierende wenden sich am wenigsten dagegen und fordern dies mit fast jedem Fünften am häufigsten. Darüber hinaus fordern Hochqualifizierte, die ein Diplom bzw. eine Promotion anstreben, nachhaltiger das Demonstrationsrecht – etwas weniger ist das seitens künftiger Lehrkräfte der Fall (86 bzw. 78%). Bachelor rangieren am Ende. An Universitäten spiegelt sich diese Tendenz. Ein Blick auf das Lehramt an der PH zeigt einen stärkeren Sinn für ordnungspolitische Restriktionen unter Grundschulstudierenden (15%). Werden Unterrichtsberechtigungen für Real- bzw. Hauptschule angestrebt, ist hingegen die Kritik an derartigen Vorgehensweisen – wie dem Entzug des Demonstrationsrechts, um auf diese Weise die öffentliche Ordnung zu schützen – höher (36 bzw. 32%). An Universitäten bilden die angehenden Schulpädagoginnen und -pädagogen den größeren Pool, der ein solches Eingreifen kritisiert (vgl. Tabelle A 4.10).

Diese Orientierungen replizieren sich bei der Akzeptanz demokratischer Prinzipien. So erscheinen zwei Drittel der Studierenden jenseits von Lehramt und Bachelor nachhaltig demokratisch. Deutlich weniger verankert sind hier die angehenden pädagogischen Fachkräfte (46%) – die Bachelor bilden das Schlusslicht. Zugleich weisen diese Abschlüsse eine mehrheitliche labile bzw. schwach ausgeprägte Einstellung auf. Mehr als zwei Fünftel der künftigen Lehrerinnen und Lehrer ist als labil demokratisch skizzierbar; beim BA ist es knapp die Hälfte. An den Universitäten, sind die Akzeptanzen höher ausgeprägt. Dieser Befund repliziert sich bei einer spezifischen Beleuchtung des Lehr-

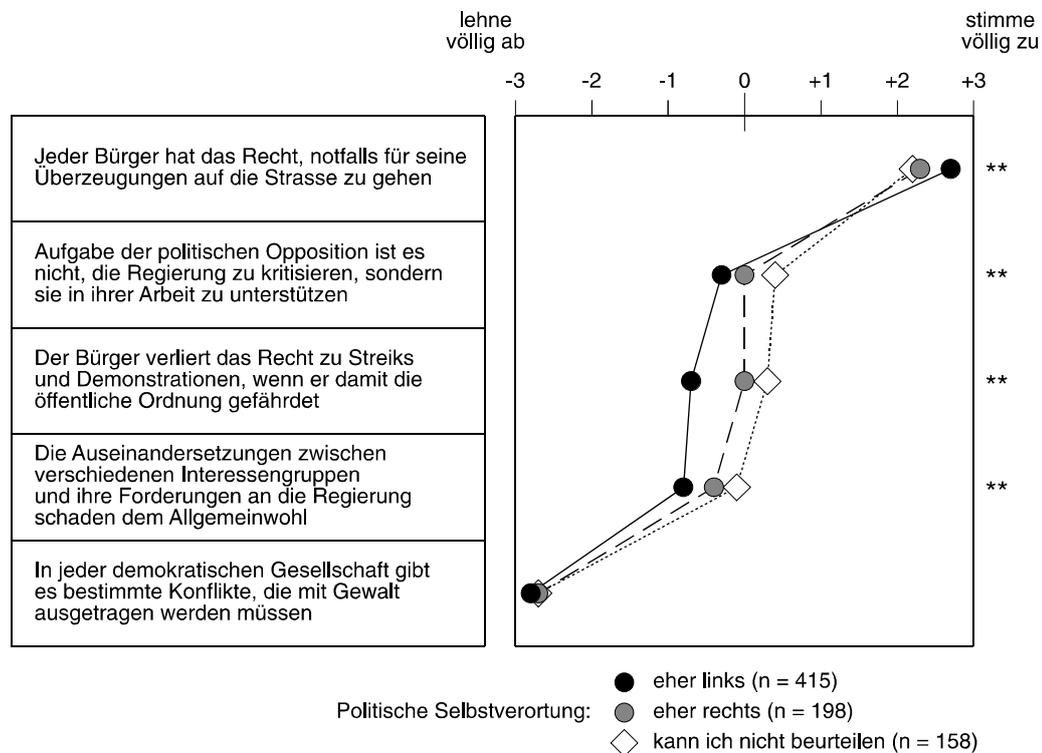
amts an PH und Universität: Lehramtsstudierende an Universitäten zeigen sich gegenüber den Befragten an der Pädagogischen Hochschule Freiburg als demokratischer ($p \leq 0.10$; eigene Berechnung).

Die Beziehung zu ihrem *Status als Studierende* wirkt zumal auf das Verhältnis zur Gewalt (vgl. Tabelle A 4.7). Sind die Befragten alles in allem gerne Student bzw. Studentin zu sein, sehen sie darin weniger häufig ein adäquates Mittel der Konfliktlösung. Ferner signalisiert diese Gruppe mehr Akzeptanz demokratischer Prinzipien: Jeder Zweite kann als massiv mit diesen verwurzelt bezeichnet werden – ihr Anteil der wenig bis gar nicht Verankerten ist aber ebenso prägnant. Das gilt umso deutlicher, wenn man nicht gerne Studierender ist: 59% lehnen die entsprechenden Prinzipien ab. Spiegelt sich diese Tendenz an Universitäten und Fachhochschulen, betonen auch die mit ihrem Status als Studierenden unzufriedenen Hochschülerinnen und Hochschüler fast eine mehrheitliche Sympathie mit der Demokratie. Dennoch zeigt sich auch hier eine noch massivere apathische Einstellung.

Linke und politisch interessierte Studierende sind demokratischer

Eine Rolle spielt zudem die *politische Selbstverortung* (vgl. Tabelle A 4.9): Sofern die künftige Elite sich politisch nicht einschätzen kann, fallen die demokratischen Aussagen auf weniger fruchtbaren Boden. Es besteht zwar ein überdurchschnittlicher Konsens, jedem das Recht auf Äußerungen seiner Überzeugungen zuzugestehen, die sich politisch links einordnenden Befragten messen dem aber signifikant mehr Bedeutung zu (vgl. Abbildung 7). Die Rolle einer Opposition wird im linken Kontinuum weniger als rein unterstützend begriffen – eine solche Zuschreibung lehnt knapp jeder Dritte ab; Studierende, die sich politisch nicht einordnen, plädieren häufiger für diese Aufgabe. Einem Verlust des Streik- und Demonstrationsrechts begegnet die Linke mit der größten Kritik (37%), analog urteilt nur jeder Zehnte jenseits des politischen Kontinuums. Ferner neigen die Linken weniger dazu, Diskurse als schädlich zu erachten – mit 38% ist dieser Anteil doppelt so hoch wie bei denen, die sich politisch nicht festlegen; gegenüber den „Rechten“ ist es ein Achtel mehr.

Abbildung 7
 Demokratische Überzeugungen, nach politischer Selbstverortung.^{a)}
 (Mediane)



a) Siebenstufige Skalierung -3 (lehne völlig ab) bis +3 (stimme völlig zu)
 * $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Mediantest)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Dem entsprechend einhergehend, erscheinen Befragte aus dem linken Spektrum in der Summe stärker demokratischen Prinzipien zugeneigt. 60% signalisieren eine enge Affinität hierzu. Gilt dies bei rechten Kommilitoninnen und Kommilitonen für zwei Fünftel, zeigt sich die überwiegende Mehrheit von ihnen derartigen Werten gegenüber skeptisch bzw. nur schwach verbunden. Mit drei Viertel der Befragten ist dies bei denen am ausgeprägtesten skizzierbar, die jenseits der politischen Sphären stehen. Diese reservierte Tendenz spiegelt sich zwar an den anderen Hochschulformen – es fällt aber auf, dass an der PH Freiburg mehr rechte Studierende als demokratisch einzustufen sind als an Universitäten bzw. Fachhochschulen. An diesen Bildungseinrichtungen dokumentieren mehr Studierende, die sich politisch nicht festlegen, mit den grundlegenden Werten demokratischer Herrschaft verwurzelt zu sein als dies an der Pädagogischen Hochschule Freiburg der Fall ist (35 vs. 24%).

Als effektiv ist ferner das *politische Interesse* zu nennen (vgl. Tabelle A 4.8). Dabei kann das Bild einer Studierendenschaft gezeichnet werden, die sich mit steigender Aufmerksamkeit am politischen Geschehen demokratischen Auffassungen zuwendet. So wird nachhaltiger formuliert, jeder Bürger könne für seine Überzeugungen auf die Straße gehen (80%). Zugleich wollen sie weniger eine Opposition, die eher unterstützt als kritisiert; mit jedem Dritten ist ihr Anteil doppelt so hoch, wie unter den Apathischen. Ferner plädieren interessierte Studierende auch dann stärker gegen einen Entzug des Streik- und Demonstrationsrechts, wenn das die Öffentlichkeit schützen würde (34%). Eine solche Differenzierung wird bei der Bedeutung von Auseinandersetzungen ebenfalls transparent: Dass solche bei der Formulierung des Allgemeinwohls schädlich seien, wird primär von den politisch Interessierten zurückgewiesen – rund zwei Fünftel halten dies aber für real. Allerdings betont in beiden Gruppen fast jeder Zehnte diese Sicht. Die geringste Differenz zeigt sich im Rahmen von Gewalt als ein Weg zur Konfliktlösung: Dies stößt durchgehend auf massive Ablehnung.

Tabelle 11
Akzeptanz demokratischer Prinzipien nach politischem Interesse.
(Angaben in %)

Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien ist ... ^{a)}	Politisches Interesse ^{b)}		
	wenig n = 164	mittel n = 186	stark n = 428
- vehement demokratisch	8	7	18
- eindeutig demokratisch	22	29	40
- labil demokratisch	54	55	35
- schwach demokratisch	14	9	7
- tendenziell undemokratisch	1	0	0

a) Variablenausprägung 1-6; 1 = vehement demokratisch; 6 = stark undemokratisch. Da die Besetzungszahlen bei „stark undemokratisch“ äußerst gering sind, wird diese Kategorie ausgespart

b) Ausprägungen von 0 = gar nicht interessiert bis 6 = stark interessiert; Zusammenfassung: 0-2 = wenig, 3 = mittel 4-6 = stark
** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Die stärkeren Forderungen der interessierten Klientel münden in einer massiveren Akzeptanz demokratischer Prinzipien (vgl. Tabelle 11). Mehr als die Hälfte kann als nachhaltig damit verwurzelt betrachtet werden. 18% sind als vehement, 40% als eindeutige Demokraten kategorisierbar – das ist für nur 8% bzw. ein Fünftel der politisch Uninteressierten zu bestätigen. Diese zeigen sich vielmehr wenig von den damit verbundenen Werten überzeugt. Im Vergleich zu den anderen Hochschultypen, wenden sich die politisch aufmerksamen Studierenden an der PH Freiburg etwas nachhaltiger demokratischen Grundfesten zu. Zugleich tendieren die hier apathischen Befragten eher als an Universi-

täten und Fachhochschulen, in Richtung einer labilen bzw. schwachen Verankerung mit den demokratischen Prinzipien.

Resümee

Das politische Interesse der Studierenden an der PH Freiburg ist als leicht überdurchschnittlich zu kennzeichnen, wenngleich etwas geringer ausgeprägt als an Universitäten und Fachhochschulen. Wie andernorts scheint es eher eine Domäne der Männer, der Höhersemestrigen sowie auch der unteren Bildungsschichten zu sein. Der politische Standort neigt eher zum linken Spektrum. Auffallend ist, dass deutliche Minderheiten hierzu kein Urteil abgeben wollen. Je mehr sich die Befragten im politisch linken Kontinuum positionieren, desto ausgeprägter sind die politische Teilhabe und das Urteilsvermögen. Wird dem politischen Geschehen Aufmerksamkeit gewidmet, ist die gedankliche Auseinandersetzung mit den Bedingungen einer politischen Mitwirkung höher – was sich zumal in einer intensiveren Urteilsfähigkeit und der Ansicht spiegelt, politische Gleichgültigkeit sei verantwortungslos. Intensiver als an Universitäten und Fachhochschulen werden beim Blick auf die Leistungsgesellschaft Merkmale von Gleichheit und Solidarität vertreten sowie Wettbewerbsorientierungen abgelehnt. Dies korrespondiert vor allem mit der Studiendauer. Bei höheren Semestern regt sich besonders Widerspruch gegen die Meinung, ein Einkommen würde primär von individueller Leistung abhängen; auch linke Hochqualifizierte stellen vor allem dieses in Frage. Ferner äußern jene eher Kritik an den Leistungsprinzipien, die ihren Hochschulbesuch weniger positiv bilanzieren. Die demokratischen Überzeugungen bilanzierend, erweist sich die knappe Hälfte als labil oder schwach verortet. Ein Drittel ist als eindeutig, ein weiteres Achtel als vehement demokratisch einzustufen. Im Laufe der hochschulischen Verweildauer entwickelt die Studierendenschaft ausgeprägtere demokratische Orientierungen. So stoßen zumal Maßnahmen wie der Entzug von Streiks und Demonstrationen auch dann auf Ablehnung, wenn dies die geltende gesellschaftliche Ordnung schützen würde. Diese Tendenz repliziert sich bei Immatrikulierten in Diplomstudiengängen bzw. bei den Promovenden. Die künftigen Lehrkräfte erscheinen insgesamt etwas restriktiver. Das gilt auch für Studierende, die sich politisch nicht zu verorten wissen. Hingegen sind bei den „Linken“ demokratische Haltungen ebenso verbreiteter wie in den Reihen politisch interessierter Hochschülerinnen und Hochschüler.

5 Politische Bildung durch Lehrerschaft und Schule im Urteil der Studierenden

Hinsichtlich der politischen und demokratischen Bildung widmet sich ein gesonderter Blick den pädagogischen Fachkräften. Hierbei sollen die Sicht der Befragten auf gesellschaftliche wie hochschulische Beiträge eruiert werden, die zu politischen bzw. demokratischen Haltungen der angehenden pädagogischen Fachkräfte sowie darauf aufbauend der Schülerinnen und Schüler beitragen können. Der Fokus richtet sich zum einen auf spezifische Instanzen und Einflussfaktoren, denen die Studierenden eine entsprechende politische Wirkung auf die jungen Heranwachsenden ab 12 Jahren unterstellen (5.1). Zum anderen werden studentische Bewertungen beleuchtet, inwieweit Lehrerinnen und Lehrern eine besondere Verantwortung zugesprochen wird, in der Schule entsprechende gesellschaftspolitische Aspekte zu vermitteln. Zugleich sollen studentische Ansichten darüber in Erfahrung gebracht werden, inwieweit die PH Freiburg die künftigen Pädagoginnen und Pädagogen auf die Aufgabe vorbereitet, der Schülerschaft eine soziale bzw. politisch-demokratische Bildung zu vermitteln (5.2).

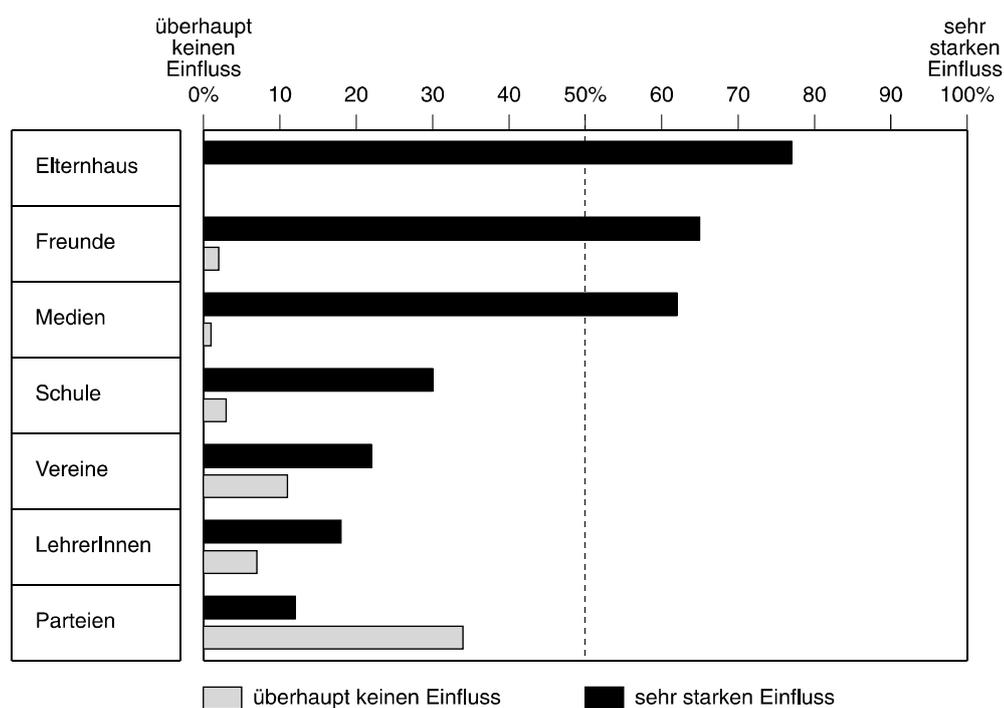
5.1 Instanzen und Referenzgruppen politischer Bildung

Die „Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster“ (Portele/Huber 1983, S. 109) dürften wie bei Studierenden auch bei Schülerinnen und Schülern einer bestimmten Generation bzw. Herkunft geschuldet (vgl. Bourdieu 1998) und durch zeitlich synchrone Umwelten geprägt sein. So scheint ein individuelles politisches Werden durch Parallelitäten bzw. simultane Mitgliedschaften in differenzierten Feldern charakterisierbar, die sich bekräftigen oder „völlig disparat zueinander“ (Claußen 1996, S. 33) verhalten. Obgleich in der Zeit veränderte Einflussstärken skizzierbar sind, werden einige Wirkgrößen in besonderem Maße hervorgehoben. Das gilt neben Familie (vgl. Geißler 1996), Medien (vgl. Pöttker 1996; Ingrisch 1997) und Freunden bzw. peer-groups auch für die Schule (vgl. Fend 1991; Kandzora 1996; Schmid 2003). Bedeutsam erscheint dabei die Rolle der Lehrerinnen und Lehrer. Beachtung finden hier zudem Instanzen, die – wie Parteien – als Garant der Demokratie (vgl. Wiesendahl 1996, Vandamme 2000) oder im Rahmen von Vereinen als Vermittler von Kompetenzen gelten, die als demokratieförderlich angesehen werden (vgl. Koch 1996).

Mit Blick auf die komplexen und empirisch schwer zu erfassenden Sozialisationszusammenhänge, weist Geißler (1996) dem Familienverbund zwar keine Allmächtigkeit zu, skizziert diesen aber als „auch heute noch mächtig“ (S. 66). Ähnlich äußert sich auch die Studierendenschaft an der PH, wenn sie unterschiedliche Lebensbereiche auf ihren Einfluss auf die politische Bildung der Schülerschaft bewertet: So räumt sie am stärksten dem Elternhaus Gewicht ein, die Kinder und Jugendlichen entsprechend zu beeinflussen – mehr als drei Viertel heben das außerordentlich stark hervor (vgl. Abbildung 8 und Frage 12 im Anhang Fragebogen). Daneben kommt nimmt auch der Freundeskreis im Horizont der Befragten ebenfalls eine nachdrückliche Stellung ein.

Abbildung 8

Einfluß verschiedener Instanzen auf die politische Bildung der Schülerschaft in der Sicht der Studierenden.^a
(Angaben in %)



a) Siebenstufige Skalierung 0 (überhaupt keinen Einfluss) bis 6 (sehr starken Einfluss); Zusammenfassung und Nennung der Extremkategorien 0 + 1 = überhaupt keinen Einfluss, 5 + 6 = sehr starken Einfluss

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ähnliches repliziert sich hinsichtlich des Faktors Medien. Auch hier unterstellen die Befragten mehrheitlich einen grundlegenden Einfluss auf die politische Bildung. Im Horizont der Wirkfaktoren nimmt die Schule den vierten Rang ein, doch nur 30% der in die vorliegende Studie Einbezogenen weisen ihr eine große Relevanz bei – ein weiteres Drittel betont dies weniger stark. Nur 15% sehen das eindeutig nicht so. Etwas geringer

tragen auch Vereine zum politischen Wissen der folgenden Generationen bei. Eine Instanz, die für die Studentinnen und Studenten noch weniger Gewicht besitzt, sind die Lehrkräfte – diesen traut weniger als jeder Fünfte nachdrücklich zu, der Schülerschaft allgemeinpolitische Zusammenhänge näher zu bringen, weitere 29% betonen die Möglichkeit einer gewissen Einflussnahme. Aber: Wie bei den Vereinen erkennen rund 26% kaum bis gar keine Bedeutung. Am wenigsten halten die Befragten Parteien für erfolgreich, die nachwachsende Generation politisch zu bilden; nur ein knappes Viertel sieht dies positiv.

Die sozialen Gruppen urteilen eher übereinstimmend

Mit Blick auf das *Geschlecht* ergeben sich nur wenige Meinungsunterschiede. So sehen primär Studentinnen Parteien als Chance, Schülerinnen und Schülern politische Bildung zuteilwerden zu lassen (vgl. Tabelle A 5.1). Ein Achtel misst dem hohe Bedeutung zu. Für die Studenten spielen diese Instanzen eine geringere Rolle. Sie sind nachhaltiger der Ansicht, Parteien würden überhaupt keinen Einfluss ausüben – das signalisieren mehr als zwei Fünftel. Eine Analyse der *Bildungsherkunft* weist ebenfalls kaum Differenzen aus. Lediglich in Bezug auf das Elternhaus treten Unterschiede zutage (vgl. Tabelle A 5.1). Akademikerkinder schildern am intensivsten einen familialen Einfluss auf die politische Bildung der Schülerschaft (82%). Mit drei Viertel wird dies am geringsten dort bestätigt, wo der Hauptschulabschluss das höchste Bildungszertifikat ist. Zudem steigt mit dem *Alter* der Studierenden die Vorstellung, Lehrkräfte spielen eine große Rolle bei der politischen Bildung der nächsten Generation (vgl. Tabelle A 5.2). Zugleich ist es die Gruppe der älteren Befragten, die in geringerem Maß einen solchen Einfluss der künftigen pädagogischen Fachkräfte auf die Schülerschaft negieren.⁸

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich bezüglich der *Studiendauer*, auch hier entströmt allem partielle Wirkung (vgl. Tabelle A 5.3). Die über alle Semesterstufen hinweg überdurchschnittliche Betonung, das Elternhaus habe einen massiven Einfluss auf die politische Bildung, nimmt mit der hochschulischen Verweildauer zu – bis zum Ende des Hauptstudiums gewinnt in der Sicht der Befragten diese Lebensumwelt den größten Stellenwert (87%). Stärkere Relevanz hingegen fällt dem angestrebten *Abschluss* zu (vgl. Tabelle A. 5.5). Diplom bzw. Promotionsstudierende urteilen bezüglich der Familie ähnlich. Künftige Bachelor rangieren hier am Ende; knapp mehr als zwei Drittel sehen dies so. Die

Dominanz der Hochqualifizierten, die weder auf Lehramt noch auf BA studieren repliziert sich mit Blick auf die Vereine. Davon, dass diese viel Gewicht besitzen, sind die künftigen Lehrkräfte am wenigsten überzeugt. Die angehenden Bachelor weisen den Parteien vergleichsweise am ehesten Relevanz zu. Zudem kovariiert dies mit dem *Status, Studierender* zu sein (vgl. Tabelle A 5.6). Sind die Befragten gerne immatrikuliert, vertreten sie nachhaltiger die Ansicht, das Elternhaus habe einen Einfluss auf die politische Bildung (77%). Ferner stellt die Schule für die Hochqualifizierten dann einen Ort der politischen Bildung dar, wenn sie mit ihrer *Studiensituation* insgesamt zufrieden sind. Aus dieser Perspektive heraus argumentiert mehr als jeder dritte der Befragten, junge Heranwachsende würden hier einem entsprechenden Einfluss unterliegen. Je weniger die Studierenden sich an der PH wohl fühlen, desto weniger vertreten sie diesen Standpunkt.

Eher weniger Effekte zeigen sich auch im Rahmen des politischen Verständnisses; sie betreffen nur zwei Variablen (vgl. Tabelle A 5.7): So fällt unter den Studierenden, die *politisch aufgeschlossen* sind, die Betonung eines häuslichen Einflusses auf die politische Bildung besonders deutlich aus (79%). Obgleich weniger ausgeprägt, billigen sie unter der Bedingung politisch interessiert zu sein, auch Lehrerinnen und Lehrern dabei eine nachhaltige Rolle zu – jeder Fünfte von ihnen ist dieser Ansicht. Des Weiteren etikettieren sich links einordnende Hochqualifizierte Medien mit einem höheren Gewicht (vgl. Tabelle A 5.8). Ein weiterer Zusammenhang spiegelt sich in der Akzeptanz demokratischer Prinzipien (vgl. Tabelle A 5.9). Sind die Studierenden nachhaltig mit diesen verankert, betonen sie einen ausgeprägten Einfluss des Elternhauses. Je weniger eine solche Orientierung besteht, desto geringer wirkt für sie der familiale Kontext positiv – hiervon sind sie zwar auch dann nach wie vor mehrheitlich überzeugt, unter den massiven Demokraten wird der elterliche Kontext aber deutlicher hervorgehoben (81%).⁹

5.2 Rolle und Kompetenzen von Lehrerinnen und Lehrern

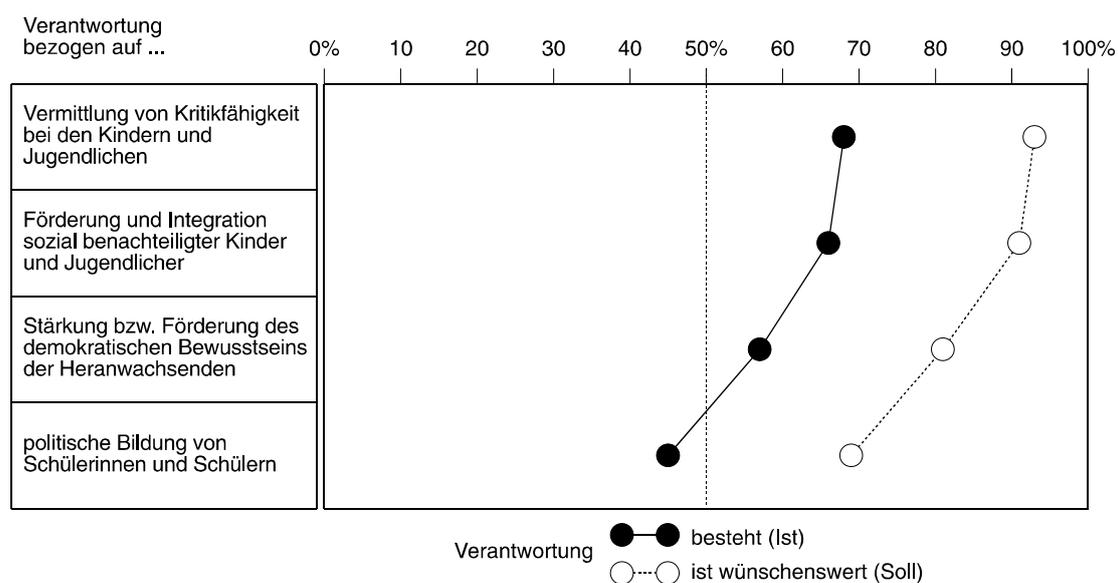
Hierbei geht es zum einen um studentische Bewertungen, inwieweit pädagogische Fachkräfte eine besondere Verantwortung haben der Schülerschaft, gesellschaftspolitische Aspekte zu vermitteln und inwieweit dies wünschenswert ist. Zum zweiten soll aus Sicht der jungen Hochqualifizierten hinterfragt werden, inwieweit ein Lehramtsstudium überhaupt auf die Erfüllung entsprechender Ansprüche und Aufgaben vorbereitet.

Verantwortungsbereiche von Lehrerinnen und Lehrern

Nach Ansicht der befragten Studierenden ist die Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer, Aspekte wie Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen zu befördern, nachhaltig ausgeprägt (vgl. Frage 13 im Anhang Fragebogen). Mehr als zwei Drittel von ihnen bestätigt dies – ein weiteres Viertel weist diese Aufgabe den Lehrkräften nur zum Teil zu. Zugleich äußern nahezu alle einhellig den Wunsch, dass die Vermittlung von Kritikfähigkeit als ein zentraler Bestandteil in den Zuständigkeitsbereich der Pädagoginnen und Pädagogen fallen solle. Auf Ablehnung bzw. Unverständnis stößt eine solche Rolle so gut wie gar nicht.

Abbildung 9

Die besondere Verantwortung der schulischen Lehrkräfte - Ist und Soll im Urteil der Studierenden.^a
(Angaben in %)



a) Ist: Verantwortung besteht nicht, teilweise, besteht

Soll: Verantwortung ist nicht wünschenswert, teilweise, wünschenswert

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Vergleichbares gilt hinsichtlich der Förderung und Integration soziale benachteiligter Heranwachsender. Auch hier signalisieren die Befragten überdurchschnittlich deutlich, dies sei ein selbstverständlicher Teil der pädagogischen Arbeit (66%). Ein weiteres Drittel bestätigt dies teilweise. Dass eine solche Aufgabe gegenüber sozial benachteiligten Schülerinnen und Schüler wahrgenommen werden sollte, stößt bei den künftigen

Akademikerinnen und Akademikern wiederum fast einmütig auf Zustimmung (vgl. Abbildung 9).

Ebenfalls nachhaltig hat in studentischer Sicht die Lehrerschaft die Verantwortung, das demokratische Bewusstsein der Heranwachsenden zu stärken bzw. zu fördern – 57% äußern diese Ansicht, ihnen stehen aber fast zwei Fünftel gegenüber, für die eine solche Aufgabe nur partiell besteht. Die Erwartung eines entsprechenden Verhaltens der pädagogischen Expertinnen und Experten wird dennoch von den Studentinnen und Studenten eingefordert. 81% sehen hierin eine erstrebenswerte Angelegenheit. Knapp jeder Fünfte hält dies nur teilweise für eine wünschenswerte Aufgabe. Mit Blick auf die politische Bildung der jungen Generation äußern sich die Studierenden am wenigsten pointiert dazu, ob in den Reihen der Lehrerinnen und Lehrer eine solche Pflicht bestehe. Rund jedem Zweiten erscheint dies zutreffend; etwa gleich viel erachtet dies zum Teil für real. In deutlich höherem Umfang aber wird ein Beitrag zu einer solchen Bildung der Schülerinnen und Schüler durch die Lehrerschaft als eine erwünschte Maßnahme begrüßt. Allerdings befinden dies 28% nur teilweise als eine zu ersehende Rolle.

Männer sehen größere Verantwortungen

Unter den soziodemografischen Faktoren kommt dem *Geschlecht* Relevanz zu. In zwei Aspekten signalisieren die Studenten, Pädagoginnen und Pädagogen seien in der Verantwortung gegenüber den Heranwachsenden (vgl. Tabelle A 5.1): Dies gilt einmal für ihre Rolle bei der Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins. So unterstreichen fast zwei Drittel der Männer, hierzu beizutragen sei eine der Selbstverständlichkeiten. Bei den weiblichen Kommilitonen ist diese Haltung weniger deutlich ausgeprägt (55%). Sie sehen dies stärker als eine Aufgabe, deren Realisierung nur zum Teil den Lehrkräften zugesprochen bzw. von ihnen zu verwirklichen ist. Eine vergleichbare Tendenz verdeutlicht sich zum zweiten bezüglich der Zuständigkeit, die Schülerinnen und Schüler politisch zu bilden. Wenngleich in geringerem Umfang, wird dies eher von den Männern mit der Autorität des Lehramtes verknüpft (58%) und auch als Wunsch formuliert. Demgegenüber betont knapp mehr als die Hälfte der Frauen, dies sei nur partiell eine ihrer Angelegenheiten. Eine Minderheit von jeweils 5% verneint bei beiden Geschlechtern, diese würde gar nicht bestehen.

Höhere Semester und Studierende im Lehramt betonen Verantwortungen

Besonders ausgeprägt sind die Kovariationen mit der Semesterzahl. Je länger die *Studiendauer* ist, desto stärker wird die Ansicht vertreten, es bestünden solche Verantwortlichkeiten in allen Aspekten, sie werden immer weniger in Frage gestellt und erscheinen deutlicher als wünschenswert (vgl. Tabelle A 5.3). Das gilt für die Rolle der Lehrkräfte, an der Kritikfähigkeit der Schülerschaft mitzuwirken. So nimmt im Laufe der hochschulischen Verweildauer die Einstellung zu, dass diese eine entsprechende Aufgabe des Kollegiums sei. Bekräftigen dies unter den Studienanfängern 60%, hat diese Haltung bis in das 9. Semester hinein sichtbar um 23 Prozentpunkte zugenommen (vgl. Tabelle 12). Im Laufe der Zeit reduziert sich die Meinung, es bestünde nur zum Teil eine Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer bei der Vermittlung eines kritischen Bewusstseins; diese ist bis in die höchsten Semester um mehr als die Hälfte gesunken. Die Höherseimestrigen signalisieren ebenfalls ausgeprägter, es existiere eine Zuständigkeit pädagogischer Fachkräfte benachteiligte Kinder und Jugendliche zu fördern und zu integrieren. Diese Orientierung bestätigt sich in der schwächer ausgeprägten Ansicht, diese nur teilweise einzufordern. Obgleich auf etwas höherem Niveau, hat sich dies auch hier gegenüber den Studienanfängern fast halbiert.

Tabelle 12

Besondere Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer nach Studiendauer.

(Angaben in %)

Es besteht eine besondere Verantwortung bezogen auf die ...	Semesterzahl						
	1.-2. n = 307			9. und höher n = 73			
	nein	teilweise	ja	nein	teilweise	ja	
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	6	32	60	0	13	83	**
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher	1	38	60	3	23	74	*
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins der Heranwachsenden	4	44	47	0	30	64	**
- Politische Bildung von Schülerinnen und Schülern	8	52	39	1	36	60	**

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Zudem verdichtet sich mit der Studiendauer das Urteil, seitens der Lehrkräfte bestehe die Verantwortung, ein demokratisches Bewusstsein herauszuarbeiten bzw. zu intensivieren – verweist darauf rund die Hälfte der frisch Immatrikulierten, sieht das fast der gleiche

Anteil von ihnen nur zum Teil gegeben. Unter den ältesten Semestern ist das Antwortverhalten sichtbar markanter, ein solches Vorgehen wird auch pointierter für wünschenswert befunden (86% vs. 71%). Obgleich nachrangiger, gewinnt auch das Feld der politischen Bildung als ein Verantwortungsbereich mit der Studiendauer dazu. Taucht dies mit zwei Fünfteln in geringerem Maße am Horizont der jungen Semester auf, äußert mehr als die Hälfte von ihnen, dies sei nicht voll und ganz eine Obliegenheit pädagogischer Fachkräfte. Diese Einstellung sinkt im Rahmen der Studiendauer ebenso wie die absolute Verneinung einer solchen Rollenzuschreibung.

Mit Blick auf die *Fächer* äußern allen voran die Angehörigen kulturwissenschaftlicher Disziplinen, bei den Lehrkräften würden konkrete Verantwortlichkeiten bei der Vermittlung von Kritikfähigkeit bestehen – ähnliches gilt für die Natur- bzw. Ingenieurwissenschaften (vgl. Tabelle A 5.4). Jeweils über 70% urteilen auf diese Weise. Im sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Feld stößt das am ehesten auf Kritik. Dieses Muster repliziert sich bei der Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins bei den Heranwachsenden. Der überwiegende Anteil der im kulturwissenschaftlichen und natur- bzw. ingenieurwissenschaftlichen Bereich Befragten sieht das als Bestandteil der beruflichen Verantwortung. Mit einem sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Hintergrund ist das weniger ausgeprägt; mehr als zwei Fünftel erachten dies nur teilweise für gegeben. Hinsichtlich der politischen Bildung der folgenden Generationen weisen primär kulturwissenschaftliche Hochqualifizierte dem pädagogischen Kollegium eine große Rolle zu. Am wenigsten drückt sich das bei sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Studierenden aus – hier wird eher signalisiert, das liege nicht vollständig in deren Obliegenheit (58%).

Eine Betrachtung der anvisierten *Abschlüsse* verdeutlicht am ehesten seitens der Studierenden, die weder ein Lehramt noch ein BA anstreben, die Ansicht es würden Verantwortungen der Pädagoginnen und Pädagogen gegenüber der Schülerschaft bestehen (vgl. Tabelle A 5.5). So heben im Prozentvergleich die Diplom- bzw. Promotionsstudierenden allen voran die Verantwortung hervor, es sei auf eine Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher hinzuarbeiten. Unter den angehenden Lehrkräften ist dies sichtbar weniger ausgeprägt. Obgleich auf niedrigerem Niveau, halten sie dies mit den künftigen Bachelorn, eher für eine partielle Verantwortung im Lehrerberuf. Lediglich im Rahmen der Vermittlung von Kritikfähigkeit signalisieren die

künftigen Lehrkräfte vergleichbar intensiv, dieses sei eine selbstverständliche Herausforderung in diesem Beruf (vgl. Tabelle 13). Nahezu drei Viertel bestätigen das. Obgleich ebenfalls noch überdurchschnittlich, messen dem die BA-Kommilitoninnen und Kommilitonen weniger Bedeutung zu (57%). Eine von den pädagogischen Expertinnen und Experten ausgehende Verankerung kritischer Kompetenzen wird zumal von den angehenden Lehrerinnen und Lehrer für eine sehr erstrebenswerte Angelegenheit gehalten.

Tabelle 13

Besondere Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer nach Studiendauer.

(Angaben in %)

Es besteht eine Verantwortung bezogen auf die ... ^{a)}	Lehramt n = 512			Bachelor n = 199			anderer Abschluss ^{b)} n = 59		
	teilweise			teilweise			teilweise		
	nein	weise	ja	nein	weise	ja	nein	weise	ja
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher	0	33	66	2	36	61	7	16	77 **
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	2	25	72	10	33	57	2	22	73 **
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins der Heranwachsenden	2	35	60	5	44	46	6	22	69 **
- Politische Bildung von SchülerInnen	5	47	46	6	56	37	4	33	60 *

a) Skalierung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Vorgabe „weiß nicht“ wurde auspartialisiert

b) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Eine Beziehung zeigt sich auch hinsichtlich der Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins. Auch hier neigen die angehenden Akademikerinnen und Akademiker, die ein Diplom bzw. eine Promotion anvisieren, am nachhaltigsten zu der Ansicht, ein solcher Bereich sei fester Bestandteil des Lehramtes (69%). Positionieren sich die angehenden pädagogischen Fachkräfte mit Abstand dahinter, stößt dies bei BA-Studierenden auf die geringste Unterstützung. Sie signalisieren eher, dieses sei nicht als eine alleinige Obliegenheit aufzufassen. Das findet zumal unter jenen fast einstimmig Zuspruch, die in den traditionellen Studienstrukturen immatrikuliert sind. Diese Gruppe sieht zugleich mit 60% am intensivsten die Lehrerschaft in der Verantwortung, zur politischen Bildung der nachfolgenden Generation beizutragen. Betont dies weniger als die

Hälfte der angehenden Lehrkräfte, bilden die BA´ler hier das Schlusslicht. Mehr als jeder zweite von ihnen erachtet dies als eine allenfalls teilweise bestehende Beschäftigung.

Beziehungen zum politischen Hintergrund

Als signifikant erweist sich auch der politische Hintergrund der Hochschülerinnen und Hochschüler. Sofern die Studierenden äußern, *allgemeinpolitisch aufgeschlossen* zu sein, halten sie die Verantwortungsfelder eher für existent (vgl. Tabelle A 5.7). Das trifft zumal für die Vermittlung von Kritikfähigkeit zu. So argumentieren die politisch Interessierten massiver, die Lehrkräfte hätten diese Verantwortung gegenüber der Schülerschaft – 65% versus 48%. Entsprechend erachtet fast jeder Dritte der politisch Apathischen dies lediglich als eine partielle Aufgabe (vgl. Tabelle 14). Auch hinsichtlich der Stärkung des demokratischen Bewusstseins der Heranwachsenden zeigen sich deutliche Differenzen. Unter den empathischen Hochqualifizierten wird die Verantwortung des Lehrerkollegiums, entsprechende Strukturen in den nachfolgenden Generationen zu verwurzeln höher bewertet, während die Referenzgruppe zu einer nur partiellen Aufgabenzuschreibung an die pädagogischen Fachkräfte neigt.

Tabelle 14

Besondere Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer nach politischem Interesse. (Angaben in %)

Es besteht eine besondere Verantwortung bezogen auf die ... ^{a)}	Politisches Interesse					
	kein/wenig Interesse n = 350			viel Interesse n = 428		
	nein	teilweise	ja	nein	teilweise	ja
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	5	29	64	3	24	71 *
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins der Heranwachsenden	4	42	48	2	31	65 **
- Politische Bildung von Schülerinnen und Schülern	8	58	31	3	39	57 **
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher	2	32	65	1	33	67

a) Skalierung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Vorgabe „weiß nicht“ wurde auspartialisiert

b) Ausprägungen von 0 = gar nicht interessiert bis 6 = stark interessiert; Zusammenfassung: 0-3 = wenig/kein, 4-6 = stark

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Die Verantwortung der Lehrerinnen und Lehrer zur politischen Bildung der nachfolgenden Generationen beizutragen, signalisieren ebenfalls ausgeprägter die *politisch aufmerksamen* Studentinnen und Studenten (vgl. Tabelle A 5.7). Allerdings wird dies von

beiden Gruppen mehrheitlich als wünschenswert betrachtet – was primär von jenen bestätigt wird, die Aufgeschlossenheit am politischen Geschehen zeigen. Die Lethargischen dominieren mit einem Drittel, wenn es darum geht, die Vermittlung politischer Bildung in den Reihen der Schülerinnen und Schülern nur als eine teilweise relevante Arbeit zu beschreiben.

Zusammenhänge verdeutlichen sich ferner mit Blick auf die *politische Selbstverortung* (vgl. Tabelle A 5.8). Dabei besteht besonders nach Ansicht linker Hochqualifizierter seitens der Pädagoginnen und Pädagogen eine hohe Verantwortung, gesellschaftspolitische Grundfesten zu verankern. Stößt dies bei Studierenden, die sich politisch rechts einstufen auf weniger Sympathie, bilden die Kommilitoninnen und Kommilitonen, die sich gar nicht in ein solches Spektrum einstufen können, das Schlusslicht. So sieht die Hälfte der „Linken“ bei der politischen Bildung eine besondere Verantwortung der Lehrkräfte gegeben – mit einem Drittel rangieren hier die sich nicht einordnenden Befragten am Ende. Ebenso wie bei ihnen, ist es auch unter den rechten Studierenden mehrheitlich Konsens, den pädagogischen Expertinnen und Experten das nur partiell als eine relevante Obliegenheit zuzuschreiben. Dieses Muster repliziert sich bei der Auffassung, mehr Verantwortung der Lehrkräfte sei wünschenswert. Hinsichtlich der Schaffung eines demokratischen Bewusstseins weisen zum einen die politisch verorteten Hochqualifizierten dem Lehrerkollegium eine außerordentliche Rolle zu – diese wird zum anderen besonders von der „Linken“ unterstrichen (62%). Bei den jenseits politischer Sphären Stehenden, sehen dies zwei Fünftel der sich rechts positionierenden Studentinnen und Studenten eher als eine nur teilweise wahrzunehmende Herausforderung.

Signalisieren die Immatrikulierten schließlich eine enge Verbundenheit mit *demokratischen Prinzipien*, stützen sie nachhaltiger verschiedene Verantwortungsfelder und äußern intensiver ihre Forderungen (vgl. Tabelle A 5.9). Das gilt zumal für eine politische Bildung der jungen Heranwachsenden. Für mehr als die Hälfte der demokratisch Orientierten liegt dies in den erwarteten Kompetenzen der Pädagoginnen und Pädagogen. In den Augen der wankelmütig sowie wenig bis gar nicht mit diesen Prinzipien verankerten Hochqualifizierten ist die politische Bildung der Schülerschaft lediglich eine teilweise zu erbringende Aufgabe. In vergleichbarer Form wie bei den demokratisch Gesinnten, halten es auch die Vergleichsgruppen für äußerst wünschenswert, dass die politische Bildung eine Aufgabe der Lehrkörper sein sollte (63% bzw. 60%). Auch mit Blick auf ein zu

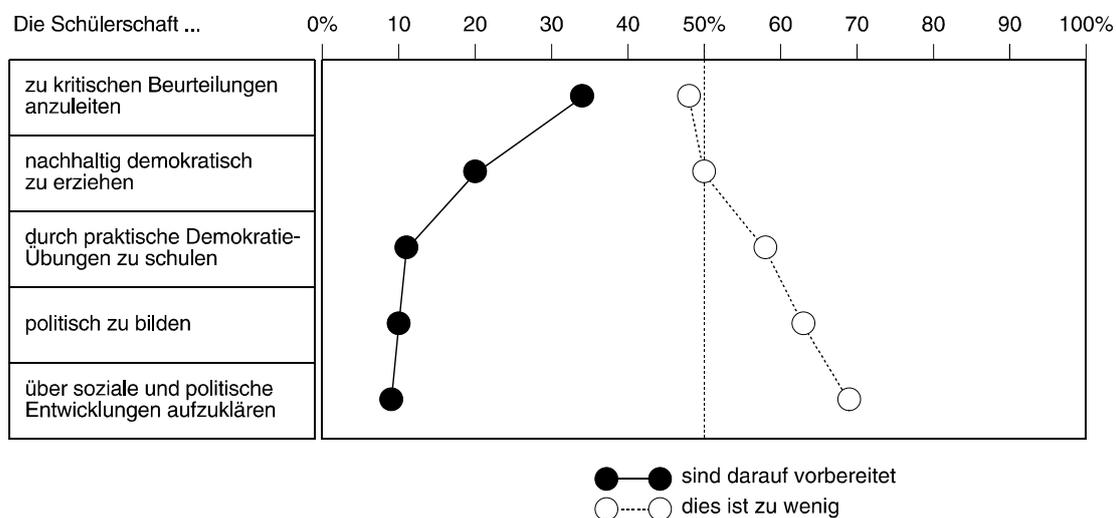
schaffendes demokratisches Bewusstsein, äußern sich jene deutlicher über die Verantwortung in der Lehrerschaft, die nachhaltig demokratisch identifizierbar sind (62%). Je geringer die eigene demokratische Verwurzelung ist, desto überwiegender wird eine derartige Pflicht bei den pädagogischen Expertinnen und Experten als ein nur eingeschränkter Auftrag begriffen. In allen Gruppen intensiv ausgeprägt ist aber die Einstellung, ein demokratisches Bewusstsein zu vermitteln, sollte als eine Pflichtauffassung der pädagogischer Fachkräfte implementieren werden – wobei auch dies am ehesten von den massiven Demokratiebefürwortern begrüßt wird (87%). Das repliziert sich in ihrer fast einstimmigen Haltung, die Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher sowie die Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den jungen Heranwachsenden als außerordentliche Verantwortung in die Hände der schulischen Pädagoginnen und Pädagogen zu legen.

5.3 Tatsächliche und gewünschte Vorbereitung

Mit Blick auf die Vorbereitung pädagogischer Fachkräfte auf Aufgaben, die bei Schülerinnen und Schülern zu einer Stärkung politisch-demokratischer Haltungen beitragen können, zeichnen die Hochqualifizierten ein eher ungünstiges Bild und sie kritisieren diesen Zustand zumeist (vgl. Frage 14 im Anhang Fragebogen). So hält die Studierendenschaft mit rund einem Drittel, die Lehrkräfte noch am ehesten darauf vorbereitet, die Heranwachsenden zu kritischen Beurteilungen anzuleiten – jeder Zweite sieht das nur teilweise gegeben. Zugleich betonen sie intensiv, eine Ausbildung dazu sei zu wenig im Lehramtsstudium angelegt (vgl. Abbildung 10). Fällt aus studentischer Sicht die Angemessenheit zur Kritikfähigkeit beizutragen geringer aus, enthält sich jeder Fünfte einer Bewertung. Sichtbar weniger wird den Pädagoginnen und Pädagogen zugesprochen, die Schülerschaft nachhaltig demokratisch erziehen zu können – die Studierenden bekunden auch hier mehrheitlich, das liege nur teilweise in deren Kompetenzen. Parallel wird nachhaltig auf das Fehlen einer intensiven Vorbereitung in der Ausbildung verwiesen. Zudem ist der Anteil derer, die sich unschlüssig zeigen dieses überhaupt bewerten zu können, höher als bei jenen, die die Einführung der Lehrkräfte in die demokratische Erziehung für angemessen halten (29% vs. 20%).

Abbildung 10

Vorbereitung der schulischen Lehrkräfte - Wahrnehmung und Bewertung.^a
(Angaben in %)



a) Vorbereitung: nicht, teilweise, ja
Bewertung: Vorbereitung ist angemessen, zu wenig

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Aus Sicht der Hochqualifizierten erscheinen die pädagogischen Fachkräfte noch weniger darauf vorbereitet, die Heranwachsenden durch praktische Demokratieübungen zu schulen. Nur eine Minderheit sieht dies umfänglich in der Ausbildung der Lehrerschaft verankert. Die Mehrheit signalisiert hier Nachholbedarf. Das repliziert sich bei der politischen Bildung. Die Hochqualifizierten sind überwiegend der Ansicht, Lehrkräfte seien darauf nur bedingt vorbereitet, jeder Dritte streitet dies ab. Die Vorbereitung im Studium selber wird als zu gering beschrieben – ein Viertel kann darüber keine Angaben machen. Auch die Fähigkeit über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären wird als Aufgabe erachtet, auf die eher weniger vorbereitet worden ist. Annähernd zwei Drittel sehen hier lediglich eine zu geringe Vorbereitung. Sichtbar ausgeprägter wird die Meinung vertreten, die Möglichkeiten zu solchen Kompetenzen beizutragen, seien im Lehramtsstudium nicht angelegt. Hält diese jeder Zehnte für ausreichend, können doppelt so viele hierüber keine Aussagen treffen.

Unterschiede nach Geschlecht oder Bildungsherkunft bestehen nicht (vgl. Tabelle A 5.1). Allerdings äußern die männlichen Studierenden doppelt so stark wie Frauen, Lehrerinnen und Lehrer seien darauf vorbereitet, die Schülerschaft politisch zu bilden (16%). Mehr-

heitlich signalisieren beide Geschlechter aber, die pädagogischen Fachkräfte wären dazu nur teilweise in der Lage – aber auch das gilt nachhaltiger für die Männer. Die Frauen stellen das mit knapp jeder Dritten am ehesten gänzlich in Frage. Ein Effekt ist auch bei der Vorbereitung auf die demokratische Praxis festzustellen. Hier signalisieren mit einem Drittel vor allem Studentinnen, eine entsprechende Vorbereitung nicht beurteilen zu können.

Mit der Studiendauer nimmt die Kritik an Vorbereitungen zu

Die *Studienanfänger* enthalten sich am häufigsten den Beurteilungen, inwieweit die pädagogischen Fachkräfte auf entsprechenden Aufgaben gegenüber der Schülerschaft vorbereitet sind und welchen Beitrag dabei das Lehramtsstudium leistet. Jene heranziehend die konkret Stellung nehmen, zeigen sich in den höchsten Semestern vermehrt kritische Stimmen (vgl. Tabelle A 5.3). Pädagogische Fachkräfte seien in der Lage, die Heranwachsenden über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären, behauptet jeder dritte Studienanfänger und nur noch jeder zehnte Höchstsemestrigte. Sie sehen die Pädagoginnen und Pädagogen nur teilweise dafür prädestiniert. Ähnliches repliziert sich bei der politischen Bildung. Aus Sicht der frisch Immatrikulierten sind die Lehrkräfte dazu entweder deutlicher in der Lage, als auch – obgleich auf niedrigerem Niveau – nicht.

Tabelle 15

Vorbereitung^{a)} von Lehrerinnen und Lehrern für Aufgaben politisch-demokratischer Bildung der Schülerschaft nach Studiendauer.
(Angaben in %)

Die Vorbereitung ... ist	Semesterzahl ^{b)}				
	1.-2. n = 307		9. und höher n = 73		
	angemessen	zu wenig	angemessen	zu wenig	
- nachhaltig demokratischen zu erziehen	41	59	18	82	**
- politisch zu bilden	23	77	14	76	**
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	22	78	7	93	**
- zu kritischen Beurteilungen anleiten	41	59	30	70	
- durch demokratische Demokratieübungen zu schulen	22	78	14	86	

a) Skalierung 1 = angemessen, 2 = zu wenig, die Vorgabe 3 = „weiß nicht“ wurde auspartialisiert

b) Nennung der Studierenden in den niedrigsten sowie höchsten Semester

** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Dies spiegelt sich in der Beleuchtung von ausgewählten Aufgaben. So äußern primär die *unteren Semester*, es bestünde in der Lehrerausbildung eine angemessene Schulung, die folgenden Generationen demokratisch zu erziehen. Je länger die Studierenden an der Hochschule sind, desto weniger zeigen sie sich davon überzeugt. Wenngleich durchgehend mehrheitlich ein entsprechender Nachholbedarf signalisiert wird, nimmt diese Einschätzung im Laufe der hochschulischen Verweildauer deutlich zu (vgl. Tabelle 15). In geringerem Maße zeigt sich dieser Effekt im Rahmen der politischen Bildung. Dass die Ausbildung in die Lage versetzt, die Schülerschaft entsprechend formen zu können, wird ebenfalls primär von den Studienanfängern betont. Die Einstellung, dies sei ein nachhaltiger Bestandteil der Lehramtsausbildung nimmt mit der Studiendauer ab. Diese Tendenz gilt noch deutlicher für die Vorstellung, Pädagoginnen und Pädagogen würden auf die Aufklärung der Schülerschaft über soziale und politische Entwicklungen vorbereitet. Nahezu einhellig stellen die höchsten Semester die Angemessenheit einer entsprechenden Schulung durch das Studium in Frage.

Kovariationen mit der *Fachzugehörigkeit* ergeben sich primär in den Sozialwissenschaften bzw. in der Gesundheitspädagogik – Angehörige dieser Disziplinen scheinen seltener zu wissen, ob die Lehrkräfte auf gesellschaftspolitische Bildung vorbereitet sind. Unter jenen, die dies bewerten, ist man in natur-/ingenieurwissenschaftlichen Bereichen eher der Ansicht, pädagogische Fachkräfte seien ausgebildet, zum kritischen Urteilen anzuleiten (vgl. Tabelle A 5.4). Das findet im sozialwissenschaftlichen bzw. gesundheitspädagogischen Feld den geringsten Nachhall (23%) und die größte Kritik. Zugleich betonen sie mit drei Viertel eher, das sei weniger im Lehramtsstudium angelegt. Bezüglich einer demokratischen Erziehung ist man auch hier kritischer: Nur ein Achtel hält die Lehrkräfte dazu bereit. Dies bekräftigt hingegen jeder Dritte in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Mit Blick auf die politische Bildung sind die pädagogischen Fachkräfte zumal aus kulturwissenschaftlicher Sicht dazu nicht in der Lage – sie betonen auch stärker das Fehlen einer solchen Ausbildung (33 bzw. 87%). Ein Mangel wird ferner in praktischen Demokratieübungen geäußert – das gilt fast einhellig in den Sozialwissenschaften bzw. in der Gesundheitspädagogik.

Im Rahmen der vorgesehenen *Abschlüsse* dokumentieren die BA-Studierenden am häufigsten nicht zu wissen, ob das Lehrkollegium auf politisch-demokratische Aufgaben vorbereitet ist (vgl. Tabelle A 5.5). Dabei kritisieren besonders künftige Lehrkräfte,

dieses sei nicht in der Lage, die Schülerschaft zur Kritik anzuleiten (39%). Anders als bei den BA-Studierenden, findet dies bei den künftigen Lehrerinnen und Lehrern den geringsten Zuspruch. Die Möglichkeit im Studium, die Vermittlung von Kritikfähigkeit zu erlernen, heben aber besonders sie hervor. Insgesamt mehrheitlich als zu wenig erfasst, missfällt dies Hochqualifizierten, die ein Diplom bzw. eine Promotion anstreben (77%). Die Fähigkeit der politischen Bildung durch die Lehrkräfte, stellt jeder dritte der künftigen Pädagoginnen und Pädagogen in Frage; leicht höher ist diese Sicht bei den Diplom- bzw. Promotionsstudierenden. Mehrheitlich äußern die Referenzgruppen, es bestehe nur eine partielle Vorbereitung. 69% der Lehrämter betonen, die zu erlernende Kompetenz, die Schülerschaft politisch zu bilden sei zu wenig in den Studienstrukturen verankert, dem folgen auch hier Diplom- bzw. Promotionsstudierenden. Im Bachelor sieht man eine entsprechende Vorbereitung in der Ausbildung am ehesten für gegeben (17%).

Unzufriedene Studierende kritisieren die Vorbereitung

Mit steigendem Grad der *Zufriedenheit mit der Studiensituation* wächst auch die zustimmende Haltung, pädagogische Fachkräfte seien darauf vorbereitet, Heranwachsende zu kritischen Beurteilungen anzuleiten (vgl. Tabelle A 5.6) – davon sind mehr als zwei Fünftel überzeugt. Signalisieren die Befragten weniger Wohlgefallen im Hochschulbereich, kommentieren sie mehrheitlich, Lehrerinnen und Lehrer seien nur teilweise auf diese Aufgabe hingeführt worden (59%). Bezüglich der Frage, inwieweit die Heranwachsenden über soziale und politische Entwicklungen aufgeklärt werden können, betonen die Unzufriedenen mit einem Drittel häufiger, die Lehrerschaft sei hierauf nicht vorbereitet. Hingegen äußern die zufriedenen Studierenden nachhaltiger, dass eine teilweise bzw. eine vollständige Schulung besteht. Auch die Vermittlung politischer Bildung wird von ihnen weniger kritisiert als von unzufriedenen Hochqualifizierten. Besonders bei den an der Hochschule insgesamt unzufriedenen Hochschülerinnen und Hochschülern ist mehr Distanz in der Beurteilung des Kompetenzgrades zu vermelden. So verweist die überwiegende Mehrheit von ihnen nachdrücklich darauf, im Lehramtsstudium würde zu wenig auf die Fähigkeit Wert gelegt, die Schülerinnen und Schüler zu kritischen Beurteilungen anzuleiten. Sofern die Befragten eine insgesamt positive Bilanz zu ihrem Studium ziehen, wird die Ausbildung einer solchen Kompetenz als gleichermaßen angemessen wie zu wenig erachtet (vgl. Tabelle 16).

Tabelle 16
 Vorbereitung ^{a)} von Lehrerinnen und Lehrern für Aufgaben politisch-demokratischer Bildung der Schülerschaft nach Zufriedenheit an der Hochschule.
 (Angaben in %)

Die Vorbereitung ... ist ^{a)}	Die Studierenden sind an der Hochschule ... ^{b)}				
	unzufrieden n = 401		zufrieden n = 365		
	angemessen	zu wenig	angemessen	zu wenig	
- zu kritischen Beurteilungen anleiten	30	70	50	50	**
- nachhaltig demokratischen zu erziehen	24	76	34	64	*
- durch demokratische Demokratieübungen zu schulen	14	86	21	79	*
- politisch zu bilden	11	89	22	78	**
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	9	91	20	80	**

a) Skalierung 1 = angemessen, 2 = zu wenig, die Vorgabe 3 = „weiß nicht“ wurde auspartialisiert

b) Bildung einer Summenskala über die Frage 5: Zufriedenheit mit dem Studium; Zusammenfassung 4-19 = unzufrieden, 20-28 = zufrieden (dichotomisiert am Median)

* $p \leq 0.05$; ** $p \leq 0.01$ (Chi²-Test)

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Ein ähnliches Muster entsteht mit Blick auf eine Ausbildung darauf, die folgenden Generationen nachhaltig demokratisch schulen zu können. Signalisieren die Studierenden, an der Hochschule unzufrieden zu sein, halten sie die Bedingungen für angehende Lehrkräfte für weit weniger günstig, sich Mittel und Wege für eine erfolgreiche demokratische Erziehung aneignen zu können. Auch dass eine angemessene Grundlage dafür besteht, die Schülerinnen und Schüler durch praktische Demokratieübungen zu schulen, widersprechen zumal die unzufriedenen Befragten – den Zufriedenen folgend, ist dies häufiger vorhanden. Dieses Bild bestätigt sich hinsichtlich der Vermittlung politischer Bildung: Die über ihr Dasein frustrierten Hochschülerinnen und Hochschüler kritisieren, die Chancen dieses zu lernen seien zu wenig gegeben. Das gilt auch für die Ansicht, künftige Lehrerinnen und Lehrer würde beigebracht werden in ihrem Beruf über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären – die Kritik unter den mit ihrer Situation unzufriedenen Studierenden ist am größten.

Demokratisch gefestigte Studierende kritisieren die Vorbereitung

Der politische Hintergrund der Studierenden kovariert nur partiell mit der Einschätzung der Vorbereitung für politische Bildung. Sind die Hochqualifizierten *politisch apathisch*, betonen sie eher nicht zu wissen, ob das Studium auf die Vermittlung politisch-demokratischer Inhalte vorbereitet. Unter jenen, die eine Bewertung formulieren,

vertritt jeder Zweite der am politischen Geschehen Uninteressierten die Ansicht, Pädagoginnen und Pädagogen seien nicht in der Lage, die Schülerschaft durch praktische Demokratieübungen zu schulen (vgl. Tabelle A 5.7) – die interessierten Befragten, rangieren aber knapp dahinter. Wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau, stufen diese die Lehrerinnen und Lehrer eher als fähig ein, auf diese Weise demokratisches Gedankengut zu vermitteln (16%). Unter dem Blickwinkel des *politischen Standortes* ergeben sich signifikante Unterschiede nur im Prozentvergleich: So kritisieren allen voran die „Linken“ den Ausbildungsrahmen der Lehrerschaft. Rechte Studierende formulieren eher, dass angemessen auf die Verankerung gesellschaftspolitisch-demokratische Inhalte in der Schülerschaft vorbereitet wird.

Hingegen sind deutliche Beziehungen mit den demokratischen Orientierungen zu konstatieren. Je nachhaltiger die *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* ist, desto weniger angemessen werden die bestehenden Studienstrukturen für förderlich gehalten, auf die zu vermittelnden elementaren Grundlagen der politischen Bildung vorzubereiten (vgl. Tabelle A 5.9). Das zeigt sich bezüglich der Fähigkeit, über soziale und politische Entwicklungen aufklären zu können. Die demokratieorientierten Studierenden bekunden fast einhellig, das Lehramtsstudium trage nicht hierzu bei – nur jeder Zehnte betont es als angemessen. Auch das engere Feld der politischen Bildung stößt auf wenig Begeisterung und viel Kritik. Primär von den von demokratischen Werten überzeugten Studentinnen und Studenten wird angemahnt, die Vorbereitung andere entsprechend schulen zu können, sei im Studium zu wenig verwurzelt (88% bzw. jeweils 80%). Auch die zu erlernende Kompetenz die folgenden Generationen demokratisch zu erziehen, ist den überzeugten Demokraten zu wenig im Lehramtsstudium verankert (78%) – unter den demokratisch Labilen bzw. eher schwach Orientierten pflichten jeweils noch knapp zwei Drittel bei. Rund 90% der demokratisch Gesinnten meinen, es würde zu wenig dazu angeleitet im Unterricht über soziale und politische Gegebenheiten aufzuklären und praktische Übungen durchzuführen. In den Referenzgruppen wird ebenfalls Kritik geäußert, aber auf niedrigerem Niveau.

Resümee

Die Studierenden erachten diverse Sozialisationskontexte und Lebensbereiche als durchaus einflussreich für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen. Das gilt

primär für das Elternhaus – dessen Gewicht wird mit zunehmender Studiendauer höher veranschlagt. Es folgen mit mehrheitlicher Nennung Medien und die Gruppe der Freunde. Der Schule wird eine mittlere Position zugewiesen. Ebenfalls knapp die Hälfte der Befragten betonen des Weiteren eine gewisse Relevanz der Lehrerschaft sowie von Vereinen. Parteien scheinen indes eine relativ geringe Rolle zu spielen. Dass eine Verantwortung der Lehrerschaft vorhanden ist, die Schülerinnen und Schüler im politisch-demokratischen Feld zu begleiten – das äußern zumal künftige Absolventen mit Diplom; dem schließen sich ebenso nachhaltig die höheren Semester an. Dass eine solche Verantwortung bestehen sollte, stößt auf breiten Zuspruch. Neben den älteren Studierenden sind es die als demokratisch gefestigt auftretenden Befragten, für die eine solche umfassende Pflichtauffassung seitens der pädagogischen Fachkräfte wünschenswert wäre, hinzu tritt das künftige Hauptschulkollegium. Mit Blick auf die Fähigkeiten, demokratische Elemente zu vermitteln, sind die Studierenden kritischer. Im Laufe des Studiums sprechen die Hochqualifizierten der Lehrerschaft hierzu immer weniger entsprechende Fähigkeiten zu. Sie beanstanden ferner, dass diese in ihrem Studium nicht angemessen dazu vorbereitet wird – einhergehend mit den unpolitischen, beanstanden das zumal linke Studierende. Diesbezüglich wächst die Kritik an diesen Aspekten des Studiums im Laufe der Studienzeit.

6 Bilanz und Folgerungen

Anliegen des vorliegenden Forschungsberichts ist es, die gesellschaftspolitischen Orientierungen von Studierenden an der PH Freiburg zu skizzieren. Die Erkundungen basieren auf den Ansichten von 781 Befragten, die im WS 2008/09 anhand eines schriftlichen, standardisierten Fragebogens befragt wurden. Ferner werden zum Vergleich Daten aus den bundesweit repräsentativen Erhebungen des Studierenden surveys der AG Hochschulforschung hinzugezogen – primär die 10. Erhebung (WS 2006/07). Das zentrale Erkenntnisinteresse der Untersuchung ist mittels mehrerer Indikatoren erfasst worden – politisches Interesse, politischer Standort und Partizipation, Vorstellungen zur Leistungsgesellschaft und schließlich einzelne demokratische Orientierungen und deren post hoc vorgenommene typisierende Bündelung in demokratische Prinzipien. Gesondert in den Blick genommen wird die politische Bildung der Schülerinnen und Schüler und der Beitrag, den Schule und Lehrerschaft hierzu aus der Sicht der Studierenden leisten

und leisten sollen. Arrondiert sind diese inhaltlichen Bereiche von Aspekten des soziodemografischen Hintergrundes, einschlägiger hochschulischer Faktoren sowie der Studienbedingungen. In den vorangegangenen Kapiteln wurden die Daten sowohl uni- als auch bivariat ausgewertet. Multivariate Modellierungen werden im vorliegenden Kapitel vorgenommen. Dazu sei noch einmal darauf hingewiesen, dass die gezeigten Zusammenhänge heuristischen Zwecken dienen und nicht kausal zu interpretieren sind. Kausalbeziehungen sind schwerlich mit Querschnittsdaten aufzudecken, sie bedürfen einer Längsschnitterhebung.

Absicht dieses Kapitels ist es, die gewonnen Erkenntnisse zusammenfassend zu präsentieren, das Wirkgefüge von abhängigen und unabhängigen Variablen multivariat zu untermauern sowie Schlussfolgerungen aus den Befunden zu ziehen.

Hinsichtlich der *soziodemografischen Zusammensetzung* der PH-Stichprobe ergibt sich, dass Frauen die dominierende Gruppe sind. Zudem besteht eine Überrepräsentation von Akademikerkindern, wobei im Vergleich zu Universitäten Angehörige aus unteren bzw. mittleren Bildungsmilieus stärker vertreten sind. Mehrheitlich befinden sich die Befragten in einem Erststudium, sind in den Kulturwissenschaften immatrikuliert und streben ein Grundschullehramt an – zumal hier sind nahezu keine Männer zu finden. Auch an der PH Freiburg wenden sich primär Akademikerkinder dem Lehrerberuf zu. Die Studiensituation wird zumeist positiv geschildert, wenngleich namhafte Minderheiten weniger günstig urteilen. Allen voran die künftigen Bachelor goutieren ihr Dasein. Im Vergleich mit Universitäten und Fachhochschulen sind die Einschätzungen der Freiburger Befragten allerdings etwas zurückhaltender und fallen mit zunehmender Studiendauer negativer aus.

Das *politische Interesse* der PH-Studierenden ist zwar etwas weniger ausgeprägt als an anderen Hochschultypen, jedoch ebenfalls als ausgeprägt zu bezeichnen. Wie andernorts auch, zeigen sich die Männer aufgeschlossener. Hinzu treten höhere Semester sowie Vertreter bildungsferner Milieus einerseits, traditioneller Studienstrukturen andererseits. Auch Befragte im linken Spektrum sind aufgeschlossener. Mit Blick auf die *politische Teilhabe* sind wiederum männliche Studierende kritischer und engagierter zugleich. Die Teilhabe am politischen Geschehen wird mehrheitlich befürwortet. Doch werden die Möglichkeiten dazu ambivalent eingeschätzt. Vor allem erscheinen die Vorgänge nicht

selten als zu kompliziert. Widmen die Befragten der Politik Aufmerksamkeit, reflektieren sie kritischer die Möglichkeiten der Partizipation. Nachhaltiger als an Universitäten und Fachhochschulen finden an der PH Charakteristika von *Gleichheit und Solidarität* Zuspriechung und Wettbewerbsorientierungen Ablehnung – das wächst mit der Studiendauer. Bei den Angehörigen des linken Spektrums zeigt sich dasselbe Muster. Auf Kritik stoßen Formen einer Leistungsgesellschaft auch, wenn man ungern an der Hochschule ist. Die *demokratischen Überzeugungen* sind geprägt von einer gewissen Labilität, die sich freilich im Laufe des Studiums hin zu gefestigten Haltungen wandelt. Dieser Trend repliziert sich im Rahmen des Diploms bzw. der Promotion. Auch in der „Linken“ kommt ein progressiveres Verhalten und weniger Ordnungsrestriktivität zum Vorschein.

Hinsichtlich des Beitrages von Schule und Lehrerschaft für die politische Bildung von Kindern und Jugendlichen ist das Meinungsspektrum der Befragten facettenreich. Als *einflussreich* sehen die Studierenden primär das Elternhaus, dessen Bedeutung besonders mit der Studiendauer wächst. Auch für Lehramtsstudierende ist dies ein zentraler Faktor. Schule und Lehrerschaft sind zwar nicht unwichtig, aber ihnen wird weniger Relevanz zugesprochen als den Medien und dem Freundeskreis. Der Lehrerschaft weisen die Befragten dennoch eine überdurchschnittliche *Verantwortung* zu, die Schülerschaft politisch-demokratisch zu begleiten. Auch hier sind neben künftigen Diploma die höheren Semester zu nennen, die das betonen. Zumal diese halten eine solche Verantwortung für *wünschenswert* – dem schließen sich demokratisch gefestigte Befragte ebenso an wie künftige Hauptschullehrkräfte. Die *Kompetenzen* dafür werden kritischer beurteilt. Mit steigender Studiendauer und der Verortung im linken Spektrum werden diese immer mehr in Frage gestellt; das betrifft auch die *Vorbereitung im Studium* selber, die insgesamt als wenig ausgeprägt gilt.

Beziehungsmuster gesellschaftspolitischer Orientierungen

Nachfolgend sollen nun die politischen Vorstellungen und demokratischen Haltungen näher in Bezug auf die multivariaten Einbettungen analysiert werden. Die bisherigen Befunde verdeutlichen, welche Verflechtungen bedeutsam für gesellschaftspolitische Orientierungen erscheinen. Durch einen simultanen Vergleich, in dem möglichst viele Prädiktoren einfließen, soll nun das Gewicht der jeweiligen Variablen abgeschätzt werden. Da die bivariaten Auswertungen der Tatsache nicht Rechnung tragen, dass die ein-

zelenen Wirkungsgrößen untereinander verflochten sind, wird eine gesamthafte Betrachtung mittels Regressionsanalysen vorgenommen.¹⁰ Dabei werden die gewonnenen Erkenntnisse gebündelt und in Rekurs auf das operationale Modell der Gesamtuntersuchung analysiert (vgl. Abbildung 1), um die diversen Merkmale auf ihre Einflüsse bzw. die Vorhersage gesellschaftspolitischer Vorstellungen zu beleuchten. Dafür bedarf es der Konstruktion von Modellen, die die abhängigen Variablen stufenweise mit den analysierten unabhängigen Faktoren zusammenführen. Es sei darauf verwiesen, dass diese keine kausalen Ursachen-Wirkungszusammenhänge testen. Sie dienen heuristischen Zwecken und können allenfalls Beziehungsmuster aufdecken. Die Ergebnisse veranschaulichen, dass die Erklärungskraft der einzelnen Modelle mit der steigenden Zahl von Prädiktoren wächst. Zugleich nimmt die Bedeutung einzelner unabhängiger Variablen ab.¹¹ Ferner variieren die Beziehungsmuster der einzelnen Indikatoren.

Mit Blick auf das *politische Interesse* beginnt die Modellierung mit ausgewählten Prädiktoren soziodemografischer Hintergründe sowie hochschulischer Einflüsse (vgl. Tabellen A 6.1 und A 6.2).¹² Modell 1 folgend ist dem Geschlecht die stärkste Relevanz einzuräumen (beta .24) – hier bestätigt sich die Dominanz der Studenten. Wenn auch weniger ausgeprägt, wirken hochschulische Faktoren. So kommt auch der Studiendauer Bedeutung zu (beta .18). Das verdeutlicht einmal mehr, dass mit der hochschulischen Verweildauer, die politische Aufmerksamkeit steigt. Das trägt zu einer aufgeklärten Varianz von $R^2 = .10$ bei. Die Entscheidung künftiger Lehrkräfte an welcher Schulform sie unterrichten wollen, spielt – wie Modell 2 zeigt – zwar keine signifikante Rolle, stärkt aber das Gewicht des Geschlechts und erhöht die Klärungskraft ($R^2 = .12$). Modell 3 erweitert den Kranz um das spezifische Merkmal der politischen Selbstverortung. Primär bestätigt sich auch hier der starke Effekt des Geschlechts (vgl. Tabelle A 6.3). Hinzu tritt die etwas weniger ausgeprägte Wirkung der politischen Selbsteinordnung (beta -.19). Das untermauert die nachhaltigere Zuwendung linker Studierender zu allgemeinpolitischen Inhalten. Demgegenüber verliert der Faktor der Studiendauer an Gewicht. Das mündet dennoch in einem Anstieg der Modellgüte auf $R^2 = .15$. Somit kommt in den gerechneten Modellen den Variablen „Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht“ und „Verortung im linken politischen Spektrum“ die beste Vorhersagbarkeit für ein ausgeprägtes politisches Interesse zu.

Hinsichtlich der *politischen Teilhabe* erweist sich für die Variable „Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann“¹³ ebenfalls das Geschlecht als bedeutsam. So verdeutlicht sich in Modell 1 eine nachhaltige Wirkung dieses Merkmals (beta -.17) – das untermauert die Dominanz der Männer, politische Vorgänge seltener als zu komplex für ein eigenständiges Urteilen zu begreifen. Demgegenüber zeigt das politische Interesse ein noch deutlicher ausgeprägteres Muster (beta -.37). Je weniger die Hochqualifizierten politischen Inhalten gegenüber empathisch sind, desto eher stimmen sie der Ansicht zu, ein eigenständiges Urteilen wäre aufgrund der Komplexität politischer Vorgänge zu schwierig. Die Relevanz dieser beiden Merkmale weisen eine Erklärungsdichte von $R^2 = .20$ auf (vgl. Tabelle A 6.4). Fügt man den Prädiktor Bildungsherkunft hinzu, erhöht sich die aufgeklärte Varianz geringfügig ($R^2 = .21$); allerdings entströmen diesem Merkmal keine signifikanten Effekte (Modell 2).

Eine Analyse der Einflüsse auf die *Vorstellungen von Gleichheit und Solidarität* hebt auf der einen Seite die Bedeutung des politischen Standorts hervor (vgl. Tabelle A 6.5)¹⁴ – hierbei bestätigt Modell 1 in besonderem Maße die Zuwendung linker Hochschulinnen und Hochschul zu damit verbundenen Werten (beta .32). Im Vergleich dazu verweist die Studiendauer auf nur einen sichtbar geringeren und keinen signifikanten Stellenwert. Diese Konstellation ergibt insgesamt eine aufgeklärte Varianz von $R^2 = .13$. Der Faktor „Zufriedenheit an der Hochschule“ verändert die Aufklärung nur geringfügig (Modell 2), zeigt aber Bedeutungsverschiebungen an. So verliert primär die Studiendauer an Gewicht. Hingegen erweist sich die studentische Bilanzierung der Studiensituation als signifikant (beta .14) – je positiver diese ausfällt, desto eher betonen die Befragten Werte, die auch solidarischen und gleichheitsorientierten Haltungen entgegen stehen können. In diesem Modell gewinnen somit der politische Standort sowie die Zufriedenheit mit dem studentischen Dasein prädiktorische Relevanz.

An diese Analyse knüpft die Betrachtung der *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* an (vgl. Tabelle A 6.6 und A 6.7). Die Heranziehung herausragender Prädiktoren in Modell 1 weist auch an dieser Stelle politischen Merkmalen eine außerordentliche Intensität zu. So besitzt neuerlich die politische Selbstverortung einen besonderen Einfluss: Dies attestiert einmal mehr eine engere Verwobenheit linker Studierender mit demokratischen Einstellungen (beta .26). Zudem bestätigt sich das positive Verhältnis zwischen Interesse und Verwurzelung mit demokratischen Vorstellungen (beta -.20). Beide münden in eine

aufgeklärte Varianz von $R^2 = .12$. Die Einbeziehung der Studiendauer in Modell 2 zeigt zum einen eine Bedeutungsabnahme des politischen Interesses. Wenngleich geringer erhält aber auch die Semesterzahl einen Einfluss – dabei wird die Annahme einer steigenden Demokratisierung während eines längeren Hochschulaufenthaltes gestützt. Insgesamt leistet die Einbeziehung dieser Variable mit einem $R^2 = .15$ einen noch produktiveren Beitrag zu einem Verständnis der Determiniertheit demokratischer Prinzipien. Die Zugehörigkeit zum linken politischen Spektrum, ein ausgeprägtes Interesse am politischen Geschehen sowie eine längere Dauer des Hochschulbesuchs vermögen mithin demokratische Haltungen zu stärken.

Folgerungen

Die hier skizzierten Mechanismen lassen differenzierte *Folgerungen* zu: So scheinen die Befunde – zumal unter regressionsanalytischer Betrachtung – zu den Einflüssen auf das *politische Interesse*, zu einer nachhaltigeren Berücksichtigung und Fokussierung der Frauen aufzurufen. Hierbei könnte ein auf die weiblichen Vorstellungen und Haltungen von Politik zugeschnittenes Verständnis ebenso förderlich sein, wie deren Stärkung im öffentlichen Feld. Ihre Einstellungen und Ansichten einzubeziehen dürfte besonders Aufgabe von Bildungsinstitutionen, Medien und Parteien sein. Zudem zeigt sich auch die Selbstverortung in das linke politische Spektrum nachhaltig. Es scheint fruchtbar, die in dieser Gruppe vorhandenen Verständnisse auf ihre gesellschaftliche Akzeptanz hin ebenso zu überprüfen wie deren Verankerung – auch wenn diese möglicherweise konträr zu aktuellen Ansichten sein mögen. Blickt man ferner auf die bivariaten Analysen, zeigt sich auch der hochschulische Bereich involviert – mittels einer längeren Studiendauer und einer Transformation von Vorstellungen und Strukturen, wie sie in traditionellen Abschlüssen zu bestehen scheinen, in das Lehramt- sowie das BA-Studium, könnte zusätzlich zu einer größeren politischen Aufgeschlossenheit beitragen.

Hinsichtlich der *politischen Teilhabe* wäre eine Steigerung des politischen Interesses als eine Gelegenheit zu nennen, Studierende zum urteilen über komplexe öffentliche Vorgänge zu bewegen – möglicherweise dürften einfachere Darstellungen politischer Inhalte dieses ebenso fördern wie deren konkrete Bezugnahmen auf das soziale Leben. Ferner lassen die Daten neuerlich eine Verzahnung mit dem Geschlecht erkennen. Auch hier wären die Frauen zu motivieren, sich Urteile zu bilden und in das Geschehen einzumi-

schen. Die Hochschule ist aufgerufen, hier einen Beitrag zu leisten. Denkbar sind gesonderte Angebote im Rahmen der Gleichstellungsarbeit oder auch spezifische Aktivitäten und Angebote von Fachschaften und Studierendengruppen, die sich gezielt an Studentinnen richten. Zu erwägen ist auch, in Seminaren die Thematik aufzugreifen und den Stellenwert des Lebensbereiches Politik zu reflektieren. Möglicherweise kann so langfristig das politische Interesse und die Teilhabe der jungen Frauen gefördert werden.

Mit Blick auf *Gleichheit und Solidarität* kommt in erster Linie der politischen Selbstverortung Bedeutung zu. Je mehr es gelänge, eher linke Vorstellungen in den gesellschaftlichen Vordergrund zu rücken, desto eher könnten Chancen bestehen, eine auf gleichheits- und solidaritätsorientierten Idealen beruhende Gesellschaft nachhaltig zu fördern. Obgleich nicht im selben Umfang, besitzen hochschulische Faktoren dahingehend Gewicht, dass eine zufriedene Studierendenschaft weniger eine solche Entfaltung anstrebt. Liegt der Fokus aber auf egalitären Idealen, scheint dies eine Studierendenschaft zu fördern, die sich kritisch mit der Hochschule als Umwelt auseinandersetzt. Zum anderen verdeutlicht sich, dass auch eine längere hochschulische Verweildauer tendenziell dazu beitragen kann, der künftigen Elite ausgeprägte Vorstellungen von Gleichheit und Solidarität zu vermitteln.

Mit Blick auf eine nachhaltige *Akzeptanz demokratischer Prinzipien* kommt ebenfalls der politischen Selbstverortung im Links-Rechts-Kontinuum der höchste Stellenwert zu. Zumal eine Fundierung eher linker Orientierungen der Studierenden bzw. eine Transformation ihrer Ideale für das gesellschaftliche Miteinander, könnte hierbei ein durchaus positiver Ertrag sein. Obgleich in geringerem Maße erscheint eine solche Gelegenheit auch im Rahmen einer erhöhten politischen Aufmerksamkeit gegeben. Auch hier scheinen die Hochschulen selber in der Lage zu sein, einen Beitrag zur demokratischen Verankerung zu leisten. So wächst mit steigender Studiendauer der Anteil der überzeugten Demokraten; auf der anderen Seite gilt das auch für traditionelle Studienabschlüsse wie das Diplom und die Promotion – die Herausarbeitung von Faktoren, die dies begünstigen und deren Überführung in Strukturen des Lehramtes sowie des Bachelors könnten diese befruchten.

In der Gesamtschau erweisen sich das politische Interesse und die Selbsteinschätzung im Links-Rechts-Kontinuum stets als herausgehobene Merkmale, die an der Herausbildung

von sozialpolitischen Orientierungen und Haltungen beteiligt sind. Je mehr es möglich ist, diese Aufmerksamkeitsrichtungen der Studierenden zu stärken, desto mehr dürfte es gelingen, ihnen Politik als ein Handlungsfeld zu erschließen, eine kritische Sicht auf die Gesellschaft zu etablieren und das demokratische Bewusstsein zu untermauern.

Doch auch jenseits der Regressionsmodelle und des zentralen Erkenntnisgegenstandes der Untersuchung geben die Befunde Hinweise auf etwaige Problemfelder und Veränderungswünsche. So wäre im Gespräch mit Studierenden zu klären, welche Aspekte der Studienthematik im Detail verbesserungswürdig erscheinen und weshalb mit der Dauer des Hochschulbesuchs die Kritik zunimmt. Ebenfalls Beachtung verdient die künftige Rolle als Lehrerin oder Lehrer im Bereich der politischen Bildung von Kindern und Jugendlichen. Blickt man auf die Überzeugung der Mehrheit der Befragten, dass seitens der Lehrkräfte gegenüber den Heranwachsenden eine *Verantwortung besteht* ein politisch-demokratisches Fundament zu verankern, die Verankerung dafür aber nicht hinreichend sei, mag dies zu einer intensiven Auseinandersetzung mit diesem Problemfeld anregen, zumal hochschulische Faktoren für dieses Urteilen eine Rolle spielt. So böte die Transformation von Vorstellungen aus den Diplomabschlüssen einen potentiellen Weg, entsprechende Ideale im Lehramts- sowie im BA-Studium stärker zu verankern. Auch durch eine längere Studiendauer wäre diese Chance vorhanden. Ein zusätzlicher Beitrag könnte in der Intensivierung der kulturwissenschaftlichen Fächer zugrunde liegenden Inhalte und Strukturen sein; deren Fruchtbarmachung für andere Disziplinen würde die Sensibilisierung für die Aufgabe politischer Bildung in der Schule möglicherweise vergrößern. Als bedeutend treten bei den Hochqualifizierten auch gesellschaftspolitische Momente hervor – die Förderung des politischen Interesses sowie die Überführung egalitärer Aspekte in gesellschaftsbezogene Vorstellungen wären Beiträge, diese Einschätzung zu fördern. Gleiches gilt für die wachsende Begeisterung gegenüber demokratischen Prinzipien. Diese Faktoren erhöhen ferner die Wahrscheinlichkeit, eine solche *Verantwortung für* *wünschenswert* zu erachten. Hinzu tritt hier das Lehramt Hauptschule – im Vergleich zu den anderen angestrebten Schulformen scheinen hier etwaige strukturelle bzw. inhaltliche Momente den Wunsch nach politischer Bildung in der Schule zu begünstigen.

Weil die Bewertung der *Vorbereitung* der Lehrkräfte auf diese Aufgabe im Laufe des Studiums negativ wird, wären die kritischen Ansichten Höhersemestriker ein Ansatz,

dies eingehend zu reflektieren – das schließt auch das Hinzuziehen jener Studierender ein, die sich kritisch mit ihrer hochschulischen Umwelt auseinandersetzen. Vergleichbare Chancen spiegeln sich dabei auch unter dem Aspekt der unmittelbaren *Ausbildung künftiger Pädagoginnen und Pädagogen*, die als eher unzureichend eingestuft wird. Wiederrum wäre zu eruieren, inwieweit bei den Inhalten von Diplom- oder Promotionsstudiengängen anzusetzen ist und Teile davon in das Lehramts- bzw. Bachelor-Studium integrierbar sind. Zudem kritisieren eher linke Hochqualifizierte, im Studium bestehe eine zu geringe Vorbereitung auf politisch-demokratische Aufgaben. Eventuell könnten deren Vorstellungen Aufschluss über mögliche Veränderungen bzw. Zielsetzungen in der Lehrerausbildung erlauben.

Insgesamt zeigt sich an der PH Freiburg eine Studierendenschaft, die sich in ihren politischen Aufmerksamkeiten und Überzeugungen als nachhaltig auszeichnet; sie ist noch stärker als an anderen Hochschultypen an Gleichheit und Solidarität orientiert skizzierbar. Allerdings sind auch gewisse Ambivalenzen und Schwächen erkennbar. Sie manifestieren sich in der – im Vergleich zu Universitäten und Fachhochschulen – ausgeprägteren Zurückhaltung, den eigenen politischen Standort zu bezeichnen sowie in einem labileren Demokratieverständnis. Dennoch besteht ein großes Potential, an dessen Festigung die Hochschule, vermittelt über die Studiendauer, beteiligt ist. Die Befunde verdeutlichen ferner, dass die PH-Studierenden nicht nur von der Relevanz einer Lehrerschaft überzeugt sind, die ihren Anteil an der politischen Bildung und der Erziehung zur Mündigkeit von Kindern und Jugendlichen beiträgt. Sie unterstreichen diesen Anspruch damit, dieses auch in der direkten Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte einzufordern. Nicht zuletzt deshalb lassen die Befunde – zumal in der Lehrerausbildung – eine Intensivierung anmahnen, die nicht nur auf die jungen Heranwachsenden wirken, sondern auch die künftigen Pädagoginnen und Pädagogen als Studierende in ihren Orientierungen beeinflussen können.

Anhang

- Anmerkungen	75
- Literatur	77
- Tabellen	81
- Fragebogen und Grundverteilungen	107

Anmerkungen

- 1 Dass Pädagogische Hochschulen nicht ganz jenseits des empirischen Horizonts liegen, zeigen Studien, die zur Abbildung sozioökonomischer Lebensbedingungen der Studierendenschaft beitragen (Isserstedt u.a. 2007) sowie Abiturientenbefragungen zur Studienmotivation (Trautwein 2006). Entsprechend möchte dieses Projekt dazu beitragen, diesen Horizont empirisch wie inhaltlich zu erweitern. Finanziell gefördert wurde die Untersuchung dabei durch den Forschungsausschuss der PH Freiburg. Mein Dank gilt zudem Valentin Jungert, der als studentische Hilfskraft bei der empirischen Durchführung und dem Korrekturlesen mitgewirkt hat.
- 2 Für eine globale Übersicht und Bearbeitung wurden bei einigen Fragebatterien Summenskalen gebildet. Voraussetzungen dafür waren positive Assoziationskoeffizienten zwischen den Variablen. Verwendet wird der Assoziationskoeffizient M, der die Nachteile von Gamma und Tau minimiert. Ferner wird die zentrale Tendenz ordinal skalierten Variablen anhand des Medians dargestellt. Der Median zeigt bei jeder Variable die Stelle auf der Antwortskala, an der sich die Verteilung halbiert. Sofern vorhanden, wurden dabei die Kategorien „weiß nicht“ bzw. „kann ich nicht beurteilen“ bei der Berechnung des Medians ausgespart. Die Grundverteilungen sind dem Instrument zu entnehmen, das im Anhang abgedruckt ist.
- 3 Die bivariaten Auswertungen orientieren sich an den entsprechenden Medianvergleichen. Die vorliegenden Ausführungen richten sich dabei an den dort aufgezeigten signifikanten Effekten auf der Grundlage des Mediantests aus (Lienert/von Eye 1994) – die entsprechenden Signifikanzen auf der Grundlage von absoluten Häufigkeiten wurden auf Grundlage der gängigen Chi^2 -Basis ermittelt. Ausgewählte Prozentverteilungen sollen die einzelnen Kreuztabellen präsentieren. Da die PH-Daten sowie die Konstanzer Survey-Daten auf zwei unterschiedlichen Dateien liegen, sind die Vergleiche nicht mit Signifikanzwerten unterlegt.
- 4 Die soziale Herkunft wird anhand der Bildungsherkunft überprüft und mittels des Bildungsabschlusses der Eltern gemessen. Hierfür wurde eine neue Variable konstruiert, die den jeweils höchsten Abschluss von Mutter und Vater kombiniert. Dazu werden Abschlüsse von Haupt- und Realschule sowie Abitur erfragt. Der akademische Grad beinhaltet Absolventinnen und Absolventen von Universität, Technischer Universität, Fachhochschule sowie Pädagogischer Hochschule. Diese Zusammensetzung und Darstellung ermöglicht Vergleiche mit anderen Studien.
- 5 Für eine bessere Übersicht und Darstellung wurden Fächergruppen gebildet. Diese beinhalten die an der PH Freiburg vorhandenen Studienfächer und orientieren sich an den vom Statistischen Bundesamt verwendeten Gruppierungen. Für die Darstellung eines allgemeinen Überblicks, konzentrieren sich die vorliegenden Ausführungen bei der Zusammenführung der Fachgruppen auf die Hauptfächer. Aufgrund teilweise zu geringer Zellbesetzungen wurden drei Großgruppen gebildet: Kulturwissenschaften, Sozial- und Gesundheitswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften.
- 6 Der aufgezeigte Effekt des Alters dokumentiert bei den weiteren Indikatoren gesellschaftspolitischer Vorstellungen und des demokratischen Verständnisses gleichgerichtete Tendenzen wie die Variable Hochschulsemester. Entsprechend und auch aus Überlegungen heraus, potentielle Effekte der Hochschule darzustellen, wird in den Analysen im Folgenden weniger das Alter als vielmehr das Hochschulsemester fokussiert.
- 7 Die beiden Variablen, die den eigenen politischen Standort im Vergleich zur Bevölkerung sowie im Vergleich zu den Kommilitoninnen und Kommilitonen aufzeigen, korrelieren in hohem Maße miteinander ($r = .70$). Entsprechend konzentrieren sich die weiteren Analysen zur politischen Selbstverortung nur noch auf einen dieser Aspekte. Hierbei wird der politische Standort im Vergleich zur Bevölkerung fokussiert.

- 8 Der Effekt des Alters verweist auch bei den weiteren Faktoren die den Stellenwert bzw. den Einfluss der Lehrerschaft dokumentiert, auf gleichgerichtete Tendenzen wie sie die Variable Hochschulsemester aufzeigt. Entsprechend sowie aus denselben Überlegungen heraus, potentielle Effekte der Hochschule darzustellen, wird hier weniger das Alter, als vielmehr das Hochschulsemester beleuchtet.
- 9 Aufgrund der niedrigen Zellbesetzung in der Kategorie „tendenziell undemokratisch“ werden hier und für die weiteren Ausführungen zur summierten Variable „Akzeptanz demokratischer Prinzipien“ die Ausprägungen „vehement“ und „eindeutig“ sowie „schwach“ und „tendenziell undemokratisch“ zusammengefasst.
- 10 Das Ziel regressionsanalytischer Verfahren besteht darin, lineare Beziehungen zwischen Variablen simultan zu testen und dabei den Wert einer bestimmten Variablen (Kriterium) durch andere (Prädiktoren) „vorherzusagen“. Diese Beziehungen werden im vorliegenden Fall durch standardisierte Beta-Koeffizienten ausgedrückt, die Werte zwischen ± 1 annehmen können. R^2 gibt an, welcher Varianzanteil im Kriterium durch die im jeweiligen Modell berücksichtigten Prädiktoren aufgeklärt wird. Vertiefende Ausführungen zu Logik, Voraussetzungen und Problemen der hier verwendeten multivariaten Verfahren sind beispielsweise in Backhaus u.a. (1994) zu finden.
- 11 Alle Regressionsmodelle enthalten Dummysierungen der nominalskalierten Prädiktoren: Fach: Kulturwissenschaft; Geschlecht: weiblich; Abschluss: Lehramt; Schulform: Grundschule; Herkunft: Bildungsferne Schicht. Bei der Heranziehung der ordinalskalierten Variable „politische Selbstverortung“, wurde die Ausprägung „kann ich nicht beurteilen“ auspartialisiert. Das Kriterium „Politisches Interesse“ entspricht der Originalvariable; das Kriterium „Demokratische Prinzipien“ beinhaltet die (ungruppierte) Summenskala. In die Berechnung einbezogen sind nur jene Befragten, die zu allen Variablen des jeweiligen Modells Auskünfte erteilen.
- 12 Die Entscheidungsgrundlage dafür, welche Prädiktoren ausgewählt werden, wurde im Rahmen der im Kapitel 4 aufgezeigten Einflüsse in kleineren Modellen getestet (vgl. Tabellen A 6.1, A 6.2, A 6.6). Einbezogen wurden solche Variablen, deren Beta-Koeffizienten sich als hochsignifikant und mit gewisser Effektstärke erweisen.
- 13 Die Verwendung dieser Variable ist exemplarisch. Sie resultiert zumal aus der engeren Verzahnung mit den jeweils anderen. Zudem erscheint diese auch unter theoretischem Aspekt als Voraussetzung zur Bewertung politischer Gleichgültigkeit sowie der Haltung gegenüber den bestehenden Möglichkeiten der Teilhabe. Da sich in der bivariaten Analyse eine Reihe von – zumal hochschulischen und politischen – Faktoren als nicht signifikant erwiesen haben, beschränkt sich die Auswahl der Merkmale zur Modellierung in erster Linie auf das Geschlecht und den politischen Standort. Obgleich die Bildungsherkunft in deutlich geringerem Maße wirkt, wird auch sie hinzugezogen.
- 14 Grundlage für die Regression über „Vorstellungen über Gleichheit und Solidarität“ ist die auf der Frage 10 „Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen“ basierende Summenskala „Gleichheit und Solidarität“. Da sich in der bivariaten Analyse soziodemografische sowie einige hochschulische und politische Faktoren ohne Wirkung erwiesen haben, werden in diese Modellierung jene einbezogen, die bereits in der vorangegangenen Auswertung signifikant waren.

Literatur

- Adam, Heribert: Studentenschaft und Hochschule: Möglichkeiten und Grenzen studentischer Politik. Frankfurt 1965.
- Backhaus, Klaus/Erichson, Bernd/Wulff, Plinke/Weiber, Rolf: Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung. Berlin 1994. 7. Auflage.
- Bargel, Tino: Politisches Bewußtsein und Verhalten von Studenten. Ergebnisse empirischer Untersuchungen. In: Politische Sozialisation an Hochschulen. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1985. S. 65-86.
- Bargel, Tino: Studierende und Politik im vereinten Deutschland. Sonderauswertung einer Erhebung zur Studiensituation an deutschen Universitäten und Fachhochschulen im WS 1994/94. Reihe Bildung-Wissenschaft-Aktuell 3/94. Bonn 1994.
- Bargel, Tino/Sandberger, Johann-Ulrich: Politisches Interesse, Beteiligung und Kompetenzbewußtsein. In: Framhein, Gerhild/Bargel, Tino/Dippelhofer-Stiem, Barbara/Peisert, Hansgert/Sandberger, Johann-Ulrich (Hrsg.): Studium und Hochschulpolitik. Eine Untersuchung über Informationsverhalten, Studiensituation und gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studenten. Zentrum I Bildungsforschung. SFB 23. Forschungsgruppe Hochschulsozialisation. Konstanz 1981. S. 136-205.
- Bargel, Tino/Röhl, Tobias: Wissenschaftlicher Nachwuchs unter den Studierenden. Empirische Expertise auf der Grundlage des Studierendensurveys. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin 2006.
- Bargel, Tino/Multrus, Frank/Schreiber, Norbert: Studienqualität und Attraktivität der Ingenieurwissenschaften. Eine Fachmonographie aus studentischer Sicht. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin 2007.
- Bargel, Tino/Bargel, Holger/Dippelhofer, Sebastian: Der Bachelor – zum Image einer neuen sozialen Kategorie. Empirische Befunde zur Sicht der Studierenden. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 28. Jahrgang/Heft 4. Weinheim 2008. S. 377-391.
- Autorengruppen Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich II. Bielefeld 2008. http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt 1998.
- Brämer, Rainer: Studis im Vakuum – Empirische Befunde zum politischen Rückzug der studentischen Jugend. In: WSI Mitteilungen. 4/93. Köln 1993. S. 194-201.
- Claußen, Bernhard: Die Politisierung des Menschen und die Instanzen der politischen Sozialisation: Problemfelder gesellschaftlicher Alltagspraxis und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996. S. 15-48.
- Dann, Hanns-Dietrich: Abschlußbericht des Teilprojekts B "Lehrereinstellungen- Entstehung und Veränderung von erziehungs- und schulrelevanten Einstellungen bei angehenden Lehrern" (Kurzbericht). In: Peisert, Hansgert/Dann, Hanns-Dietrich/Peters, Heinrike (Hrsg.): Wissenschaftlicher Arbeits- und Ergebnisbericht 1976-1978 Sonderforschungsbereich 23, Forschungsbericht 36. Konstanz: Universität, Zentrum I Bildungsforschung. 1979. S. 203-218.

- Demirovic, Alex/Paul, Gerd: Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderung von rechts. Student und Politik in den neunziger Jahren. Frankfurt 1996.
- Dippelhofer, Sebastian: Partizipation von Studierenden an Hochschulpolitik. Sekundäranalytische Befunde des 8. Konstanzer Studierendensurveys (Heft 41). Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Mai 2004.
- Dippelhofer, Sebastian: Studierende und Demokratie – ein ambivalentes Verhältnis. Berlin 2008.
- Fend, Helmut: Identitätsentwicklung in der Adoleszenz. Lebensentwürfe, Selbstfindung und Weltaneignung in beruflichen, familiären und politisch-weltanschaulichen Bereichen. Stuttgart 1991
- Frank, Andrea: Hochschulsozialisation und akademischer Habitus. Eine Untersuchung am Beispiel der Disziplinen Biologie und Psychologie. Weinheim 1990.
- Geißler, Rainer: Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996. S. 51-70.
- Habermas, Jürgen/Friedeburg, Ludwig von/Oehler, Christoph/Weltz, Friedrich: Student und Politik: Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten. Neuwied a.R. 1967. 2. Auflage.
- Habermas, Jürgen: Zum Einfluß von Schul- und Hochschulbildung auf das politische Bewußtsein von Studenten. In: Friedeburg, Ludwig v. (Hrsg.): Jugend in der modernen Gesellschaft. Köln 1969. S. 424-431.
- Humboldt, Wilhelm von: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, Denkschrift um 1810. In: ders.: Studienausgabe, herausgegeben von Kurt Müller-Vollmer, Frankfurt/M. 1971, Bd. 2, S.133-142.
- Hurrelmann, Klaus: Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. Weinheim 2004.
- Ingrisch, Michaela: Politisches Wissen, politisches Interesse und politische Handlungsbereitschaft bei Jugendlichen aus den alten und neuen Bundesländern. Eine Studie zum Einfluß von Medien und anderen Sozialisationsbedingungen. Regensburg 1997.
- Isserstedt, Wolfgang/Middendorff, Eike/Fabian, Gregor/Wolter, Andrä: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Bonn, Berlin 2007.
- Kaase, Max: Studenten und Politik in den achtziger Jahren. In: Rektorat der Universität Mannheim (Hrsg.): Gesellschaft und Universität. Probleme und Perspektiven. Festschrift zur 75-Jahr-Feier der Universität Mannheim. Mannheim 1982. S. 91-104.
- Kandzora, Gabriele: Schule als vergesellschaftete Einrichtung: Heimlicher Lehrplan und politisches Lernen. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996. S. 71-89.
- Koch, Gerd: Jugendfreizeitstätten und Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung als Orte entinstitutionalisierter politischer Sozialisation? In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996. S. 175-188.

- Kohlberg, Lawrence: Moralische Entwicklung und demokratische Erziehung. In: Lind, Georg/Raschert, Jürgen (Hrsg.): Moralische Urteilsfähigkeit. Eine Auseinandersetzung mit Lawrence Kohlberg über Moral, Erziehung und Demokratie. Weinheim 1987. S.25-43.
- Lienert, Gustav A./Eye, Alexander: Erziehungswissenschaftliche Statistik. Eine elementare Einführung für pädagogische Berufe. Weinheim 1994.
- Lind, Georg: Perspektive „Moralisches und demokratisches Lernen“. In: Fritz, Annemarie/Klupsch-Sahlmann, Rüdiger/Ricken, Gabi (Hrsg.): Handbuch Kindheit und Schule. Neue Kindheit, neues Lernen, neuer Unterricht. Weinheim 2006. S. 296-309.
- Mägdefrau, Jutta: Welche Werte haben zukünftige Lehrer/-innen? – Lehramtsstudierende und Studierende nicht pädagogischer Fachrichtungen im Vergleich. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 28. Jahrgang/Heft 1/2008. S. 36-55.
- Multrus, Frank/Bargel, Tino/Leitow, Bettina: Das Studium der Geisteswissenschaften. Eine Fachmonographie aus studentischer Sicht. Langfassung. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn 2001.
- Multrus, Frank/Bargel, Tino/Ramm, Michael: Studiensituation und studentische Orientierungen. 10. Studierendensurvey an Universitäten und Fachhochschulen. Langfassung. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin 2008.
- Nagl, Willi/Walter, Hans-Gerhard/Staud, Josef (Hrsg.): Statistisches Verfahren der empirischen Sozialforschung in einem Programmpaket. Das Konstanzer Statistische Analyse System. KOSTAS. Forschungsbericht 47 des Zentrum I/SFB 23 Bildungsforschung der Universität Konstanz. Konstanz 1986.
- Portele, Gerhard/Huber, Ludwig: Hochschule und Persönlichkeitsentwicklung. In: Huber, Ludwig (Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Ausbildung und Sozialisation in der Hochschule. Band 10. 12bändig. Stuttgart 1983. S. 92-113.
- Pöttker, Horst: Politische Sozialisation durch Massenmedien. Aufklärung, Manipulation und ungewollte Einflüsse. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996, S.149-157.
- Ramm, Michael/Bargel, Tino: Frauen im Studium. Langzeitstudie 1983-2004. Bundesministerium für Bildung und Forschung. Bonn, Berlin 2005.
- Reuband, Karl-Heinz: „Pseudo-Opinions“ in Bevölkerungsumfragen. Wie die Bürger fiktive Politiker beurteilen. ZA-Information 46. Köln 2000. S. 26-38.
- Ro, Hea-Kyung: Zufriedenheit ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel ostasiatischer Studierender. Hamburg 2006.
- Schefer, Gerwin: Das Gesellschaftsbild des Gymnasiallehrers. Eine Bewußtseinsanalyse des deutschen Studienrates. Frankfurt 1969.
- Schillinger, Marcia: Learning enviroment and moral development: How university education fosters moral judgment competence in Brazil and two German-speaking countries. Aachen 2006.
- Schmid, Christine: Fördert der Schulunterricht an Gymnasien das politische Interesse von Jugendlichen? In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation. 23. Jahrgang/Heft 4. Weinheim 2003. S. 371-384.

- Schwark, Wolfgang: Blick zurück nach vorn. In: ph fr. Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Freiburg. 2008/1. S. 32-35.
- Simeaner, Hans/Dippelhofer, Sebastian/Bargel, Holger/Ramm, Michael/Bargel, Tino: Datenalmanach Studierendensurvey 1983 - 2007. Studiensituation und Studierende an Universitäten und Fachhochschulen (Heft 51). Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, Oktober 2007.
- Simeaner, Hans/Dippelhofer, Sebastian/Bargel, Holger/Ramm, Michael/Bargel, Tino: Datenalmanach Studierendensurvey 1983 - 2007 nach Geschlecht. Studiensituation und Studierende an Universitäten und Fachhochschulen (Heft 52). Konstanz, Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz, März 2008.
- Thiel, Felicitas/Blüthmann, Irmela/Lepa, Steffen/Ficzko, Markus: Ergebnisse der Befragung der Studierenden in den Bachelorstudiengängen an der Freien Universität Berlin. Sommersemester 2006. http://www.fu-berlin.de/bachelorbefragung/bericht_bachelorbefragung_web1.pdf
- Trautwein, Ulrich/Maaz, Kai/Lüdtke, Oliver/Nagy, Gabriel/Husemann, Nicole/Watermann, Rainer/Köller, Olaf: Studieren an der Berufsakademie oder an der Universität, Fachhochschule oder Pädagogischen Hochschule? Ein Vergleich des Leistungsstands, familiären Hintergrunds, beruflicher Interessen und der Studienwahlmotive von (künftigen) Studierenden aus Baden-Württemberg. In: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft. 9. Jahrgang, Heft 3, 2006. S. 393-412.
- Vandamme, Ralf: Basisdemokratie als zivile Intervention. Der Partizipationsanspruch der Neuen sozialen Bewegungen. Opladen 2000.
- Wiesendahl, Elmar: Parteien als Instanzen der politischen Sozialisation. In: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen. Instanzen der politischen Sozialisation. Ein Handbuch. Opladen 1996. S. 401-424.
- Wildenmann, Rudolf/Kaase, Max: Die unruhige Generation. Eine Untersuchung zu Politik und Demokratie in der Bundesrepublik. Mannheim 1968.

Tabellen

Tabelle A 3.1
 Portraitierung der Studierenden nach Geschlecht und Bildungsabschluss der Eltern. Signifikante Beziehungen.
 (Mediane, Mittelwert, Prozentverteilungen)

	Geschlecht		Höchster Bildungsabschluss der Eltern			
	Frauen n = 606	Männer n = 166	Haupt- schule n = 91	Real- schule n = 210	Gymna- sium n = 113	Hoch- schule n = 339
Erststudium (Angaben in %)						
- ja	95	85				**
- nein	5	15				
Angestrebter Abschluss (Angaben in %)						
- Lehramt			69	63	68	74
- Bachelor			28	32	29	20 *
- anderer Abschluss ^{a)}			11	8	5	6
Hochschulsemester (arithmetischer Mittelwert)						
Zufriedenheit mit ...						
- dem eigenem Leistungsstand						
- der Betreuung durch Lehrende						
- den Kontakten zu KommilitonInnen	5,8	5,5				*
- der Studiensituation insgesamt						
Alles in allem gern Student/in ^{b)}						

a) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

b) Variablenausprägung 0 = gar nicht gern, 6 = sehr gern

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 3.2
 Portraitierung der Studierenden nach Abschluss und Hochschulsemester. Signifikante Beziehungen.
 (Mediane, Mittelwert, Prozentverteilungen)

	Abschluss			Hochschulsemester					
	Lehramt n = 512	Bachelor n = 199	anderer Abschluss ^{a)} n = 199	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73		
Erststudium									
(Angaben in %)									
- ja	97	97	48	**	98	97	96	70	**
- nein	3	3	52		2	3	4	30	
Angestrebter Abschluss									
(Angaben in %)									
- Lehramt					59	65	84	64	
- Bachelor					39	31	7	9	**
- anderer Abschluss ^{a)}					2	4	9	28	
Hochschulsemester (arithmetischer Mittelwert)	2,1	1,5	2,9	**					
Zufriedenheit mit ...									
(Median)									
- dem eigenem Leistungsstand					4,7	5,2	5,2	4,9	*
- der Betreuung durch Lehrende	4,7	5,1	4,7	*	5,2	4,6	4,5	4,4	**
- den Kontakten zu KommilitonInnen	5,8	5,6	5,1	**	5,8	5,8	5,7	5,3	*
- der Studiensituation insgesamt	4,3	4,8	4,1	**	5,1	4,4	3,6	3,7	**
Alles in allem gern Student/in ^{b)}	4,8	4,5	4,7	*					

a) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

b) Variablenausprägung 0 = gar nicht gern, 6 = sehr gern

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 3.3
 Portraitierung der Studierenden nach Fachzugehörigkeit. Signifikante Beziehungen.
 (Mediane)

	Fachgruppe ^{a)}			
	Kulturwissen- schaften n = 391	Sozial-, Gesund- heitswissenschaften n = 134	Natur-, Ingenieur- wissenschaften n = 121	
Erststudium (Angaben in %)				
- ja				
- nein				
Angestrebter Abschluss (Angaben in %)				
- Lehramt				
- Bachelor				
- anderer Abschluss ^{b)}				
Hochschulsemester (arithmetischer Mittelwert)				
Zufriedenheit mit ... (Median)				
- dem eigenem Lei- stungsstand				
- der Betreuung durch Lehrende	4,7	5,1	4,7	*
- den Kontakten zu KommilitonInnen	5,9	5,6	5,7	*
- der Studiensituation insgesamt				
Alles in allem gern Stu- dent/in ^{c)}	4,8	4,4	4,7	**

a) Aufgrund teilweiser zu geringer Zellbesetzungen wurden drei Großgruppen gebildet: Kulturwissenschaften, Sozial- und Gesundheitswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften

b) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

c) Variablenausprägung 0 = gar nicht gern, 6 = sehr gern

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 3.4
Gesellschaftspolitische Vorstellungen im Vergleich der Institutionen insgesamt und des Lehramtsstudiums. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Hochschulen			Lehramtsstudium		
	PH Freiburg n = 781	Universi- täten n = 6894	Fachhoch- schulen n = 1456	Universitäten gesamt n = 1002	Universitäten Baden- Württemberg n = 112	PH Freiburg n = 512
Zufriedenheit ^{a)} mit ...						
- dem eigenen Leistungsstand	5,0					5,0
- den bisherigen Noten ^{b)}		5,7	5,8	5,8	6,0	
- der Betreuung durch die Lehrenden	4,8					4,7
- den Kontakten zu Professoren/ Professorinnen im Fach ^{b)}		4,2	4,9	4,3	4,5	
- den Kontakten zu KommilitonInnen	5,7					5,8
- den Kontakten zu anderen Studierenden ^{b)}		3,6	3,6	3,8	3,9	
- der Studiensituation insgesamt ^{c)}	4,4					4,3
Alles in allem gern Student/in ^{d)}	4,7	5,1	5,1	4,9	5,2	4,8

a) Variablenausprägung 1 = sehr unzufrieden, 7 = sehr zufrieden

b) Originalvariable aus der 10. Erhebungswelle des bundesweiten Studierendensurvey WS 2007/2008

c) Im bundesweiten Studierendensurvey nicht erfragt

d) Variablenausprägung 0 = gar nicht gern, 6 = sehr gern

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendebefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierendensurvey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Tabelle A 4.1
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Geschlecht und Bildungsherkunft. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Geschlecht			Höchster Bildungsabschluss der Eltern				
	Frauen n = 606	Männer n = 166		Haupt- schule n = 91	Real- schule n = 210	Gymna- sium n = 113	Hoch- schule n = 339	
Politisches Interesse ^{a)}	3,5	4,5	**	3,9	3,6	3,1	3,8	**
Politische Selbstverortung ^{b)}								
Politische Mitwirkung ^{c)}								
- Politische Gleichgültigkeit ist ver- antwortungslos	5,5	5,8	*					
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,0	3,8	**					
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann	4,6	3,3	**	3,8	4,3	4,6	4,5	*
Leistungsgesellschaft ^{d)}								
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen								
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen								
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an				2,7	3,4	3,1	3,5	**
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich								
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab								
Demokratische Prinzipien ^{e)}								
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl				3,3	3,8	3,7	3,4	*
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert								
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	1,2	1,4	**					
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	4,0	3,7	*	3,6	4,1	4,4	3,9	*
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,5	6,7	*					
- Summenskala demokratische Ak- zeptanz ^{f)}								

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.2
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Alter. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Alter				
	17-20 n = 166	21-23 n = 373	24-27 n = 145	28 und älter n = 81	
Politisches Interesse ^{a)}	3,3	3,4	4,1	4,5	**
Politische Selbstverortung ^{b)}	1,4	1,2	1,2	1,1	**
Politische Mitwirkung ^{c)}					
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	5,6	5,4	5,8	6,0	**
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,1	4,0	4,0	3,5	**
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann					
Leistungsgesellschaft ^{d)}					
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen					
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,9	1,6	1,3	1,3	**
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an	3,9	3,2	2,9	2,5	**
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich	4,9	4,5	4,4	4,5	*
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab	2,5	2,1	1,6	1,4	*
Demokratische Prinzipien ^{e)}					
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl	3,8	3,7	3,1	2,7	**
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	4,1	3,9	3,6	2,2	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen					
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	4,1	4,1	3,8	3,2	**
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,3	6,3	6,8	6,8	**
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{f)}	2,7	2,7	2,3	2,0	**

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.3
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Hochschulsemester. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Hochschulsemester				
	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73	
Politisches Interesse ^{a)}	3,4	3,6	3,9	4,4	**
Politische Selbstverortung ^{b)}	1,3	1,2	1,2	1,1	*
Politische Mitwirkung ^{c)}					
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos					
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,0	3,9	4,1	3,7	*
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann					
Leistungsgesellschaft ^{d)}					
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen					
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,8	1,5	1,6	1,2	**
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an					
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich	4,7	4,3	4,5	4,4	*
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab	2,4	1,8	2,1	1,2	**
Demokratische Prinzipien ^{e)}					
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl	3,8	3,6	3,2	3,1	**
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	4,0	3,9	3,7	2,5	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen					
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	4,2	3,9	3,9	3,5	*
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,3	6,6	6,6	6,9	**
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{f)}	2,7	2,6	2,5	2,0	**

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.4
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Fachzugehörigkeit. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Fachgruppe			
	Kulturwis- senschaften n = 391	Sozialwiss. / Gesundheitspädago- gik n = 134	Natur- / Ing.wissenschaften n = 121	
Politisches Interesse ^{a)}	3,7	3,2	3,8	**
Politische Selbstverortung ^{b)}				
Politische Mitwirkung ^{c)}				
- Politische Gleichgültigkeit ist ve- rantwortungslos	5,7	5,2	5,7	**
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,0	3,7	3,9	*
- Politische Vorgänge sind so kom- pliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann				
Leistungsgesellschaft ^{d)}				
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen				
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,5	1,6	1,9	*
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an				
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich				
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab				
Demokratische Prinzipien ^{e)}				
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl				
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert				
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen				
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren				
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren				
- Summenskala demokratische Ak- zeptanz ^{f)}				

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.5
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Studienabschluss. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Studienabschluss			
	Lehramt n = 512	Bachelor n = 199	anderer Abschluss ^{g)} n = 59	
Politisches Interesse ^{a)}	3,8	3,3	4,1	**
Politische Selbstverortung ^{b)}	1,3	1,2	1,1	*
Politische Mitwirkung ^{c)}				
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	5,7	5,3	5,9	**
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend				
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann				
Leistungsgesellschaft ^{d)}				
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen				
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen				
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an				
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich				
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab				
Demokratische Prinzipien ^{e)}				
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl				
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	3,9	3,9	2,7	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen				
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren				
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,5	6,4	6,9	**
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{f)}	2,6	2,7	2,1	*

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

g) Zusammenfassung der Kategorien ‚Diplom‘, ‚Master‘, ‚Magister‘, ‚Sonstige‘ bzw. ‚habe mich noch nicht festgelegt‘

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.6
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach angestrebter Schulform. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Schulform			
	Grundschule n = 188	Hauptschule n = 52	Realschule n = 107	
Politisches Interesse ^{a)}	3,5	4,0	3,9	*
Politische Selbstverortung ^{b)}				
Politische Mitwirkung ^{c)}				
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos				
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend				
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann				
Leistungsgesellschaft ^{d)}				
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen				
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen				
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an				
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich	4,7	4,1	4,8	*
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab				
Demokratische Prinzipien ^{e)}				
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl				
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	4,1	3,4	3,2	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen				
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren				
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren				
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{f)}				

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.7

Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach Stellenwert von Hochschule und studentischem Status. Signifikante Beziehungen. (Mediane)

	Zufriedenheit mit der Hochschule		Beziehung zum studentischen Status		
	unzufrieden n = 401	zufrieden n = 365	gerne Student/in n = 362	nicht gerne Student/in n = 447	
Politisches Interesse ^{a)}			3,5	3,8	**
Politische Selbstverortung ^{b)}			3,5	3,8	**
Politische Mitwirkung ^{c)}					
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos					
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	3,8	4,2	*		
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann					
Leistungsgesellschaft ^{d)}					
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen					
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,4	1,8	**		
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an	3,1	3,5	*		
- Soziale Ungleichheit abuschaffen ist nicht möglich					
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab	1,9	2,3	**		
Demokratische Prinzipien ^{e)}					
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl					
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert					
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgeglichen werden müssen			1,3	1,2	**
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren					
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren					
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{f)}			2,7	2,5	**

a) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

b) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

c) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

d) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

f) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.8
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach politischem Interesse. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Politisches Interesse		
	gar nicht/wenig interessiert n = 350	interessiert n = 428	
Politische Selbstverortung ^{a)}	1,3	1,2	*
Politische Mitwirkung ^{b)}			
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	5,0	6,0	
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,0	3,9	**
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann	4,8	3,8	**
Leistungsgesellschaft ^{c)}			
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen			
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen			
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an			
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich			
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab			
Demokratische Prinzipien ^{d)}			
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl	3,9	3,1	*
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	4,0	3,5	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	1,3	1,2	**
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	4,3	3,7	**
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,3	6,7	**
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{e)}	2,8	2,3	**

a) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

b) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

c) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

e) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.9
Gesellschaftspolitische Vorstellungen nach politischer Selbstverortung der Studierenden. Signifikante Beziehungen.
(Mediane)

	Selbstverortung der Studierenden im Vergleich ... ^{e)}							
	zur Bevölkerung			zu den Kommilitonen				
	links n = 415	rechts n = 198	nicht zu beurteilen n = 158	links n = 183	rechts n = 287	nicht zu beurteilen n = 293		
Politisches Interesse ^{a)}	3,9	3,6	2,9	*	4,2	3,8	3,2	**
Politische Mitwirkung ^{b)}								
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	5,8	5,6	5,2	**	5,9	5,6	5,4	**
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	3,9	4,2	4,0	*	3,7	4,1	4,0	*
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann								
Leistungsgesellschaft ^{c)}								
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen	4,0	3,5	3,7	**	4,2	3,7	3,7	**
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,3	2,0	1,8	**	1,1	1,9	1,7	**
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an	3,0	3,6	3,6	**	2,6	3,6	3,5	**
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich	4,4	4,7	4,7	*	4,1	4,6	4,8	**
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab	1,8	2,6	2,2	**	1,5	2,3	2,2	*
Demokratische Prinzipien ^{d)}								
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl	3,2	3,6	3,9	**	3,0	3,5	3,8	**
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	3,3	4,0	4,3	**	2,5	3,8	4,2	**
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen								
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	3,7	4,1	4,4	**	3,5	4,0	4,2	**
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,7	6,3	6,2	*	6,8	6,4	6,3	**
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{e)}	2,3	2,7	2,9	**	2,1	2,6	2,8	**

a) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

b) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

c) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

e) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 4.10
Gesellschaftspolitische Vorstellungen im Vergleich der Institutionen insgesamt und des Lehramtsstudiums. Beziehungen.^{a)}
(Mediane)

	Hochschulen			Univer- sitäten gesamt n = 1002	Lehramtsstudium	
	PH Freiburg n = 781	Univer- sitäten n = 6894	Fachhoch- schulen n = 1456		Univer- sitäten Baden- Württemberg n = 112	PH Freiburg n = 512
Politisches Interesse ^{b)}	3,7	4,0	3,9	3,8	3,8	3,8
Politische Selbstverortung ^{c)}	1,2	3,8	3,8	3,7	3,8	1,3
Politische Mitwirkung ^{d)}						
- Politische Gleichgültigkeit ist verantwortungslos	5,6	4,5	4,5	4,5	4,8	5,7
- Gegenwärtige Möglichkeiten der Teilhabe sind zufriedenstellend	4,0	2,7	2,5	2,7	2,5	4,0
- Politische Vorgänge sind so kompliziert, dass ich mir nur schwer ein Urteil bilden kann	4,4	2,7	2,8	3,1	2,8	4,4
Leistungsgesellschaft ^{e)}						
- Gegenseitiger Wettbewerb zerstört die Solidarität der Menschen	3,8	3,6	3,5	3,7	3,7	3,8
- Jeder hat die Chance nach oben zu kommen	1,6	1,8	2,1	1,6	1,7	1,6
- Ohne Wettbewerb strengen sich die Menschen nicht an	3,3	3,9	4,0	3,5	3,3	3,4
- Soziale Ungleichheit abzuschaffen ist nicht möglich	4,6	5,1	5,1	4,8	4,7	4,5
- Einkommen hängt vor allem von der Leistung des Einzelnen ab	2,1	2,8	2,9	2,5	2,5	2,1
Demokratische Prinzipien ^{f)}						
- Auseinandersetzungen schaden dem Allgemeinwohl	3,6	3,6	3,9	3,7	3,6	3,6
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn es die Ordnung sichert	3,8	3,6	3,8	3,7	3,5	3,9
- Es gibt Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	1,3	1,3	1,3	1,3	1,3	1,2
- Aufgabe der Opposition ist es zu unterstützen, nicht zu kritisieren	4,0	3,9	4,2	3,9	3,7	4,0
- Jeder Bürger hat das Recht zu demonstrieren	6,6	6,6	6,7	6,6	6,5	6,5
- Summenskala demokratische Akzeptanz ^{g)}	2,6	2,5	2,7	2,6	2,5	2,6

a) Da die PH-Daten sowie die Konstanzer Survey-Daten auf zwei unterschiedlichen Dateien liegen, sind die Vergleiche nicht mit Signifikanzwerten unterlegt.

b) Variablenausprägung 0 = gar nicht interessiert, 6 = stark interessiert

c) Politische Selbstverortung im Vergleich zur Bevölkerung; Variablenausprägung 1 = links, 7 = rechts

d) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 = stimme völlig zu

e) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft voll und ganz zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

f) Variablenausprägung 1 = lehne völlig ab, 7 stimme völlig zu

g) Ausprägungen der demokratischen Akzeptanz: 1 = vehement, 2 = eindeutig, 3 = labil, 4 = schwach, 5 = tendenziell undemokratisch; 6 = stark undemokratisch

* $p \leq 0.05$, ** $p \leq 0.01$

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008; bundesweiter Studierenden survey 2007 der AG Hochschulforschung, Universität Konstanz, 10. Erhebungswelle WS 2006/07

Tabelle A 5.1
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Geschlecht und Bildungsherkunft. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Geschlecht		Höchster Bildungsabschluss der Eltern			
	Frauen n = 606	Männer n = 166	Haupt- schule n = 91	Real- schule n = 210	Gymna- sium n = 113	Hoch- schule n = 339
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}						
- Eltern			5,1	5,1	5,3	5,4 **
- Medien						
- Schule						
- Freunde						
- Lehrer						
- Vereine	3,6	3,2	*			
- Parteien	2,4	1,8	**			
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}						
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender						
- politischer Bildung	2,4	2,6	**			
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,6	2,8	*			
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen						
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}						
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren						
- die Schülerschaft politisch bilden	1,8	2,0	*			
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern						
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln						
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}						
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären						
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten						
- nachhaltig demokratisch zu erziehen						
- politisch zu bilden						
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen						
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}						
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären						
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten						
- nachhaltig demokratisch zu erziehen						
- politisch zu bilden						
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen	15	24	**			

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.2
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Alter. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Alter				
	17-20 n = 166	21-23 n = 373	24-27 n = 145	28 und älter n = 81	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}					
- Eltern	5,1	5,1	5,3	5,4	*
- Medien					
- Schule					
- Freunde					
- Lehrer	3,0	3,5	3,4	3,9	**
- Vereine					
- Parteien					
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}					
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender					
- politischer Bildung	2,2	2,3	2,6	2,7	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,6	2,6	2,8	2,7	**
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen					
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}					
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren					
- die Schülerschaft politisch bilden	2,7	2,7	2,9	2,9	**
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,8	2,9	2,9	2,9	**
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln					
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}					
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	2,0	1,9	1,8	1,9	*
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	2,4	2,3	2,2	2,1	*
- nachhaltig demokratisch zu erziehen					
- politisch zu bilden					
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen					
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}					
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären					
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	46	43	33	22	**
- nachhaltig demokratisch zu erziehen	38	32	21	16	**
- politisch zu bilden					
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen					

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.3
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Hochschulsesemester. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Hochschulsesemester				
	1.-2. n = 307	3.-4. n = 187	5.-8. n = 196	9. und höher n = 73	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}					
- Eltern	5,1	5,2	5,6	5,2	**
- Medien					
- Schule					
- Freunde					
- Lehrer					
- Vereine					
- Parteien					
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}					
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender	2,7	2,8	2,8	2,8	*
- politischer Bildung	2,3	2,4	2,5	2,7	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,5	2,7	2,7	2,8	**
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	2,7	2,8	2,8	2,9	**
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}					
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren					
- die Schülerschaft politisch bilden					
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,8	2,9	2,9	2,9	**
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln					
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}					
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	2,0	1,9	1,8	1,7	**
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten					
- nachhaltig demokratisch zu erziehen					
- politisch zu bilden	1,9	1,8	1,7	1,7	**
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen					
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}					
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	22	13	9	7	**
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten					
- nachhaltig demokratisch zu erziehen	41	29	21	18	**
- politisch zu bilden					
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen					

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.4
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Fachzugehörigkeit. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilung)

	Fachgruppe			
	Kulturwis- senschaften n = 391	Soz.wiss./Gesund- heitspädagogik n = 134	Natur-/Ing.- wissenschaften n = 121	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}				
- Eltern				
- Medien				
- Schule				
- Freunde				
- Lehrer				
- Vereine				
- Parteien				
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}				
- Förderung und Integration sozial be- nachteiligter Heranwachsender				
- politischer Bildung	2,5	2,2	2,4	*
- Stärkung bzw. Förderung des demokrati- schen Bewusstseins	2,7	2,4	2,7	*
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	2,8	2,6	2,8	**
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}				
- sozial benachteiligte Kinder und Jugend- liche fördern und integrieren				
- die Schülerschaft politisch bilden				
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern				
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfä- higkeit vermitteln				
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären				
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	2,3	2,0	2,4	**
- nachhaltig demokratisch zu erziehen	2,0	1,9	2,0	*
- politisch zu bilden	1,8	2,9	1,9	**
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen				
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären				
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	42	25	52	**
- nachhaltig demokratisch zu erziehen				
- politisch zu bilden	13	26	19	**
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen	16	9	29	**

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.5
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach angestrebtem Studienabschluss.
Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Studienabschluss			
	Lehramt n = 512	Bachelor n = 199	anderer Abschluss ^{f)} n = 59	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}				
- Eltern	5,3	5,1	5,6	**
- Medien				
- Schule				
- Freunde				
- Lehrer				
- Vereine	3,4	3,7	3,8	*
- Parteien	2,1	2,7	2,2	*
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}				
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender				
- politischer Bildung	2,4	2,3	2,7	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,7	2,5	2,8	**
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	2,8	2,6	2,8	**
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}				
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren				
- die Schülerschaft politisch bilden				
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,9	2,9	3,0	*
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln	3,0	2,9	3,0	*
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären				
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	2,3	2,1	2,1	**
- nachhaltig demokratisch zu erziehen				
- politisch zu bilden	1,8	2,0	1,7	**
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen				
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären				
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	45	25	17	**
- nachhaltig demokratisch zu erziehen				
- politisch zu bilden	14	27	3	**
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen				

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.6

Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Zufriedenheit mit der Studiensituation und dem studentischem Status. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Zufriedenheit mit der Studiensituation ^{f)}			Zufriedenheit mit dem studentischen Status ^{g)}		
	unzufrieden n = 401	zufrieden n = 365		gerne Student/in n = 362	nicht gerne Student/in n = 447	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}						
- Eltern				5,2	5,4	*
- Medien						
- Schule	3,7	3,9	*			
- Freunde						
- Lehrer						
- Vereine						
- Parteien						
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}						
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender						
- politischer Bildung						
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins						
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen						
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}						
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren						
- die Schülerschaft politisch bilden						
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern						
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln						
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}						
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	1,8	2,0	**			
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	2,2	2,4	**	2,3	2,3	*
- nachhaltig demokratisch zu erziehen				2,0	2,1	*
- politisch zu bilden	1,8	1,9	*			
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen						
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}						
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	9	20	**			
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	30	50	**			
- nachhaltig demokratisch zu erziehen	24	34	*			
- politisch zu bilden	11	22	**			
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen	14	21	*			

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

f) Bildung einer Summenskala über die Frage 5: „Ziehen Sie einmal Bilanz ...“; Zusammenfassung 4-19 = unzufrieden, 20-28 = zufrieden

g) Zusammenfassung und Nennung der Ausprägungen 0-4 = nicht gern Student/in, 5-6 = gerne Student/In

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.7

Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach politischem Interesse. Signifikante Beziehungen.

(Mediane und Prozentverteilungen)

	Politisches Interesse		
	gar nicht/wenig interessiert n = 350	interessiert n = 428	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}			
- Eltern	5,1	5,4	**
- Medien			
- Schule			
- Freunde			
- Lehrer	3,2	3,6	**
- Vereine			
- Parteien			
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}			
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender			
- politischer Bildung	2,2	2,6	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,5	2,7	**
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	2,7	2,8	*
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}			
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren			
- die Schülerschaft politisch bilden	2,7	2,9	**
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,9	2,9	**
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln			
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}			
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären			
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten			
- nachhaltig demokratisch zu erziehen			
- politisch zu bilden			
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen	1,5	1,7	*
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}			
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären			
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten			
- nachhaltig demokratisch zu erziehen			
- politisch zu bilden			
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen			

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %

f) Zusammenfassung der Kategorien „Diplom“, „Master“, „Magister“, „Sonstige“ bzw. „habe mich noch nicht festgelegt“

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.8
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach politischem Standort. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Selbstverortung der Studierenden im Vergleich ... ^{f)}							
	zur Bevölkerung			zu den Kommilitonen				
	links	rechts	kann ich nicht beurteilen	links	rechts	kann ich nicht beur- teilen		
	n = 415	n = 198	n = 158	n = 183	n = 287	n = 239		
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}								
- Eltern								
- Medien				4,9	4,7	5,0	*	
- Schule								
- Freunde								
- Lehrer								
- Vereine								
- Parteien								
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}								
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender				2,8	2,7	2,7	*	
- politischer Bildung	2,5	2,4	2,2	**	2,7	2,4	2,3	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins								
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen				2,9	2,8	2,7	*	
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}								
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren				2,8	2,8	2,7	*	
- die Schülerschaft politisch bilden								
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,9	2,9	2,8	**				
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln								
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}								
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären								
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten								
- nachhaltig demokratisch zu erziehen								
- politisch zu bilden								
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen								
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}								
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären								
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten								
- nachhaltig demokratisch zu erziehen								
- politisch zu bilden								
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen								

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert

e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; ; Nennung von 1 = ‚angemessen‘

Angaben in %

f) Zusammenfassung und Nennung der Kategorien 1-3 = links, 4-7 = rechts, 8 = kann ich nicht beurteilen

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 5.9
Politische Bildung der Schülerschaft durch Lehrerschaft und Schule nach Akzeptanz demokratischer Prinzipien. Signifikante Beziehungen.
(Mediane und Prozentverteilungen)

	Akzeptanz demokratischer Prinzipien ^{f)}			
	intensiv n = 357	labil n = 332	schwach n = 72	
Einfluss auf politische Bildung ^{a)}				
- Eltern	5,5	5,1	5,2	**
- Medien				
- Schule				
- Freunde				
- Lehrer				
- Vereine				
- Parteien				
LehrerInnen haben Verantwortung bei ... ^{b)}				
- Förderung und Integration sozial benachteiligter Heranwachsender				
- politischer Bildung	2,6	2,3	2,3	**
- Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins	2,7	2,6	2,5	*
- Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen				
Es ist wünschenswert, wenn LehrerInnen ... ^{c)}				
- sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche fördern und integrieren	3,0	2,9	2,9	*
- die Schülerschaft politisch bilden	2,9	2,7	2,7	**
- das demokratische Bewusstsein der Schülerschaft stärken bzw. fördern	2,9	2,9	2,8	**
- den Kindern und Jugendlichen Kritikfähigkeit vermitteln	3,0	3,0	2,9	**
LehrerInnen sind vorbereitet ... ^{d)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	1,9	1,9	2,0	*
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten				
- nachhaltig demokratisch zu erziehen				
- politisch zu bilden				
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen				
Die Vorbereitung ... ist... ^{e)}				
- über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	10	16	22	*
- zu kritischen Beurteilungen anzuleiten				
- nachhaltig demokratisch zu erziehen	22	36	35	**
- politisch zu bilden	12	20	20	*
- durch praktische Demokratieübungen zu schulen	13	11	15	*

a) Variablenausprägung 0 = trifft überhaupt nicht zu, 6 = trifft völlig zu; die Kategorie 7 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert
b) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert
c) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert
d) Variablenausprägung 1 = nein, 2 = teilweise, 3 = ja; die Kategorie 4 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert
e) Variablenausprägung 1 = angemessen, 2 = zu wenig; die Kategorie 3 = ‚weiß nicht‘ wurde auspartialisiert; ; Nennung von 1 = ‚angemessen‘ Angaben in %
f) Zusammenfassung der Kategorien 1 = ‚vehement‘ und 2 = ‚eindeutig‘ zu ‚intensiv‘ 3 = ‚labil‘ zu ‚labil‘; 4 = ‚schwach‘ und 5 = ‚tendenziell undemokratisch‘ zu ‚schwach‘; 6 = ‚stark undemokratisch‘ wurde wegen zu geringer Besetzung auspartialisiert

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 6.1
Multiple Regressionsanalysen mit dem Kriterium „Politisches Interesse“ nach soziobiographischen Hintergründen. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Beta	t	
- Geschlecht	.28	7.92	*
- Bildungsabschluss der Eltern	.01	.29	
df	2/747		
Korrigiertes R ²	.08		

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 6.2
Multiple Regressionsanalysen mit dem Kriterium „Politisches Interesse“ nach hochschulischen Merkmalen. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Beta	t	
- Semester	.20	3.60	*
- angestrebte Schulform	.15	2.68	*
- angestrebter Hochschulabschluss	-.04	-.82	
- Zufriedenheit mit Studiensituation	-.02	-.40	
- Studienfach	-.01	-.24	
df	5/324		
Korrigiertes R ²	.06		

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 6.3
Regressionsmodelle für das Kriterium „Politisches Interesse“. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Modell 1	Modell 2	Modell 3	
- Geschlecht	.24	*		
- Semesterzahl	.18	*		
df	2/750			
Korrigiertes R ²	.10			
- Geschlecht		.25	*	
- Semesterzahl		.18	*	
- angestrebte Schulform		.08		
df		3/338		
Korrigiertes R ²		.12		
- Geschlecht			.26	*
- Semesterzahl			.13	
- angestrebte Schulform			.08	
- Politische Selbstverortung			-.19	*
df			4/270	
Korrigiertes R ²			.15	

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

* $p \leq 0.05$

Tabelle A 6.4
Regressionsmodelle für das Kriterium „Politische Teilhabe“. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Modell 1		Modell 2	
- Geschlecht	-.17	*		
- Politisches Interesse	-.37	**		
df	2/758			
Korrigiertes R ²	.20			
- Geschlecht			-.18	*
- Politisches Interesse			-.38	**
- Bildungsherkunft			.05	
df			3/737	
Korrigiertes R ²			.21	

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 6.5
Regressionsmodelle für das Kriterium „Gleichheit und Solidarität“. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Modell 1		Modell 2	
- Semesterzahl	-.14			
- Politische Selbstverortung	.32	*		
df	2/591			
Korrigiertes R ²	.13			
- Semester			-.11	
- Politische Selbstverortung			.31	**
- Zufriedenheit mit Studiensituation			.14	*
df			3/582	
Korrigiertes R ²			.14	

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

* $p \leq 0.05$

** $p \leq 0.01$

Tabelle A 6.6
Multiple Regressionsanalysen mit dem Kriterium „Akzeptanz demokratischer Prinzipien“ nach
hochschulischen Faktoren. Standardisierte Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Beta	t	
- Semesterzahl	-.25	-6.84	*
- Angestrebter Hochschulabschluss	-.02	-.56	
df	2/731		
Korrigiertes R ²	.06		

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

Tabelle A 6.7
Regressionsmodelle für das Kriterium „Akzeptanz demokratischer Prinzipien“. Standardisierte
Beta-Koeffizienten.

Prädiktoren	Modell 1		Modell 2	
- Politische Selbstverortung	.26	*		
- Politisches Interesse	-.20	*		
df	2/597			
Korrigiertes R ²	.12			
- Politische Selbstverortung			.25	**
- Politisches Interesse			-.17	*
- Semesterzahl			-.18	*
df			3/580	
Korrigiertes R ²			.15	

Quelle: Studierendenbefragung an der Pädagogischen Hochschule Freiburg 2008

* p ≤ 0.05

** p ≤ 0.01



Fragebogen

WS 2008/09

**Gesellschaftspolitische Vorstellungen
von Studierenden an der PH Freiburg**

Liebe Studentinnen und Studenten,

in der letzten Zeit wird immer wieder über **gesellschaftliche und politische Vorstellungen von jungen Leuten** diskutiert. Dabei spielen auch Studierende eine wichtige Rolle. Es ist aber nicht viel über deren Ansichten bekannt – und wenn, dann sind es jene von StudentInnen an Universitäten und Fachhochschulen. Studierende an Pädagogischen Hochschulen werden trotz ihrer wichtigen Rolle hier immer vernachlässigt.

Das Projekt „Gesellschaftspolitische Vorstellungen von Studierenden an der PH-Freiburg“ will das ändern.

Mit diesem Fragebogen erhalten nun auch Sie als PH-Studierende die Möglichkeit, sich gesellschaftspolitisch zu äußern. Das trägt zu einem umfassenderen Bild studentischer **Vorstellungen, Wünsche und Ansichten** bei. Damit können zugleich die Belange und Interessen von PH-Studierenden in diese Diskussion eingebracht werden.

In diesem Rahmen möchten wir Sie auch bitten, einige Fragen zu Ihrem Studium zu beantworten sowie abschließend einige Angaben zu Ihrer Person zu machen.

Ihre Angaben werden nach den Datenschutzbestimmungen behandelt – deren **völlige Anonymität ist gesichert**. Es ist kein Rückschluss auf Ihre Identität möglich.

Damit möglichst viele Studierende der PH-Freiburg zu Wort kommen, läuft diese Studie bis zum 28.11.2008. **Eine Teilnahme an der Studie ist selbstverständlich freiwillig.**

Da aber nur eine hohe Beteiligung zu vollständigen und auch verlässlichen Ergebnissen führt, bitten wir Sie sehr um **Ihre einmalige Teilnahme**.

Wir bitten Sie, den ausgefüllten Fragebogen vor dem Büro des Projektleiters – KG IV, 020 – in den dafür bereit stehenden Kasten zu werfen oder ihm per Hauspost zukommen zu lassen. Für Rückfragen steht er Ihnen natürlich gerne jederzeit zur Verfügung.

Diese Studie wurde vom Forschungsausschuss der PH-Freiburg bewilligt.

Ein Ergebnisbericht wird nach dem Ende der Auswertungen veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen

Sebastian Dippelhofer
(Projektleiter)

Dr. des. Sebastian Dippelhofer
Kunzenweg 21 79117 Freiburg
Tel.: 0761 / 682-657
Raum: KG IV 020
Email: sebastian.dippelhofer@ph-freiburg.de

Pädagogische Hochschule Freiburg

Zentrale: 0761.682-0

Fragen zum Studium

Vorab hätten wir gerne Näheres zu Ihrem Studium und Ihrer Studiensituation erfahren.

1. Ist Ihr Studium ein ...

Bitte nur ein Kreuz

a) Erststudium (bisher keinen anderen Hochschulabschluss) a) b) c) d) e)

b) Zweitstudium (nach abgeschlossenem Erststudium) 93 3 2 0 2

c) Aufbau- /Ergänzungs- /Erweiterungs- / Zusatzstudium

d) Promotionsstudium / Promotionsaufbaustudium

e) Sonstiges

2. Welchen Abschluss streben Sie an?

Bitte nur ein Kreuz

a) Staatsexamen für ein Lehramt a) b) c) d) e) f)

b) Diplom Erziehungswissenschaften 67 5 26 1 0 2

c) Bachelor (BA)

d) Master (MA)

e) Magister

f) habe mich noch nicht festgelegt bzw. Sonstiges

Bitte präzisieren Sie gegebenenfalls den Studiengang (z. B.: Lehramt "Grundschule" oder BA-Studiengang "Erziehung und Bildung")

3. Wenn Sie auf Lehramt studieren: Welche Fächer studieren Sie gegenwärtig?

Hauptfach affines Fach Leitfach

4. Im wievielten Hochschulesemester befinden Sie sich im WS 2008/09?
(D. h., seit wievielen Semestern sind Sie an einer Hochschule eingeschrieben?)

Semester

Mi 3,9
Sta 3,4

5. Ziehen Sie nun einmal Bilanz: Wie zufrieden sind Sie mit ...

sehr unzufrieden sehr zufrieden

-3 -2 -1 0 +1 +2 +3

1. dem eigenen Leistungsstand 1 4 9 20 34 29 3 5,0

2. der Betreuung durch die Lehrenden 1 7 13 21 32 23 3 4,8

3. den Kontakten zu KommilitonInnen 0 3 6 11 22 35 23 5,7

4. der Studiensituation insgesamt 4 13 15 20 26 19 3 4,4

6. Sind Sie alles in allem gern Student/in?

gar nicht gern sehr gern

0 1 2 3 4 5 6

1 2 6 12 23 35 23 4,7

Ihre Vorstellungen zu Politik, Demokratie und Gesellschaft
Über die politischen Ansichten von Studierenden an Pädagogischen Hochschulen ist wenig bekannt. Wir möchten Sie deshalb bitten, Ihre persönliche Meinung zu den nachfolgenden Sachverhalten zu äußern.

7. Wie stark interessieren Sie sich für das allgemeinpolitische Geschehen?

gar nicht sehr stark

0 1 2 3 4 5 6

1 5 15 24 30 18 7 3,7

8. Auch wenn es vielleicht sehr vereinfacht ist, wie würden Sie Ihren politischen Standort zwischen links und rechts einordnen?

links rechts kann ich nicht beurteilen

1. verglichen mit den meisten Menschen in diesem Land bin ich politisch ziemlich 4 19 31 20 4 1 1 21 3,0

2. verglichen mit den meisten Kommilitonen bin ich politisch ziemlich 4 7 13 25 8 2 3 38 3,8

13. Inwieweit haben Ihrer Meinung nach Lehrerinnen und Lehrer eine besondere Verantwortung bezogen auf die ...

Bitte zwei Kreuze pro Zeile

	Verantwortung besteht				ist wünschenswert				Med	Med
	nein	teilweise	ja	weiss nicht	nein	teilweise	ja	weiss nicht		
1. Förderung und Integration sozial benachteiligter Kinder und Jugendlicher	1	32	66	1	0	9	91	1	2,8	3,0
2. politische Bildung von Schülerinnen und Schülern	5	48	45	2	2	28	69	1	2,4	2,8
3. Stärkung bzw. Förderung des demokratischen Bewusstseins der Heranwachsenden	3	37	57	3	1	17	81	2	2,7	2,9
4. Vermittlung von Kritikfähigkeit bei den Kindern und Jugendlichen	4	26	68	2	0	6	93	1	2,8	3,0

14. Sind Ihrer Ansicht nach LehrerInnen aufgrund ihrer Ausbildung für folgende Aufgaben vorbereitet? Wie bewerten Sie das?

Bitte zwei Kreuze pro Zeile

Die Schülerschaft ...	sind darauf vorbereitet				die Vorbereitung ist			Med
	nein	teilweise	ja	weiss nicht	angemessen	zu wenig	weiss nicht	
1. über soziale und politische Entwicklungen aufzuklären	21	62	9	7	11	69	20	1,9
2. zu kritischen Beurteilungen anzuleiten	9	50	34	7	31	48	21	2,3
3. nachhaltig demokratisch zu erziehen	17	51	20	12	20	50	29	2,0
4. politisch zu bilden	27	54	10	9	12	63	25	1,8
5. durch praktische Demokratieübungen zu schulen	38	37	11	14	12	58	30	1,6

Sozialdaten

Zum Abschluss würden wir gerne einige Angabe zu Ihrer Person erhalten.

15. Wie alt sind Sie?

Jahre

Mi 23,4
Sta 5,4

16. Ihr Geschlecht?

weiblich männlich

17. Welchen Bildungsabschluss haben Ihre Eltern? (Bitte nur den höchsten angeben)

- a) Volksschule/Hauptschule (mindestens 8. Klasse)
- b) Mittlere Reife/Realschulabschluss (10. Klasse)
- c) Abitur oder sonstige Hochschulreife
- d) Universität, TH, PH, FH
- e) Sonstiges
- f) kein Abschluss
- g) weiss nicht

Bitte jeweils nur ein Kreuz

	a)	b)	c)	d)	e)	f)	g)
Vater	23	21	13	39	2	1	1
Mutter	20	37	13	26	3	1	0

Ihre Anmerkungen

Vielen Dank für Ihre Mitarbeit!

ISSN 1616-0398